



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

5. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 11. Dezember 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt		Eckhardt Rehberg, CDU 95	
		Siegfried Frieze, SPD 95	
		Andreas Bluhm, PDS 96	
Mitteilungen der Präsidentin	59	B e s c h l u s s	97
Feststellung der Tagesordnung	59	Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 4/58 –	97
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern	59	Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 4/59 –	97
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	59	B e s c h l u s s	97
Eckhardt Rehberg, CDU	68		
Reinhard Dankert, SPD	78		
Angelika Gramkow, PDS	87		
Beschluss zur Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	94		
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) (Erste Lesung) – Drucksache 4/45 –			
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	94	Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes (1. Landespflege- änderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG) (Erste Lesung) – Drucksache 4/77 –	98

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes (1. Landespflegeänderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/85(neu) – 98

Torsten Koplin, PDS 98, 101

Harry Glawe, CDU 99, 101

Jörg Heydorn, SPD 100

B e s c h l u s s 102**Beschluss zur Tagesordnung gemäß § 74 GO LT....** 102**Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 5 Absatz 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz.....** 102

Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern:

Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts

– Drucksache 4/82 – 102

B e s c h l u s s 102, 103, 115

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Zahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG)

– Drucksache 4/43 – 103

B e s c h l u s s 103**Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG).....** 103

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG)

– Drucksache 4/94 – 103

B e s c h l u s s 103, 116

Siegfried Friese, SPD 104

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 104

Dr. Armin Jäger, CDU 104

Reinhardt Thomas, CDU 104

Karsten Neumann, PDS 104

Beschluss zur Tagesordnung gemäß § 74 GO LT..... 104**Wahl der Mitglieder der G10-Kommission****gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)** 104

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Wahl der Mitglieder der G10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)

– Drucksache 4/95 – 104

B e s c h l u s s 104, 113, 117

Jochen Schulte, SPD 113

Dr. Ulrich Born, CDU 114

Reinhardt Thomas, CDU 114

Karsten Neumann, PDS 114

Dr. Eberhard Grabow 114

Wahl der Mitglieder des Gremiums**gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V).....** 105

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V)

– Drucksache 4/96 – 105

B e s c h l u s s 105 114, 118

Reinhardt Thomas, CDU 114

Karsten Neumann, PDS 114

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg (Russische Föderation) am 30. September und 1. Oktober 2002

– Drucksache 4/44 – 105

Renate Holznagel, CDU 105

Hans-Heinrich Jarchow, SPD 107

Lorenz Caffier, CDU 109

Birgit Schwebs, PDS 110

B e s c h l u s s 112Reinhardt Thomas, CDU
(zur Geschäftsordnung) 112**Erklärung zur Abstimmung des****Abgeordneten Reinhardt Thomas, CDU, gemäß § 97 GO LT** 112, 113**Nächste Sitzung**

Donnerstag, 12. Dezember 2002 114

Beginn: 10.00 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 5. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 5. und 6. Sitzung liegt Ihnen vor.

Im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, die Ersten Lesungen des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes“ auf Drucksache 4/77 und des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes“ auf Drucksache 4/85(neu) in verbundener Debatte als Zusatztagesordnungspunkt 1 nach dem Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen. Weiterhin bestand Einvernehmen darüber, den Tagesordnungspunkt 16 anstelle des Tagesordnungspunktes 4 im Anschluss an den heutigen Zusatztagesordnungspunkt 1 zu beraten. Der Tagesordnungspunkt 4 wird morgen im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 14 beraten. Es bestand Einvernehmen im Ältestenrat darüber, die Eidesleistung des neugewählten stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts morgen zu Beginn der Sitzung als Zusatztagesordnungspunkt 2 aufzurufen. Der Tagesordnungspunkt 15 wird abgesetzt. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 5. und 6. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 22. September hat die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Landesregierung erneut das Vertrauen geschenkt.

Hatten die Journalisten 1998 nach der Bildung der ersten rot-roten Koalition noch erwartet, die Welt würde bei uns auf den Kopf gestellt, so haben sie sich jetzt, vier Jahre später, schon daran gewöhnt, dass selbst das Schloss noch an seinem alten Platz steht. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist auch gut so, denn da steht es genau richtig.

Gemeinsam haben wir in den vergangenen vier Jahren eine Menge für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erreicht: Die wirtschaftliche Basis hat sich verbreitert, die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen haben sich verbessert, Straßen, Schienen, Flughäfen und Häfen, aber auch Krankenhäuser und Hochschulen sind weiter ausgebaut worden. Beim Export haben die Unternehmen kräftig zugelegt, der Tourismus entwickelt sich hervorragend, die Chancen für Bildung und die Qualität der Bildung haben sich erhöht und die Kriminalität ist gesunken. Meine Damen und Herren, das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu einer ehrlichen Bilanz gehört es aber auch zu sagen, dass zwar Tausende neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen entstanden sind, dass zugleich aber auch Tausende von Arbeitsstellen auf dem Bau weggebrochen sind. Auch die Zahl der ABM- und SAM-Stellen ist seit 1998 allein bei uns im Land um über 40.000 zurückgegangen. Der Abbau ist zwar prinzipiell richtig, aber er erfolgte meiner Meinung nach viel zu schnell. Hinter jeder Zahl in der Statistik steht ein Mensch, der sich nicht mehr gebraucht fühlt. Und deshalb ist die Sicherung von bestehenden und die Schaffung von weiteren neuen Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt auch in den folgenden vier Jahren das Hauptziel dieser Regierungskoalition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dabei wollen wir uns am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Das heißt, das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg, ökologischer Verträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Wirklicher Fortschritt bedeutet, alle Menschen mitzunehmen, nicht auf Kosten der Umwelt zu wirtschaften. Nur so sichern wir heute die Grundlagen für morgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, gemeinsam – auch mit Hilfe der Solidarität der alten Bundesländer, des Bundes und mit Hilfe der EU – haben wir in den letzten vier Jahren viel erreicht. Allen, die dabei mitgewirkt haben, danke ich herzlich: den Mitgliedern dieses Hauses, den Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften, der Kultur, der Kirchen, der Medien, des Sports sowie der Bundeswehr und allen Menschen, die durch ihr Engagement im Ehrenamt, im Beruf und im gesellschaftlichen Leben mitgeholfen haben, unser Land weiter voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich glaube, das Erreichte kann uns Mut machen für den weiteren Weg, den wir zu gehen haben. Auch der wird uns einiges abverlangen. Doch was wir bisher erreicht haben, was wir bisher geleistet haben in Mecklenburg-Vorpommern, ist Grund genug, selbstbewusst nach vorn zu schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und manchmal blitzt dieses Selbstbewusstsein schon auf, zu Recht, aber der in den Jahrzehnten gewachsene Glaube an die Allmacht des Staates ist bei uns zum Teil immer noch groß. Politik muss stärker als bisher den Mut haben, deutlich zu machen, was sie in der Demokratie leisten kann und was nicht. Politik kann günstige Rahmenbedingungen schaffen. Aber sie nutzen, um etwas daraus zu machen, das müssen die Bürgerinnen und Bürger selbst. Und viele tun das auch schon mit Erfolg.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben das Zeug dazu. Wir haben Veränderungsbereitschaft und Flexibilität bewiesen – da hat man uns in der Wende viel abverlangt. Wir haben gezeigt, dass wir uns schnell auf Neues einstellen können. Dabei haben wir aber auch erkannt, dass Freiheit nur zufrieden stellt, wenn es zugleich gelingt, Solidarität und Zusammenhalt zu bewahren. Auch was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, haben wir im

Osten gegenüber dem Westen einen Vorsprung. Wir verfügen über Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir nun endlich selbstbewusster als bisher in die bundesweite Zukunftsdiskussion einbringen können und müssen. Wir haben auch etwas zu geben.

Unser Land Mecklenburg-Vorpommern hat Hunderttausende motivierter, tatkräftiger Menschen, die Tag für Tag „ihren Mann“ und „ihre Frau“ stehen, die ihre Arbeit tun in den Kaufhallen, in den Häfen, in der Verwaltung, in den Hochschulen, Schulen und Kindergärten von Boizenburg bis Ueckermünde, von Rostock bis Neubrandenburg. Sie sind die Kraft unseres Landes.

Materiell wollen wir in den nächsten Jahren Schritt für Schritt mit dem Westen gleichziehen. Das ist sicherlich ein Baustein unseres Erfolges, denn für viele bedeutet zum Beispiel gleicher Lohn auch endlich die verdiente Anerkennung für gleiche Leistung. Aber in diesem materiellen Angleichungsprozess dürfen wir uns selbst nicht aus den Augen verlieren. Der Vergleich mit anderen kann ein Ansporn sein, aber wer sich immer nur mit anderen vergleicht und nur darüber seinen Erfolg definiert, findet nicht zu sich selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb haben wir in Mecklenburg-Vorpommern unseren Weg gewählt, wir haben unsere Stärken klar erkannt und zugleich den Mut, eigene Prioritäten zu setzen, um diese Stärken mit voller Kraft auszubauen.

Gemeinsam wollen wir in den kommenden Jahren unser Land noch attraktiver machen. Wir wollen:

- ein modernes Mecklenburg-Vorpommern, in dem es sich gut leben lässt, das mehr Menschen als heute Arbeit bietet und in dem es sozial gerecht zugeht,
- ein erfolgreiches Mecklenburg-Vorpommern, das noch mehr jungen Menschen Chancen bietet,
- ein weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern, in das die Menschen gerne kommen und in dem sie auch gerne bleiben.

Darüber hinaus wollen wir das Land mit der modernsten Verwaltung und das kinder- und familienfreundlichste Land Deutschlands werden. Bei uns soll es leichter sein als anderswo, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Schon heute sind wir da besser als viele. Aber wir wollen noch besser werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vor diesem Hintergrund gilt es, fünf große Aufgaben zu bewältigen, um diese Ziele zu erreichen. Ich möchte sie „Die fünf großen I“ nennen: Investition, Innovation, Internationalisierung, Image und Integration.

In vielerlei Hinsicht können wir dabei schon an das anknüpfen, was in der letzten Legislaturperiode dazu erarbeitet wurde. Es geht also um Kontinuität. Da, wo es möglich ist, müssen wir auch den Mut haben zu klaren Reformen. Und den haben wir.

1. Investition

Zur Glaubwürdigkeit in der Politik gehört es, nicht mehr zu versprechen, als man halten kann. Und wir alle wissen, die weltwirtschaftliche Lage ist zurzeit nicht gut, die Haushaltslage im Bund, im Land und in den Kommunen ist sehr ernst. Und das muss man den Menschen auch klar sagen,

damit sie wissen, wie die Handlungsmöglichkeiten des Staates aussehen. Mehr Realismus und weniger Utopie sind das Gebot der Stunde. Und ich sage hier deutlich: Nicht alles, was wünschbar ist, ist auch finanzierbar. Zwar sind die eigenen Steuereinnahmen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen, da aber in vielen Geberländern die Steuereinnahmen stark rückläufig sind, verringern sich unsere Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Und um die beträchtlichen Steuerausfälle zu kompensieren, müssen wir in diesem Jahr und in den nächsten Jahren die Nettokreditaufnahme erhöhen und Anfang des kommenden Jahres einen Nachtragshaushalt verabschieden. Dabei werden wir schmerzhaft Sparmaßnahmen, vor allem bei den konsumtiven Ausgaben, nicht vermeiden können, um die Investitionen auf einem vergleichbar hohen Niveau zu halten. Und dieses hohe Niveau müssen wir halten, um die Nachholbedarfe weiter abzubauen. Zugleich erhöht sich damit der Druck, in den nächsten Jahren noch stärker zu konsolidieren, um die Neuverschuldung bis Ende des Jahrzehnts auf null zurückzuführen. Wir begrüßen die Vorschläge der Bundesregierung, die zu Einnahmeverbesserungen der Bundesländer führen, und unterstützen die Initiative mehrerer Bundesländer zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Was ich nicht unterstütze, meine Damen und Herren, ist, eine Vermögenssteuer einzuführen, die im Ermessen des jeweiligen Bundeslandes liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das führt uns nicht weiter. Wir wollen dieses Geld aus den Einnahmeverbesserungen, die möglichen Einnahmen aus der Vermögenssteuer nutzen, um die Verschuldung weiter zurückzuführen und um Bildung zu finanzieren.

Diese Finanzpolitik der Nachhaltigkeit ist eine Investition in die Zukunft. Und es gibt zu ihr keine ernst zu nehmende Alternative, denn nur diese Politik eröffnet zukünftig neue Handlungsspielräume. Und davon profitieren wir alle, auch unsere Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es geht also um ein wohl abgewogenes Verhältnis von Sparen und Investieren. Damit, meine Damen und Herren, sichern wir die Zukunft.

Dabei hilft uns vor allem die im vergangenen Jahr durchgesetzte Neuregelung des Länderfinanzausgleiches. Zusammen mit der Verabschiedung des Solidarpaktes II besteht nun Planungssicherheit für das Land bis zum Jahr 2020. Wäre es beim Länderfinanzausgleich den unionsgeführten Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gelungen, sich mit ihren Vorstellungen durchzusetzen, hätte unser Land 400 Millionen Euro jährlich weniger zur Verfügung. Das wäre verheerend gewesen. Ich will noch einmal daran erinnern: Spätestens ab 2020 müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Und daran arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, wir investieren in Wirtschaft und Infrastruktur:

Im Vergleich zu den ersten beiden Legislaturperioden hat sich unsere Wirtschaftsstruktur im Land stark verbessert. Unsere Wirtschaft hat heute mehr Standbeine als früher. Die einseitige Abhängigkeit von der Bauwirtschaft ist so nicht mehr gegeben. Der Tourismus hat sich hervorragend entwickelt. Wir haben eine beachtliche Zahl

erfolgreicher Technologieunternehmen. Und allein in den letzten vier Jahren ist es gelungen, über 100 Neuansiedlungen im industriellen Bereich zu realisieren und bei einigen Unternehmen zu deutlichen Erweiterungen zu kommen. Ausländische Firmen bieten inzwischen rund 9.000 Arbeitsplätze und viele Ausbildungsplätze im Land. Und der attraktivste Wirtschaftsstandort im Osten Deutschlands ist nach einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages nicht Leipzig, Dresden oder Erfurt, es ist Rostock.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und in der letzten Legislaturperiode haben sich auch die Investitionen wieder erhöht. Das verarbeitende Gewerbe wächst bei uns seit 1998 von Jahr zu Jahr weit über Bundesdurchschnitt. Damit erhöht sich zugleich sein Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt. Und diese Entwicklung muss fortgesetzt werden. Auch mit unserem Wirtschaftswachstum – leider nur 0,9 Prozent im ersten Halbjahr – liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 3. Trotz schwieriger konjunktureller Lage hat sich unsere Wirtschaft also ziemlich wacker geschlagen. Und das verdient viel Anerkennung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die Ernährungsindustrie sind nach einem tief greifenden Strukturwandel inzwischen zu einem Motor der wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Land geworden. Hier sind in den letzten Jahren viele wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden. Gleichzeitig stellen sich die Unternehmen neuen Herausforderungen der ressourcenschonenden Produktion, des Tierschutzes sowie den gewachsenen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe haben den Wunsch der Verbraucher nach mehr Sicherheit und Transparenz aufgenommen. Was unsere ökologisch bewirtschafteten Flächen angeht, sind wir mit über 100.000 Hektar bundesweit die Nummer 1 und in Europa haben wir einen Platz in der Spitzengruppe. Wir werden unseren im Agrarkonzept 2000 beschriebenen Weg bis 2006 konsequent fortsetzen. Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und die Vielfältigkeit der Landwirtschaft sind die Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Lande, um die uns viele beneiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vor diesem Hintergrund sehen wir die EU-Osterweiterung als große Herausforderung und auch als große Chance für die Land- und Ernährungsgüterwirtschaft. Die Bemühungen der EU-Kommission unter EU-Kommissar Fischler, sich mit einer EU-Agrarreform auf den Zeitpunkt nach dem Beitritt vorzubereiten, unterstützen wir. Eine willkürliche Kappung der Direktbeihilfen für die Landwirtschaft nach Betriebsgröße lehnen wir aber ab,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

denn sie würde unsere traditionell großstrukturierten Betriebe besonders hart treffen. Nach unserer Vorstellung sollten diese Zahlungen künftig an die Beschäftigten gebunden werden, denn von unseren großen Betrieben leben in der Regel auch viele Familien. Außerdem schafft eine größere Arbeitskräftebindung auch Anreize für Neueinstellungen im ländlichen Raum.

Deshalb gilt es zu verhindern, dass die Brüsseler Reformpläne die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in

Mecklenburg-Vorpommern gefährden. Und da sind wir uns mit dem Bundeskanzler einig. Gemeinsam versuchen wir in Brüssel eine Lösung zu erreichen, die auch unseren Interessen gerecht wird.

Meine Damen und Herren, insgesamt haben wir zwar wirtschaftlich schon eine Menge erreicht, aber natürlich kann uns das Erreichte noch nicht zufrieden stellen, denn genauso wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern reicht unser Wirtschaftswachstum noch lange nicht aus, um eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Genau das muss aber unser Ziel sein. Wir brauchen daher noch mehr Unternehmen, die im nationalen wie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Nur so entstehen weitere stabile und zukunfts-sichere Arbeitsplätze für die Menschen, auch für die jungen Menschen hier bei uns im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich sage allerdings, wir können auch auf den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt vorerst noch nicht verzichten. Aber, meine Damen und Herren, die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt hat für die Landesregierung auch zukünftig absoluten Vorrang.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung wird daher die begonnene Investitions- und Infrastrukturoffensive in den nächsten Jahren fortsetzen. Bei der Infrastruktur haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, im Jahr 2010 in allen wichtigen Bereichen das Niveau der Westländer zu erreichen. Und wir sind auf einem guten Weg, das auch tatsächlich zu realisieren.

Dafür sorgen wir zusammen mit dem Bund und der EU. Der Bund hat allein in der letzten Legislaturperiode wesentlich mehr Mittel für den Ausbau der Straßen in unserem Land zur Verfügung gestellt als die Kohl-Regierung davor. Die Verkehrsinfrastruktur wird auch in dieser Legislaturperiode zügig weiter ausgebaut. Zwei Drittel der A 20 sind inzwischen für den Verkehr freigegeben, erst vor zwei Tagen die Westtangente in Rostock, die dort die Verkehrsverhältnisse deutlich verbessert. 2005 wird die A 20 fertig sein, auch den Rügenschneppweg und die A 241 wollen wir etwa zeitgleich fertig stellen. Die A 14 von Schwerin nach Magdeburg nehmen wir so schnell wie möglich in Angriff und für die Anbindung der Region Neubrandenburg an die Metropole Berlin ist der Ausbau der B 96 zu einer leistungsfähigen Verbindungsachse notwendig. Darüber hinaus investieren wir in den Ausbau von Ortsumgehungen, in die Modernisierung der Schiene, der Häfen und Flughäfen.

Wir sehen die Ostseeautobahn A 20 als Motor für weitere Industrie- und Dienstleistungsansiedlungen, für weitere Investitionen, die Umsatz, Arbeit und Steuerkraft bringen. Die schon fertigen Teilstücke der A 20 beweisen, diese Rechnung geht auf, denn mit international operierenden Investoren wie Klausner oder Egger in Wismar, Caterpillar und Nordex in Rostock sind Produktionsstandorte und damit Arbeitsplätze entlang der neuen Autobahn entstanden. Und mit Liebherr wird ein weiterer folgen.

Doch, meine Damen und Herren, wir wollen in Europa nicht nur eine wichtige Verkehrsdrehscheibe zwischen Nord und Süd und zwischen West und Ost sein, wir wollen, dass auch eine entsprechende Wertschöpfung im

Land stattfindet. Die Häfen als Schnittpunkt der Verkehrsträger Land und Wasser sind aufgrund des Trends zu Dienstleistungszentren ideal für Industrieansiedlungen geeignet und müssen daher noch stärker als bisher gemeinsam werben. 40 Jahre lang gab es im Ostseeraum eingefahrene Wege in Richtung Kiel und Lübeck und es spricht sich erst langsam herum, dass der kürzeste und in vielen Fällen auch kostengünstigste Weg über die Häfen von Mecklenburg-Vorpommern führt. In Mecklenburg-Vorpommern befindet sich der westlichste Hafen mit russischer Breitspur. Diesen Vorteil wollen wir nutzen, um die Fährverkehre mit Russland weiter auszubauen. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass eingefahrene Wege verlassen werden, um weitere Arbeitsplätze im Land zu schaffen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, was einer allein nicht schafft, schaffen zwei oder drei schon besser. Die Zukunft gehört der Bildung von Netzwerken und Kooperationen, gerade auch in wachstumsorientierten Branchen. Der Ausbau industrieller Kerne, zum Beispiel in der Bio- und Medizintechnologie, in der maritimen Industrie, im Schiffbau und bei den erneuerbaren Energien, in der Fahrzeug-, Luft- und Raumfahrt- und in der Ernährungsgüterindustrie, wird von der Landesregierung gefördert. Wir wollen keine Strohfeuer, wir wollen eine nachhaltige Entwicklung. Das ist der richtige Weg. Und deshalb ist unser Landesgeld bei der Standortoffensive gut angelegt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, hier sind die meisten Arbeitsplätze angesiedelt. Und um das Wachstum bestehender Unternehmen zu verstärken, richten wir die Wirtschaftsförderung weiterhin konsequent auf die Bestandspflege und die Verbesserung der Leistungsfähigkeit aus. Moderne Techniken wie E-Commerce müssen noch besser genutzt werden, um die Absatzchancen zu erhöhen. Zusammen mit dem Bund arbeiten wir daran, mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Zugleich konzentrieren wir unsere Anstrengungen darauf, neue Unternehmerinnen und Unternehmer für unser Land zu gewinnen. Unsere Standortoffensive setzen wir fort. Und anstatt beleuchtete Schafweiden für Investoren auszuweisen, wie es in den ersten Jahren nach der Wende oft geschehen ist, schaffen wir Planungssicherheit für Großstandorte, die verkehrsgünstig gelegen sind, professionell vermarktet und bei Bedarf weiterentwickelt werden können. Und auch das Existenzgründerinnenprogramm setzen wir fort.

Meine Damen und Herren, inzwischen tut sich auch eine Menge in Vorpommern und in Ostmecklenburg. Schlüssel zum Erfolg war und ist dabei auch hier der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur. Die A 20 und der Ausbau des Fährhafens Saßnitz-Mukran bringen die Region weiter voran. Euro Baltic Fischverarbeitung und Flugzeugbau Pasewalk sind nur einige Beispiele für erfolgreiche Unternehmensansiedlungen der letzten Zeit. Und die Erfolgsgeschichte Riemser Arzneimittel ist ein hervorragendes Beispiel für die Entwicklungschancen der Region. Auf der Insel Riems ist völlig unspektakulär die Bundesforschungsanstalt für Viruserkrankungen der Tiere konzentriert worden. Auch im Zusammenhang mit dem geplanten neuen Gaskraftwerk in Lubmin werden weitere Folgeinvestitionen erwartet. So entstehen industrielle

Kerne mit Wachstumspotential. Vorpommern hat sich auf den Weg gemacht, die Zukunft zu gewinnen. Diese positive und nachhaltige Entwicklung wird die Landesregierung weiter unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Ein wichtiger Standortfaktor ist auch ein schneller Rechtsschutz. Die Landesregierung wird dabei den Ausbau der Landesjustiz zu einem effektiven und bürgerfreundlichen Dienstleister weiter mit voller Kraft vorantreiben. Bisher konnte schon ein guter technischer Ausstattungsgrad der Gerichte und Staatsanwaltschaften erreicht werden. Die Möglichkeiten der vernetzten Zusammenarbeit und des elektronischen Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Justiz werden konsequent genutzt und erweitert. Und was zur Beschleunigung von Verfahren im Zusammenhang mit fälligen Zahlungen von juristischer Seite aus getan werden kann, tun wir. Ein Gesetzentwurf dazu ist bereits im Bundesrat. Doch ich sage auch hier, Zahlungsmoral ist in erster Linie ein Problem der Unternehmen untereinander.

Meine Damen und Herren, wir investieren in Bildung, Kultur und Sport:

Die wichtigste Ressource der Zukunft sind gut ausgebildete junge Menschen. Wir brauchen nicht nur eine bessere Bildung, wir brauchen sie auch früher und für weit mehr Schüler als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ab dem Schuljahr 2004/2005 wird in den Kindergärten ein freiwilliges kostenloses Vorschuljahr eingeführt. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten wird weiter als bisher gefasst und schließt die inhaltliche Ausgestaltung des Vorschuljahres mit ein. Damit ziehen wir auch Lehren aus den Ergebnissen des ersten internationalen Leistungsvergleichstests PISA.

Heute wissen wir, in den Jahren nach der Wende wurde vieles zu leichtfertig und kritiklos aus dem Westen übernommen. Das gilt auch und gerade für den Bildungsbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Mit dem neuen Schulgesetz, der berufsvorbereitenden Regionalschule, der Wiedereinführung des 12-Jahres-Abiturs und einer soliden Schulnetzplanung haben wir in der letzten Legislaturperiode die Weichen für die Zukunft gestellt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das war mit Umstellungen und sicher auch mit Unruhe verbunden. Aber jetzt treten wir in die Phase ein, in der diese Reformen in Ruhe umgesetzt werden sollen.

Sicherheit, Stabilität und noch mehr Qualität wollen wir auch bei den Berufsschulen erreichen. Und dazu werden wir systematisch eine zukunftsfähige Berufsschulstruktur entwickeln und zugleich für mehr Flexibilität des Systems der Berufsschulausbildung im Land sorgen. Die Möglichkeiten des Schulgesetzes, die berufliche Bildung mit dem Erwerb der Hochschulreife zu verbinden, werden ausgebaut.

Mit Hilfe des Bundes werden wir zudem die Ganztagschulen ausbauen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen in unserer Ge-

sellschaft zu ermöglichen. Gerade die Frauen in Mecklenburg-Vorpommern sind mit einem großen Potential an Wissen und Erfahrungen in das vereinte Deutschland gekommen. Sie haben ein hohes Bildungsniveau und durchgängige Berufserfahrung. Und für Frauen im Osten ist es selbstverständlich, dass beides – Beruf und Kinder – zum Leben gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie wollen eine gleichberechtigte Teilhabe und gleiche Chancen in allen Bereichen. Und das muss auch so sein, denn alles andere wäre eine Verschwendung von Ressourcen. Mit unserer Politik schaffen wir Rahmenbedingungen für mehr soziale Gerechtigkeit und zugleich Chancen für mehr Menschen in unserem Land.

Um jungen Eltern nach der Geburt ihres Kindes schneller den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen, werden in den Kindergärten schrittweise Betreuungsangebote für alle Kinder ab dem zweiten Geburtstag mit dem Ziel eines Rechtsanspruches eingeführt.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Zugleich wird das erfolgreiche Programm „Qualifizierung in der Elternzeit“ fortgesetzt.

Meine Damen und Herren! Auch in den nächsten Jahren werden die Hochschulen kontinuierlich weiter ausgebaut. Schon heute belegen unsere Hochschulen Spitzenplätze in den Rankings und darauf können wir stolz sein. Die steigende Nachfrage von Studierenden aus dem In- und Ausland ist ein Beleg für ihre Attraktivität. Wer effektiv studieren will und wem eine gute Betreuungsrelation zwischen Hochschullehrern und Studenten wichtig ist, der ist in Mecklenburg-Vorpommern gut aufgehoben. Wir bieten moderne Studiengänge mit internationalen Abschlüssen und vielerorts eine enge Kooperation mit der Wirtschaft. Diesen Weg gilt es weiter auszubauen, um unsere Hochschulen national wie vor allem international zukünftig noch attraktiver zu machen. In den folgenden Jahren gilt es auch, den Anteil von Frauen in Wissenschaft und Forschung weiter zu erhöhen. Die Grundlagen dazu sind im Landeshochschulgesetz gelegt.

Hochschulen sind von jeher Orte der Begegnung auch und vor allem im europäischen Sinne. Aufgrund ihrer besonderen Lage kommt unseren Hochschulen eine Brückenfunktion in die Länder des Ostseeraums zu. Fachliche Kooperation und Zusammenarbeit sind der Weg, auf dem wir weitergehen wollen. Doch auch im Land geht es für die Hochschulen darum, wie sie untereinander Ressourcen besser bündeln können, um vorhandene Mittel noch effektiver zu nutzen und gemeinsam im Wettbewerb der internationalen Wissenschaft Spitzenstellungen zu erarbeiten. Die Kooperationsgespräche zwischen der Universität Greifswald und der Fachhochschule Stralsund sind, glaube ich, beispielgebend für die Zukunft. Zur Steigerung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit haben wir den Hochschulen mehr Autonomie durch das neue Landeshochschulgesetz gegeben. Ich hoffe, dass die Hochschulen diese Freiheit auch nutzen werden, um im weltweiten Wettbewerb um Studenten und Hochschullehrer ihr Profil zu schärfen. Mehr Freiheit bedeutet aber auch mehr Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren! Die erste Erfahrung junger Menschen nach der Schule darf nicht sein, nicht ge-

braucht zu werden. Wir werden daher auch in diesem Jahr jedem Jugendlichen, der es möchte, einen Ausbildungsplatz anbieten. Unsere Wirtschaft im Land leistet schon heute Herausragendes bei der Ausbildung. Wir haben nach wie vor die höchste Ausbildungsquote in der Bundesrepublik. Das Hauptproblem ist daher nicht die Ausbildung. Das Hauptproblem bei uns im Land ist die so genannte zweite Schwelle, die Anstellung nach der Ausbildung. Durch die demographische Entwicklung bedingt werden in wenigen Jahren Fachkräfte in vielen Bereichen fehlen. Deshalb gilt schon jetzt: Nachwuchs sichern heute heißt Zukunft sichern morgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Qualität der Bildung steigern heißt aber auch die politische Bildung stärken. Wir leben heute in einer Zeit des Generationenwechsels, in einer Zeit des Übergangs vom selbst Erlebten hin zum „bloß noch Erzählten“. Das gilt für die Zeit des Nationalsozialismus, aber teilweise auch schon für die Zeit der SED-Diktatur und ihrer Blockparteien. Doch nicht nur das, oft schön die Erinnerung auch das Gewesene. Und die Erinnerung ist nicht selten selektiv. Wir brauchen daher in Zukunft eine Stärkung der politischen Bildung. Die Auseinandersetzung mit Diktaturen von Links und Rechts gehört zum verbindlichen Auftrag der Schulen und der Bildungseinrichtungen insgesamt. Die Gedenk- und Bildungsstätte „Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen“ am Demmlerplatz soll den finanziellen Möglichkeiten entsprechend ausgebaut werden. Ich sage hier deutlich, wir sind gegen eine Schlussstrichdebatte. In der alten Bundesrepublik wurde schon wenige Jahre nach der braunen NS-Diktatur, der grausamsten aller Diktaturen, ein Mantel des Schweigens über das gelegt, was passiert war. Das wollen wir bei uns nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber in unserem Land wird zurzeit von mehreren Stellen politische Bildungsarbeit geleistet. Zukünftig wird es darum gehen, diese zu bündeln, um sie effizienter zu gestalten und sie damit zu stärken.

Meine Damen und Herren, wer im Sommer „Turandot“ auf dem Alten Garten hier in Schwerin, auf Rügen die Störtebeker-Festspiele oder aber auch die Backsteingotikausstellung im Land erlebt hat, der wird mit mir einig sein, Kultur ist ein Wirtschaftsfaktor in unserem Land und zugleich ein weicher Standortfaktor für die Wirtschaft. Kultur erhöht die Lebensqualität, schafft Identität, stärkt das Heimatgefühl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Ok uns Plattdütsch is nich ünnertaukriegen! In' Gägendeil: Siet etliche Johr all kriggt uns Heimatspraak wedder düchtig Wind von achtern. Ümmer miehr Minschen marken, dat eigen Spraak un Kultur dat is, wat se sülben utmaken deiht. „Taufunft brukt Herkunft“, dor is väl Wohres an.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren! In einer Welt, in der sich der Wandel immer schneller vollzieht, ist das von besonderer Bedeutung, denn wer weiß, wo er selber steht, kann auch selbstbewusst und offener mit dem umgehen, was fremd und anders erscheint. Gerade diese Fähigkeit zur Toleranz und zur Weltoffenheit ist mitentscheidend für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns, in der Zusammenarbeit und Kooperation den Wettbewerb entscheidet.

Unsere reichhaltige und vielfältige Kulturlandschaft gilt es daher zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zusammen

mit den kommunalen Trägern, den Theatern und Orchestern wird eine tragfähige Theater- und Orchesterkonzeption für das Land erarbeitet. Die Kulturwirtschaft wird im Rahmen der vorhandenen Förderprogramme weiter gestärkt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt in der Förderung von Projekten für die Jugend und für die internationale Kulturarbeit im Ostseeraum. Aber längst reichen die Mittel nicht für alles, was wünschenswert und oft auch notwendig wäre. Das wissen wir alle. Mehr denn je wird es deshalb in Zukunft darauf ankommen, dass Staat und Bürger die Verantwortung für ihre Kultur gemeinsam tragen. Kultur geht alle an. Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und das nicht erst, seit die öffentlichen Gelder knapp sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren! Auch der Sport hat bei uns im Land einen hohen Stellenwert. Das in der letzten Legislaturperiode verabschiedete Sportfördergesetz belegt das eindrucksvoll. Es ist auch die Grundlage für die Förderung des Sports in dieser Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, wir investieren in ein Land zum Leben:

Ein Buch kann man zuschlagen, eine CD kann man weglegen, aber an einem Haus kann man nicht vorbeigehen, ohne es zu sehen. Wir wollen Städte, keine in Beton umgesetzten Flächennutzungspläne, Städte, in denen man Kind sein möchte und Kinder haben möchte, Städte, in denen Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Gesellige und Einsame miteinander leben und doch zugleich die Chance haben auf ein selbstbestimmtes Leben.

Das ist ein hoher Anspruch und vielleicht werden wir ihn nie vollständig einlösen können. Aber wir wollen es wenigstens versuchen. Dabei sind wir in den letzten Jahren ein großes Stück vorangekommen. Ich glaube, es ist unbestreitbar, unsere Städte und Gemeinden sind attraktiver geworden. Das Angebot und die Qualität des Bestandes haben sich erheblich verbessert. Doch es besteht weiterhin ein großer Sanierungsbedarf. Unsere bisherige Politik mit den Schwerpunkten Sanierung und Umfeldverbesserung werden wir daher fortführen. Deshalb werden alle Bundes- und EU-Mittel in der Wohnungs- und Städtebauförderung weiterhin vollständig komplementiert. Unsere Innenstädte sollen zukünftig noch lebendiger und schöner werden.

Ich glaube, das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ bietet Chancen für die Zukunft. Der einst herrschende Wohnungsmangel hat sich längst ins Gegenteil verkehrt. Stadtentwicklung bedeutet daher neben Sanierung und Modernisierung bestehender Gebäude auch einen behutsamen Rückbau nicht mehr benötigter Wohnungen und Einrichtungen.

Stadtentwicklung heute heißt Qualität statt Quantität. Und um diese Entwicklung zu beschleunigen, brauchen wir rasch für alle abgerissenen Wohnungen die Befreiung von Altschulden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Auch Landesentwicklung braucht einen zeitgemäßen Rahmen. Mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung stellt die Landesregierung deshalb das Landesraumordnungsprogramm aus dem Jahre 1993 als Landesentwicklungsprogramm neu auf. Sie wird dazu ein breites Beteiligungsverfahren durchführen.

Meine Damen und Herren! Neben der 1000-jährigen Kultur ist es die herrliche Natur, die von Einheimischen und Gästen gleichermaßen geschätzt wird. Gäste, die zu uns kommen, suchen Erholung, Entspannung und Ruhe. Das setzt eine intakte Natur, saubere Gewässer und klare Luft voraus. Wir würden uns den Ast absägen, auf dem wir heute mit dem Tourismus sitzen, wenn wir unsere wirtschaftliche Entwicklung ohne Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen vorantreiben würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nur durch konsequenten Umweltschutz eröffnen sich wachsende Marktchancen beispielsweise im Gesundheits- und Wellnessbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Durch zusätzliche neue Naturparke bewahren wir die Schönheit unserer Natur und schaffen weitere ausgezeichnete Erholungsmöglichkeiten. Auch der Erfolg der regenerativen Energien bei uns im Land zeigt, dass sich Wirtschaftlichkeit und Ökologie nicht ausschließen, ganz im Gegenteil. Das ist ein Bereich, den wir weiter ausbauen werden, in dem weitere attraktive Arbeitsplätze entstehen, gerade auch für junge Techniker und Ingenieure.

Durch ein Bündel umfangreicher Maßnahmen wird eine nachhaltige Entwicklung – orientiert an der AGENDA 21 – im Land vorangebracht. Das Klimaschutzkonzept werden wir zu einem ressortübergreifenden Aktionsplan „Klimaschutz“ fortschreiben. Gegenüber dem Bund dringen wir weiterhin darauf, dass zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Schiffssicherheit und zur wirksamen Bekämpfung von Schiffshavarien in der Ostsee ergriffen werden.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja, ja!)

Wie verheerend die Auswirkungen eines Tankerunglücks sein können, das erleben wir zurzeit an der spanischen Küste. Die EU hat zwar endlich erste Konsequenzen gezogen. Schweröltanker ohne doppelte Hülle dürfen Häfen in EU-Staaten nicht mehr anlaufen, dürfen in EU-Staaten nicht vor Anker gehen. Aber ich sage, das reicht noch nicht aus.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Schweröl ist zwar das gefährlichste Gut, was in diesen Tankern transportiert wird, aber auch ein Unfall mit normalem Erdöl hätte verheerende Folgen für unsere Küste, für unsere Tourismuswirtschaft. Es kommt nun darauf an, dass in diese Vereinbarungen die Beitrittsstaaten einbezogen werden, die 2004 voraussichtlich beitreten werden, und vor allen Dingen auch Russland, denn Russland ist ein großer Erdölexporteur und der Hafen Primorsk ist ein Hafen, der fast nur auf Erdöl spezialisiert ist. Also dort gibt es noch Weiteres zu tun.

In der Abfallwirtschaft ist es gelungen, für den öffentlichen und den privaten Bereich zukunftsfähige Entsorgungsstrukturen zu schaffen. Der derzeitige Wettbewerb der Entsorgungsträger wird von uns begrüßt, denn er sorgt dafür, dass die Gebühren für die Verbraucher möglichst niedrig gehalten werden. Das Land will die landeseigene Deponie Ihlenberg als Säule der Abfallwirtschaft im Land weiter ausbauen. Der Altteil der Deponie wird geschlossen. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und zur Reduzierung der Emissionen werden konsequent fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir investieren in ein sicheres Zusammenleben:

In Mecklenburg-Vorpommern können die Bürgerinnen und Bürger sicher leben. Und um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, führen wir den Kampf gegen die Kriminalität und ihre Ursachen weiter. Bei dieser Doppelstrategie liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Jugend- und Gewaltkriminalität.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Eine gut ausgebildete, ausgestattete und motivierte Polizei ist dafür eine Voraussetzung. Durch die Polizeistrukturreform ist die Polizei im Straßenbild präsenter geworden. Das stärkt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und das ist uns wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sicherheit vor körperlicher Gewalt wollen wir insbesondere auch für Frauen und Kinder erreichen. Deshalb haben wir einen Aktionsplan verabschiedet und in wesentlichen Teilen bereits in der letzten Legislaturperiode umgesetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

So hat Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland sein Sicherheits- und Ordnungsgesetz dahin gehend erweitert, dass Täter bei häuslicher Gewalt der Wohnung verwiesen werden und Betretungsverbote ausgesprochen werden können. Damit wurde ein wesentlich verbesserter Schutz für Opfer häuslicher Gewalt erreicht und daran werden wir kontinuierlich weiterarbeiten.

(Beifall bei der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch die Sicherheit auf unseren Straßen werden wir weiter verbessern. Dazu werden wir den Dreierschritt – Geschwindigkeitsreduzierung, Baumaßnahmen und Erhöhung des Überwachungsdruckes – fortsetzen. Zugleich gilt es aber auch, die Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern zu erhöhen. Straftäter werden in Mecklenburg-Vorpommern schnell, konsequent und mit der notwendigen Härte verfolgt. Oberstes Ziel im Strafvollzug und im Maßregelvollzug ist es, Wiederholungstaten möglichst auszuschließen. Hieran orientieren sich alle Maßnahmen, vom Lockerungssystem über die bauliche Sicherheit der Haftanstalten bis hin zu Maßnahmen der Resozialisierung.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

2. Innovation

Neben Investitionen sind Innovationen der Schlüssel zur Fortentwicklung unseres Landes. Wir fördern Innovationen in allen Bereichen. Ein Bereich, der eine gehörige Portion Innovation gut vertragen kann, ist die Verwaltung. Was ist nach allgemeiner Auffassung an allem schuld, dauert nach allgemeinem Ermessen viel zu lange und kann es ohnehin sowieso niemandem recht machen? Ja, richtig – die Verwaltung. Auch wenn das natürlich übertrieben ist, in ganz Deutschland ist es Zeit dafür, den „Verwaltungsdschungel“ zu lichten. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern will dabei vorangehen und in dieser Legislaturperiode Grundlagen für eine tiefgreifende Reform der Verwaltung schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dabei werden wir genau prüfen, welche Aufgabe zukünftig überhaupt noch von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden muss. Und wer ernsthaft eine

schlanke Verwaltung will, der muss alle Ebenen zur Mitarbeit herausfordern, das Land, die Kreise und die Gemeinden. Nur mit diesem umfassenden Ziel erreichen wir mehr Bürgernähe, weniger Bürokratie, höhere Leistung und vor allem Sparsamkeit.

Obwohl wir im Land schon seit Jahren die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurückgeführt haben, haben wir im Vergleich zu den alten Bundesländern immer noch zu viel Landesbedienstete. Ihre Zahl soll in den nächsten Jahren daher sozialverträglich weiter deutlich reduziert werden, von jetzt noch über 44.000 auf 38.500 bis 2006. Damit vergrößern wir auch den Spielraum für Investitionen.

Meine Damen und Herren! Diese anstehende Aufgabe Verwaltungsreform sollten wir aus dem Parteienstreit heraushalten, denn sie betrifft alle. Schon in der letzten Legislaturperiode hat es dazu gute Ideen gegeben, unter anderem vom ehemaligen Greifswalder Oberbürgermeister Herrn von der Wense, die in die Arbeit der Enquete-kommission eingegangen sind. Eine effektive Verwaltung ist eine Grundbedingung für wirtschaftlichen Erfolg und Bürgerzufriedenheit.

Auf welcher Ebene werden Aufgaben am besten erledigt? Wie kann Bürokratie weiter abgebaut werden? Der Bürger fragt nicht danach, wo die Dienstleistung erbracht wird, er fragt, wo er sie bekommt. Und das soll zukünftig an einer Stelle geschehen. Mit unserer Reform wollen wir ein Verwaltungssystem schaffen, das dicht an den Bürgerinnen und Bürgern und effizient ist.

Kernstück ist eine zweistufige Funktionalreform, das heißt die Verlagerung von Landesaufgaben auf die Landkreisebene und die Verlagerung von Aufgaben der Kreise auf die Ämterebene. Dies setzt aber, das sage ich in Richtung Union, leistungsfähige Kreisstrukturen und leistungsfähige Ämter voraus. Die jetzigen Strukturen, das sage ich hier deutlich, werden dem noch nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meiner Ansicht nach ist diese Verwaltungsreform eine gewaltige, aber notwendige Aufgabe. Wenn sie gelingt, dann wird Mecklenburg-Vorpommern die modernste Verwaltung Deutschlands haben. Und das ist ein Ziel, für das es sich lohnt, parteiübergreifend konstruktiv zusammenzuarbeiten, zum Beispiel im neuen Sonderausschuss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Eine Entbürokratisierung brauchen wir auch im Hinblick auf die zahlreichen Förderprogramme des Landes. Um die Förderprogramme übersichtlicher zu gestalten, werden sie gestrafft und soweit wie möglich mit denen des Bundes kombiniert. Sie werden kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit überprüft. Was nichts bringt, wird gestrichen. Förderung ist kein Selbstzweck.

Noch mehr Innovationen brauchen wir in Bezug auf die Forschung und Entwicklung. Dazu werden wir unsere Technologieoffensive fortsetzen. Dabei geht es uns vor allem um die weitere Optimierung der Zusammenarbeit von Unternehmen und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung neuer Verfahren und Produkte in den Schwerpunktbereichen Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien und auch regenerative Energien.

Innovationen, meine Damen und Herren, sind auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt gefordert. Innovativ ist unser

neues Arbeits- und Strukturentwicklungsprogramm, ASP, mit dem eine nachhaltige, regionale Wirtschaftsentwicklung unterstützt wird. Dieses Programm kann ein Vorbild auch für die anderen neuen Bundesländer sein.

Arbeitsmarktpolitische Akteure vor Ort werden in der Entscheidungsfindung bei der Verteilung von Fördermitteln mit einbezogen. Dies eröffnet insbesondere Frauen eine Perspektive, denn im ASP wird die Berücksichtigung der Chancengleichheit von Männern und Frauen festgeschrieben. Diese Maßnahmen werden konsequent an den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes ausgerichtet. Und schon heute können bedeutende Vorhaben, zum Beispiel Planungsleistungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt, aus dem Initiativfonds des ASP unterstützt werden. Dazu gehören zum Beispiel Projekte zur Bauleitplanung und Standortvorbereitung von Industrie- und Gewerbezustandorten. Es gibt unter anderem Zuschüsse für die kreisfreien Städte zur Einstellungsförderung, zum Beispiel von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Darüber hinaus erhalten Projekte zur Förderung des Unternehmergeistes bei Schülern, Studenten und Hochschulabsolventen aus dem ASP finanzielle Mittel. Sie sehen also, hier hat sich in der Vergangenheit schon viel bewegt und diesen Weg werden wir weitergehen.

Ein Grundproblem des zweiten Arbeitsmarktes war es bisher, dass Angebot und Nachfrage oft nicht zusammengepasst oder auch nicht schnell zusammengefunden haben. Hier setzt das Hartz-Konzept mit seinem Maßnahmenkatalog an. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen flexibel auch auf regionale Lösungen ausgerichtet werden können. Wir dürfen allerdings nicht übersehen, dass im Osten das Hauptproblem nicht die Vermittlung, sondern die zu geringe Zahl von Arbeitsplätzen ist. Und wir sind uns bewusst, dass die Neustrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes nach Hartz zuerst sicherlich nicht einfach wird, aber langfristig wird es sich auszahlen.

3. Internationalisierung

Wir wollen uns im internationalen Standortwettbewerb behaupten, müssen dazu aber in unserem Denken und Handeln zukünftig noch internationaler werden. Aufgeschlossenheit gegenüber Fremden entspricht hanseatischer Tradition und entscheidet schon heute mehr denn je über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern, denn die Fähigkeit zur Kommunikation, zur Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen stellt schon jetzt den entscheidenden Wettbewerbsvorteil dar. Hinzu kommt, die europäischen Bezüge gewinnen in vielen Politikbereichen ein immer größeres Gewicht. Die Landesregierung wird deshalb diese Aspekte kontinuierlich verdeutlichen und internationales, europäisches und grenzüberschreitendes Denken und Handeln fördern und fordern. Dazu wird die Landesregierung die Verwaltung noch stärker auf Europa ausrichten. Ziel ist es auch, die europäischen Förderprogramme noch besser zu nutzen als bisher. Dazu bedarf es aber zunächst innovativer grenzüberschreitender Projektideen. Der bloße Blick auf mögliche Fördermittel kann nicht am Anfang, sondern nur am Ende einer Projektidee stehen. Übrigens, unser Land muss auch nach 2006 Ziel-1-Gebiet und damit Höchstfördergebiet der EU bleiben. In einer erweiterten Union wird für alle weniger Geld da sein. Umso wichtiger ist die Gleichbehandlung der Regionen, in denen die Anpassung der Lebensverhältnisse an den EU-Durchschnitt noch nicht erreicht ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren! Der Ostseeraum ist ein Wirtschaftsraum mit großer Zukunft. Und das Schöne daran ist, wir liegen mittendrin. Um unseren Standortvorteil entsprechend zu nutzen, werden wir vorhandene Kooperationen verstärken und ausbauen. Im Bereich der Biotechnologie ist unser BioCon Valley mit der dänisch-schwedischen Medicon Valley Academy verbunden. Gemeinsam haben wir in Berlin den Biotech-Business-Club gegründet.

Alle diese Potentiale bringen wir im Ostseeraum in die Scan-Balt-Initiative ein. Der ostseeraumweite Verbund hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den Ostseeraum zu einer führenden Biotechnologieregion Europas zu entwickeln. Nach dem Vorbild des Biotechnologieverbundes prüfen wir, welche weiteren Bereiche für ein solches Kooperationsmodell in Frage kommen.

Die Osterweiterung der Europäischen Union sehen wir als große Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Heute und morgen gehen die Beitrittsverhandlungen zu Ende. Am 1. Mai 2004 ist es dann so weit, Europa wird zehn neue Mitglieder haben. Ob das gemeinsame neue Europa ein Erfolg wird, hängt aber nicht nur von der Politik ab. Das entscheiden letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen wir gewinnen. Und bis dahin haben wir noch ein gutes Stück Weges vor uns, denn es gilt, noch vorhandene Sorgen der Menschen abzubauen und sie auf das erweiterte Europa vorzubereiten.

Als ostdeutsche Grenzregion kommt uns in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zu. Daher fördern wir grenzüberschreitende Netzbildung und die Zusammenarbeit mit den polnischen Regionen in allen Bereichen. Gerade die mittelständischen Betriebe brauchen bei der Marktanpassung und Vorbereitung auf die Erweiterung Unterstützung. Die wechselseitigen Präsentationen, das Haus der Wirtschaft in Stettin, die gemeinsame deutsch-polnische Berufsausbildung – das sind zentrale Stichworte dafür, wie wir das gegenseitige Kennenlernen fördern und uns auf die Veränderungen einrichten können. Im Zuge der EU-Osterweiterung wollen wir unser Informationsbüro in Tallinn zu einer Standortagentur im östlichen Ostseeraum ausbauen.

Aber, meine Damen und Herren, Europa braucht nicht nur die Köpfe der Politiker, sondern vor allem die Herzen der Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

4. Image

Jeder, der Geld verdienen will, kümmert sich um sein Image. Wir kennen das aus dem Showgeschäft, aus der Wirtschaft sowieso. Nichts wird da dem Zufall überlassen, keiner würde sich selbst schlechtreden, ganz im Gegenteil. Es wird oft schamlos übertrieben. Im Ergebnis können dann die Erwartungen oft nicht erfüllt werden.

Bei uns im Land ist es umgekehrt. Als Mecklenburger und Vorpommern sind wir Meister der Untertreibung. Wenn etwas wirklich Spitze ist, dann sagen wir, es sei gar nicht so schlecht. Sollte sich jemand dennoch nicht abschrecken lassen, übertreffen wir die erzeugten Erwartungen bei weitem. Auch nicht schlecht, aber nicht gut genug, um im Wettbewerb polierter Hochglanzoberflächen mithalten zu können.

Meine Damen und Herren, andere sind nicht besser als wir. Wir in Mecklenburg-Vorpommern brauchen uns nicht zu verstecken. Wir können aufrecht gehen, wir haben allen Grund dazu. Es muss endlich Schluss sein mit dem ewigen Schlechtreden des Landes.

(Beifall bei SPD und PDS – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir müssen also umdenken und zu positiven Botschaften unseres Landes werden. Ein paar haben wir ja schon, aber wir brauchen noch mehr. Nein, wir brauchen alle: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer, Politikerinnen und Politiker unseres Landes müssen hier an einem Strang ziehen. In den vergangenen vier Jahren habe ich zahlreiche Reisen ins Ausland unternommen, um für unser Land zu werben. Viele Unternehmensvertreter unseres Landes haben mich dabei begleitet. Das Land hat sich auch international auf Messen präsentiert. Und auch zukünftig werden wir unsere Standort- und Innovationsoffensive fortsetzen durch Reisen, Veranstaltungen, Präsentationen, Anzeigen, Internetauftritte und andere Aktionen, um unser Land weiter national und international zu vermarkten. Alle Akteure sind herzlich eingeladen, sich hier zu beteiligen, auch gern finanziell.

Mecklenburg-Vorpommern ist jung, schön, weltoffen, zukunftsorientiert und auf dem Weg nach oben. Diese Botschaft ist die richtige Botschaft. Sie wird unserem Land gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und mit unserer Dachmarke „MV tut gut“ sind wir schon auf dem richtigen Weg, aber sie muss noch bekannter werden. Dafür müssen wir alle gemeinsam sorgen. Darauf werden wir unsere Landeswerbung konzentrieren.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Punkt 5:

Integration

Integration ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Eine sozial gerechte Gesellschaft, die vielen Menschen Chancen eröffnet, schafft auch die Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, denn sie sichert die Teilhabe von möglichst vielen. Soziales ist also wirtschaftlich. Aber wir brauchen auch mehr Wirtschaftlichkeit im Sozialen. Denn wenn wir das nicht tun, setzen wir angesichts demographischer Veränderungen unseren Sozialstaat als Ganzes aufs Spiel. Besonders deutlich wird das zurzeit in Deutschland an unseren Sozialsystemen Rente und Gesundheit. So geben wir beispielsweise schon seit langem viel zu viel Geld aus für die Verwaltung von Gesundheit. Warum gibt es in Deutschland mehrere hundert Krankenkassen? Werden bei uns nicht zu viele Medikamente verbraucht? Tatsache ist, dass Deutschland zwar weltweit neben den USA mit am meisten Geld für Gesundheit ausgibt, dass aber die Menschen trotzdem nicht gesünder sind als anderswo.

Da muss sich vieles ändern, da muss vieles vereinfacht und entbürokratisiert werden. Da ist zum Teil auch ein Umdenken beim Einzelnen selbst notwendig. Die Verantwortung für seine Gesundheit kann man nicht delegieren. Die Verantwortung hat erst einmal jeder selbst. Wie immer auch eine Reform aussieht, eins steht fest: Im Krankheitsfall muss immer gewährleistet bleiben, dass auch weiterhin allen Menschen der Zugang zu einer erforderlichen

medizinischen Versorgung ermöglicht wird. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Eine soziale Frage der Solidarität ist auch der Ost-West-Finanzausgleich der Krankenkassen. Wenn die drei unionsgeführten süddeutschen Klageländer sich hier mit ihren Forderungen vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen könnten, würde das 2 Milliarden Euro weniger für den Osten bedeuten. Entweder wird dann die medizinische Versorgung im Osten schlechter als in Westdeutschland oder wir in Ostdeutschland müssten deutlich höhere Beiträge zahlen als im Westen. In einer Situation, in der die Beiträge sowieso steigen, würden sich die Beträge im Osten noch einmal erhöhen. Und ich frage: Wer soll das bezahlen? Es würde Bayern und Baden-Württemberg nützen, aber den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland empfindlich treffen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich warte dazu bis heute auf ein klares Wort der Opposition in diesem Landtag und ich fordere die Unionskollegen Stoiber, Teufel und Koch auf: Ziehen Sie Ihre Klage zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir werden dazu einen Gesetzentwurf im Bundesrat einbringen. Und wenn es Ihnen wirklich um eine Reform des Finanzausgleichs der Krankenkassen geht und nicht um seine Abschaffung, dann schließen Sie sich dem an. Unser Gesetzentwurf macht die Klage überflüssig.

Meine Damen und Herren! Familien, Senioren, Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken und pflegebedürftigen Menschen gilt im Sozialstaat unsere besondere Aufmerksamkeit. Um die Effektivität und Effizienz der vorhandenen Betreuungsangebote zu erhöhen, fördern wir die Vernetzung. Unsere moderne und bürgernahe Krankenhausstruktur werden wir weiterentwickeln, zugleich wollen wir die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung vorantreiben.

Meine Damen und Herren, um unser Land auch für Kinder und Jugendliche attraktiver zu machen, werden wir den Ausbau alternativer Freizeit- und Kulturmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche unterstützen. Mit einem Kinder- und Jugendprogramm wird die Landesregierung die Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe gestalten. Die Jugendhilfestrukturen sollen auf ihre Effektivität überprüft und gegebenenfalls neu gestaltet werden.

Integration im Land heißt aber auch, die Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben für Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und kultureller Prägung zu schaffen. Vorhandene Maßnahmen und Prozesse sollen zum Zweck der besseren Koordinierung zusammengeführt werden und die Landesregierung wird auch ihre Anstrengungen verstärken, gerade Kinder und Jugendliche nicht deutscher Herkunft zu qualifizieren, damit sie Schulabschlüsse erreichen und eine Ausbildung erhalten. Zukunft heißt Miteinander, Zukunft heißt Integration.

Meine Damen und Herren, Investition, Innovation, Internationalisierung, Image und Integration, diese fünf großen Aufgaben können und werden wir lösen. Voraussetzung dafür ist, dass wir aufeinander zugehen, manches aus dem politischen Streit heraushalten und einsehen, dass angesichts leerer Haushaltskassen die Zeit der uneinge-

schränkten Forderungen an den Staat vorbei ist. Oft blockieren sich organisierte Interessen gegenseitig. Jeder will, dass es vorangeht, aber keiner will etwas vom eigenen Kuchen abgeben, sondern befürwortet den Abbau von Subventionen bei anderen. Es muss allen klar sein, dass das nicht geht. Die Rechnung, wenn jeder an sich denkt, dann ist an alle gedacht, wird nicht aufgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Angesichts der ehrgeizigen Ziele und der finanziellen Situation gilt es, gemeinsam noch intelligentere Lösungen zu finden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Dazu kann und muss jeder mit seiner Initiative und seinem Engagement beitragen. Und ich appelliere an die Opposition: Arbeiten Sie konstruktiv mit bei der Lösung der anstehenden Aufgaben wie zum Beispiel bei der Verwaltungsreform! Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, um die Aufgaben der Zukunft zu lösen. Für kleinliches Parteiengezänk haben sie zu Recht kein Verständnis. Sie erwarten, dass wir unser Bestes geben. Nicht weniger als unser Bestes haben sie auch verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, vielleicht werden wir nie die Besten sein. Aber wir in Mecklenburg-Vorpommern können zukünftig auf einigen Gebieten zu den Besten gehören. Sicherlich ist noch nicht alles, wie es einmal sein soll. Es gibt auch Probleme. Aber, meine Damen und Herren, Probleme sind auch Chancen und Herausforderungen.

Neulich war in einer Zeitung zu lesen: „Ringstorff hat das Temperament einer Wanderdüne und das Stehvermögen eines Ochsen.“ Ich sei so wie das Land und seine Menschen. Meine Damen und Herren, als Mecklenburger und Vorpommern wissen Sie sicher, bei entsprechendem Wind können Wanderdünen verdammt schnell sein.

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

Wanderdünen sind stetig und unaufhaltsam. Genauso sind wir.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aber langsam.)

Wir haben Ziele. Und diese Ziele werden wir mit dem Stehvermögen eines Ochsen gemeinsam erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 180 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahlen zum 4. Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben vor knapp einem Vierteljahr, am 22. September, stattgefunden. Das Ergebnis der Wahlen ist bekannt und die politische Verantwortung ist seit diesem Tag in diesem Land klar definiert. Heute ist der 11. Dezember 2002. Ein Vierteljahr ist ins Land gegangen, bis der Regierungschef des Landes

Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ringstorff sich gnädigerweise bemüht, der nach der Verfassung unseres Landes bedeutendsten Institution unseres demokratischen Gemeinwesens kundzutun, was er in den nächsten vier Jahren zu tun gedenkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Menschen nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern können sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in diesem Land einmal mehr die politischen Maßstäbe verloren gehen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass man sich nach einem aufreibenden Wahlkampf eine Pause gönnt, eine Auszeit benötigt. Auch ich habe mir diese gegönnt. Aber es ist unakzeptabel, nach einem Vierteljahr den Menschen dieses Landes zu sagen, wo die Reise in den nächsten vier Jahren hingehen soll. Ich halte dies für unakzeptabel, weil die Probleme, vor denen wir stehen, Antworten verlangen. Die Menschen verlangen Antworten von uns darauf, wie die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land aussehen. Und, Herr Ministerpräsident, dazu kann, dazu darf man sich nicht knapp ein Vierteljahr Zeit lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, unser Land hat drei Stimmen im Bundesrat und wir werden in neun Tagen, am 20. Dezember, viele wichtige Entscheidungen im Bundesrat haben. Und die Verhältnisse im Bundesrat sind eng. Es hätte uns schon interessiert, uns als Landtagsabgeordnete, aber, Herr Ministerpräsident, insbesondere die Menschen in diesem Land, für die Sie politische Verantwortung tragen: Wie positioniert sich die Landesregierung zu diesen wichtigen bundespolitischen Themen bei der Rente, bei der Gesundheit, bei dem Thema Arbeitsmarkt? Sie sind außer Allgemeinfloskeln, Herr Ministerpräsident, hier uns und den Menschen, insbesondere den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Ihre Antwort, die Antwort der Landesregierung schuldig geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Oder, Herr Ministerpräsident, ist der Maßstab des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und jetzigen Ministers für Arbeit, Bau und Landesentwicklung auch Ihr Maßstab, der auf dem PDS-Landesparteitag gesagt hat, dass er im Bundesrat Parteipolitik über Landesinteressen stellen werde? Ist das auch Ihre Haltung, Herr Ministerpräsident, oder sind Sie dem Amtseid von Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet, Ihrem Amtseid, das heißt, dass Sie die Interessen unseres Bundeslandes im Bundesrat zu wahren haben?

Herr Ministerpräsident, die Menschen erwarten Antworten. Sie haben versprochen, dass die Rentenbeiträge stabil bleiben. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Weiter wird an der Zapfsäule ein immer höherer Rentenbeitrag erhoben, aber der Rentenbeitrag, Herr Ministerpräsident, sollte im nächsten Jahr 18,7 Prozent sein. Mit vielen Trickserien ist er bei 19,5 Prozent gelandet. Herr Ministerpräsident, wie positionieren Sie sich zu diesem politischen Problem?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben die Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst versprochen bis zum Jahr 2007. Wie sieht es mit der Nullrunde bei Krankenschwestern und Ärzten in den Krankenhäusern aus? Wie ist dort Ihre Position? Sie wol-

len eine Ostkomponente im Hartz-Konzept. Heute wird das Konzept ohne diese Komponente durchgepeitscht und ich gebe Ihnen einen guten Rat, Herr Ministerpräsident und Herr Minister Holter: Die Holter-Kommission zu Hartz brauchen Sie nicht mehr einzusetzen! Der Zug Hartz steht nicht nur voll unter Dampf, der ist schon fast im Zielbahnhof ohne Mecklenburg-Vorpommern angekommen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist auch nicht mehr Hartz.)

Und deswegen wäre es schon interessant gewesen, Herr Ministerpräsident, zu hören, wie Sie zu dem Thema Minijobs stehen. Eine Chance für ein Saisonland wie Mecklenburg-Vorpommern, gerade jetzt zu Weihnachten und Silvester, wo ein hoher Bedarf in den Hotels, in der Gastronomie vorhanden ist, wie stehen Sie dazu, dass gerade in der Saison Menschen 500 Euro brutto gleich netto behalten können? Ihre Position für unser Land kann doch nicht sein, dass sie Ja sagen, 500 Euro bei haushaltsnahen Dienstleistungen. Haushaltsnahe Dienstleistungen brauchen wir nicht in diesem Land. Wir brauchen in diesem Land die Chance, dass dann, wenn Arbeit anfällt, Menschen auch diese Arbeit leisten können, dass sich Leistung lohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, es würde ja vielleicht noch zu vertreten sein, dass man ein Vierteljahr politisch pausiert, aber Sie haben auf Seite 16 in Ihrer Regierungserklärung den schönen Satz geschrieben: „Familien, Senioren, Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken und“ – Hören Sie gut zu! – „pflegebedürftigen Menschen gilt im Sozialstaat unsere besondere Aufmerksamkeit.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, haben Sie wirklich nicht mitbekommen, dass eine Novellierung des Landespflegegesetzes seit Wochen und Monaten überfällig gewesen ist? Wir haben darauf hingewiesen, die Wohlfahrtsverbände haben darauf hingewiesen, die Pflegedienste haben darauf hingewiesen. Und jetzt werden hektisch Dringlichkeitsanträge gestellt, obwohl Sie in der Pflicht und in der Verantwortung gewesen wären, zu verhindern,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: Wir sind die Gesetzgeber! Wir sind die Gesetzgeber!)

dass Menschen in Heimen Briefe zugestellt werden, wo ihnen mitgeteilt wird, nicht mehr 500 Euro Beitrag, sondern es verdoppelt sich. Herr Ministerpräsident, Ihre politische Anforderung wäre es gewesen, eine klare rechtliche Grundlage für 2003 und später zu schaffen. Dieses haben Sie versäumt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hier, Herr Ministerpräsident, helfen nicht warme Worte, sondern politisches Tun ist gefragt, politisches Handeln. Und ich gebe Ihnen hier den Rat, fangen Sie einfach an, politisch zu handeln!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben einen Koalitionsvertrag auf mageren 55 Seiten, 14 Artikeln und 296 Punkten vereinbart,

(Heinz Müller, SPD: Ganz schön lang, ne?!)

wie und was Sie in den nächsten vier Jahren politisch gestalten wollen. Ich habe den Eindruck, dass Sie in wei-

ten Teilen diesen Koalitionsvertrag eher dem Reißwolf oder dem Papierkorb übergeben können, denn für die allermeisten Punkte wirkt der Artikel 283, und zwar der Finanzvorbehalt.

Doch, sehr geehrte Damen und Herren von der Koalition, was haben die Menschen in den nächsten vier Jahren von Ihrer Regierung und von Ihrer Landtagsmehrheit zu erwarten? Geben Sie mit dem Koalitionsvertrag, mit Ihrer heutigen Regierungserklärung den Menschen in diesem Land die Antwort, wie Sie Zukunftsvorsorge treffen wollen für die Herausforderungen im finanzpolitischen Bereich? Ich nenne nur die Stichpunkte: die degressive Ausgestaltung des Soli II, das Auslaufen der EU-Strukturmittel im Jahr 2006. Und, Herr Ministerpräsident, hier reicht es nicht aus, einfach zu sagen, wir treten für eine Gleichbehandlung der Regionen ein. Das wollen sicher alle, aber wie positionieren Sie sich zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen in Mecklenburg-Vorpommern?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Was sagen Sie zur Höhe der Strukturfondsmittel? Und, Herr Ministerpräsident, wie stellen Sie sich der Herausforderung, dass jährlich, in den letzten beiden Jahren zumindest, weit über 11.000 Menschen dieses Land verlassen haben? Das ist ein Minus von 23 Millionen Euro im Jahr im Länderfinanzausgleich an Finanzzuweisungen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Kein Wort dazu heute.)

Was wollen Sie dagegen tun? Das Thema Abwanderung junger Menschen, das haben Sie fast völlig umschifft. Und, meine Damen und Herren, mit „weiter so“,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

mit einer Politik des Rasenmähers, ohne Prioritäten zu setzen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

mit Durchwurschteln, das kann doch nicht Ziel Ihrer Politik sein!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, die Eltern stellen Fragen: Wie viel werde ich künftig für einen Kinderbetreuungsplatz bezahlen müssen? Wie steht es um die kulturellen Einrichtungen in diesem Land? Wie viele Lehrer und Hochschullehrer wollen Sie noch verabschieden? Auf wie viele Polizisten mehr soll die Bevölkerung noch verzichten und an erlebbarer Sicherheit einbüßen? Welche Investitionen werden nicht mehr getätigt und wo wird der infrastrukturelle Ausbau stocken?

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt: Auch mit unserem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent im ersten Halbjahr liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 3. Wissen Sie, das Gegenteil von Schlechtreden ist Schönreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Beides kann in hohem Maße negativ wirken. Und wir sollten uns wirklich darauf konzentrieren, Probleme zu benennen. Wer Probleme nicht benennt, wird keine Lösung erreichen können. Und wissen Sie, ich will jetzt nicht voraussagen, wie hoch das Wirtschaftswachstum zum Jahresende sein wird. Ich hätte von Ihnen ganz einfach

erwartet, dass Sie deutlich machen, dass Deutschland insgesamt in einer desaströsen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation steht und dass wir da mittendrin hängen. Und ich hätte von Ihnen erwartet, Herr Ministerpräsident, dass Sie deutlich machen, wie Sie es sich vorstellen, dass die Schere zwischen West und Ost zusammengeht, die immer weiter auseinander geht. Wir brauchen 50 Jahre ein Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent, um Schleswig-Holstein einzuholen. Und deswegen sind Ihre Zielvorstellungen mit dem Jahr 2020 völlig unreal. Sie müssen uns sagen, wie Sie Wirtschaftswachstum für dieses Land von 6, 7 und 8 Prozent erreichen wollen,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist unrealistisch. Das ist unrealistisch. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

damit sich die Schere schließen kann und damit wir auch das Verfassungsgebot realisieren, gleichwertige Lebensverhältnisse für Ost und West! Darauf sind Sie die Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, ich lese jetzt mal einige Schlagzeilen der letzten drei Wochen vor:

- „Steuerausfälle zwingen Land zu hohen Schulden“, „Nordkurier“, 14. November
- „Bundesregierung will den Osten kaputtsparen“, dpa, 15. November
- „Schulen verfallen – Kein Geld für Sanierungen“, SVZ, 18. November
- „Land lässt Kita in Ungewissheit“, SVZ, 21. November
- „Studenten auf den Barrikaden“, „Ostsee-Zeitung“, 21. November
- „Fast 1.500 Jugendliche suchen noch immer eine Lehrstelle“, dpa, 28. November

Herr Ministerpräsident, nur ganz nebenbei bemerkt: Das ist ein Versprechen, das Sie nicht eingehalten haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Es gab in keinem Jahr eine Situation, dass noch Ende November 1.500 junge Leute noch eine Lehrstelle suchten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und, Herr Ministerpräsident, gucken Sie mal ganz genau hin, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben mit der betrieblichen Ausbildungsplatzförderung. Sie haben sie so weit heruntergefahren, dass für 500 oder 800 Euro kein Handwerksmeister mehr sagt, ich stelle jemanden zusätzlich ein, unabhängig von der schwierigen wirtschaftlichen Lage gerade im Handwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dort hätten Sie gegensteuern müssen.

- 30. November: „Kostenschock in Pflegeheimen“
- 5. Dezember, SVZ: „Kritik am Vorschuljahr: ‚Konzept nicht durchdacht‘“
- und der „Nordkurier“ vom 7. Dezember: „Weniger Geld für politische Bildung geplant“

Herr Ministerpräsident, das ist offenbar Realität in Mecklenburg-Vorpommern, das sind die Probleme, die

die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben. Und viele wissen noch nicht, wenn Sie so weitermachen und nicht wirklich umsteuern, dass es noch mehr an die Substanz dieses Landes geht, und deswegen kann man sich nicht ein Vierteljahr Zeit lassen, sondern muss sofort beginnen zu arbeiten. Die Menschen erwarten von Ihnen, die Menschen erwarten von der Politik, dass die Probleme angepackt werden und nicht, dass die Probleme ausgeessen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir, und das betone ich ganz ausdrücklich, müssen uns darauf verständigen, was wir dringend fördern und befördern müssen, damit dieses unser Land eine Zukunft hat. Diese Prioritätensetzung vermisste ich sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der Regierungserklärung. Wir, die CDU, haben die Prioritäten in unserem Wahlprogramm und für die Oppositionsarbeit klar formuliert:

Erstens. Wir wollen die Abwanderung der jungen und hochqualifizierten Menschen aus unserem Land stoppen.

Zweitens. Wir wollen die Wirtschaft entwickeln und dadurch Arbeit schaffen.

Drittens. Wir wollen mit einer Bildungsoffensive die Grundlage dafür legen, dass diese Entwicklung von Nachhaltigkeit geprägt ist.

Ihr Koalitionsvertrag, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, das ist ein Dokument der Unverbindlichkeit und so führen Sie dieses Land in eine Sackgasse, so darf man Politik nicht gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sparen auch da, wo Politik eine Zukunft gestalten kann, wo unser Land eine Zukunft hätte. Sie sparen bei den Universitäten und Fachhochschulen. Sie sparen in der Bildung und Sie geben Geld aus, wo Zukunft nicht wachsen kann, zum Beispiel in den Ministerbüros.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich bin entsetzt, dass angesichts der Tatsache, dass Ihre Koalition von allen Einsparungen verlangt, die Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS Frau Schulz just im gleichen Moment vier Stellen mehr für das Büro der Sozialministerin einfordert. Herr Ministerpräsident, erfüllen Sie diese Forderung nicht! Das ist unredlich und dreist, wenn diese Forderung in diesem Brief umgesetzt werden würde. Es kann nicht sein, dass Sie weiter gerade in den Ministerien, in den obersten Landesbehörden, Verwaltungen Personal aufstocken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, überlegen Sie sich einmal: Sie haben, und sicher zu Recht, von den Menschen in diesem Land gefordert, dass sie akzeptieren müssen, dass es Einschnitte geben wird. Ich fand auch hoch interessant Ihre Aussagen zur Gesundheit. Wenn Sie noch die Worte „mehr Eigenverantwortung“, „Eigenbeteiligung“ und „Selbstbehalt“ in den Mund genommen hätten, dann wären Sie ja fast auf den Positionen der CDU Deutschlands gewesen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber was glauben Sie, wie es wirkt, dass Menschen mitbekommen, dass man nicht zuerst bei sich beginnt zu sparen, nicht bei sich zuerst die Einschnitte vornimmt,

sondern noch fordert, dass hier im Ministerbüro eine Stelenaufstockung passieren soll? Herr Ministerpräsident, Sie haben auch von Glaubwürdigkeit von Politik gesprochen. Politik kann nur dann glaubwürdig sein, wenn Politik mit positivem, mit gutem Beispiel vorangeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie werden nun wieder sagen: Wo sind die Alternativen der Opposition? Wo sind denn ihre Vorschläge? Dazu sage ich Ihnen zweierlei:

Erstens. Unsere Vorschläge, Herr Ministerpräsident, die liegen vor. Und ich darf Ihnen hier auf 140 Seiten „Opposition und Alternative“ überreichen,

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

das dezidiert in allen Politikbereichen für Mecklenburg-Vorpommern unsere Vorschläge für die nächsten vier Jahre enthält. Und wenn Sie mal eine Musestunde haben, gucken Sie rein! Ich denke, das kann nicht schaden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Sie vergessen offenkundig eins: SPD und PDS – und somit Sie – sind seit dem 22. September dieses Jahres beauftragt, dieses Land zu regieren. Und regieren, Herr Ministerpräsident, heißt handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist aber doch bemerkenswert, dass schon heute der eine oder andere Vorschlag unsererseits Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat,

(Angelika Gramkow, PDS:
Weil Sie ignorant sind.)

zum Beispiel: Dachmarke für Imagewerbung, zentrale Anlaufstelle für Investoren, bei der Arbeitsmarktpolitik – das ASP soll auf Effizienz überprüft werden – Einsetzung für die Novellierung des Job-AQTIV-Gesetzes. Bei der Bildungspolitik ist die Anpassung des Lehrpersonalkonzepts nahezu wortgleich oder sinngemäß aus unserer Programmatik übernommen. Und ich denke, das geht auch nicht anders, weil wir haben halt die besseren Alternativen zu Ihrem Regierungsprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden Ihnen ausreichend Gelegenheit geben, sich mit unseren und Ihren Vorschlägen auseinander zu setzen. Wir sind zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit. Herr Ministerpräsident, ich kündige Ihnen heute schon an für die Januarsitzung einen Antrag der CDU-Fraktion zur Kabinettsreform. Dann werden wir mal debattieren. Wenn Sie von Effizienz von Verwaltung reden, dann kann es nur ein Motto in diesem Land geben: Die Landesregierung muss bei sich zuerst anfangen und mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da bin ich auch hoch gespannt, welcher Maßstab dann in diesem Landtag gilt. Gilt der gleiche Maßstab wie zwischen 1998 und 2002, 90 Prozent der Anträge der CDU einfach abzulehnen, ihnen gar keine Chance zur Beratung in den Ausschüssen zu geben? Das ist für mich nicht Maßstab konstruktiver Zusammenarbeit. Und ich komme noch auf den Punkt Sonderausschuss zu sprechen und da werde ich die Frage stellen: Wie ernst nimmt

sich dieses Parlament, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, denn selber?

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr ernst.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Gelegenheit werden wir Ihnen nicht geben, wenn Sie die Opposition als Alibi für Ihr Nichtstun benutzen wollen. Sie sind verantwortlich seit vier Jahren für Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es sind die Ergebnisse Ihrer Politik links und rechts in der Schlossstraße und in der Bundesregierung in Berlin, dass Sie diese von einer Mehrheit der Menschen in Deutschland und im Land als dramatisch empfundene Situation zu verantworten haben.

Und, Herr Ministerpräsident, ich hätte mir schon von Ihrer Seite ein ehrliches Wort dazu gewünscht, dass Sie mit dem Ja zur Steuerreform, mit dem Ja zur Rentenreform im Bundesrat mit dazu beigetragen haben, dass man nicht nur von einer Politikverdrossenheit spricht, sondern einige wie Arnulf Baring von der Krise der Gesellschaft oder dass Roman Herzog von einer Vertrauenskrise in die Politik insgesamt spricht. Herr Ministerpräsident, diesem hätten Sie sich stellen müssen. Die Politik fängt nicht heute an am 11. Dezember, Politik hat immer Vorgeschichte und für die dramatische Situation, gerade im Bereich der Steuern,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

der Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen Rot-Grün in Berlin und Rot-Rot in Schwerin Mitverantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Regierungserklärung ohne ein ehrliches Wort zur mehr als desolaten Lage der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, zu der Tatsache, dass wir Ende November 170.479 arbeitslose Menschen hatten, eine Arbeitslosigkeit von 18,7 Prozent, wo wir mittlerweile gemeinsam mit Sachsen-Anhalt Schlusslicht in Deutschland sind, sich nicht dem Thema stellen, dass wir seit dem August 1998 66.400 Menschen aus der Beschäftigung verloren haben. Und seit dem August 1999, Herr Ministerpräsident, waren die ABM-Größen auf einem Niveau wie in den Jahren 1996/97 – 52.600. Das heißt, nicht mehr die Zahl der Arbeitslosen ist die entscheidende Zahl, sondern die Zahl, wie viele Beschäftigte haben wir. Und übrigens, auch die Zahl der Erwerbstätigen ist um 25.000 heruntergegangen.

Aber was tun Sie eigentlich in dieser Situation, um diese gefährliche Abwärtsspirale aufzuhalten? Sie klopfen sich offensichtlich auf die Schulter. Herr Ministerpräsident, ich hätte erwartet, wir hätten erwartet, ich denke, auch die Menschen in diesem Land hätten erwartet, dass Sie hier eine ehrliche Bestandsaufnahme betreiben. Ehrlichkeit heißt, dass Sie benannt hätten, warum es zu diesem Problem gekommen ist, aber auch, dass Sie Ihre Lösungsansätze dargelegt hätten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und diese Lösungsansätze konnte ich nicht erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Oder stimmen Sie mit einem Minister Ihrer Landesregierung überein, nämlich mit Herrn Holter, der vor einigen Wochen gesagt hat, Anfang September, die neue Arbeitsmarktpolitik greift, die neuen Instrumente des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms beginnen ihre Wirkung zu entfalten?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, Herr Minister Holter, ich kann nicht erkennen, was sich bei Ihnen am Arbeitsmarkt entfaltet hat. Ich kann nur erkennen, dass die Arbeitslosenzahlen im Monat November auf den höchsten Wert seit fünf Jahren angestiegen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist Ergebnis Ihrer Politik, die Sie zu verantworten haben!

Und, Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie mit einem Minister arbeiten – und das haben Sie heute auch wieder gefordert: Straffung von Förderung, Bündelung der Ressorts –, der am 5. September Folgendes gesagt hat: Ich, so Holter, plädiere auch weiter für eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik – und jetzt hören Sie gut zu –, die weder ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik noch Sozialpolitik unter anderem Namen ist?!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen nur einen guten Rat geben: Folgen Sie unserem Vorschlag! Bündeln Sie Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in einem Ressort! Das ist nicht nur ein Minister weniger, das ist auch effektives Arbeiten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und schicken Sie Holter in die Produktion!)

effektives Verwalten in diesem Politikbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das erleben wir gerade in Thüringen. Ha, ha, ha!)

Herr Ministerpräsident, wir haben das in unserem Sofortprogramm vorgeschlagen. Herr Ebnet hat das als lächerliches Geschwätz bezeichnet.

(Heinz Müller, SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das wäre die Voraussetzung gewesen, sich strukturell für mehr Wachstum und für mehr Arbeit in diesem Land einzusetzen. Was in Berlin richtig ist, das muss doch in Schwerin nicht falsch sein.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich das noch mal anschauen, dass Arbeitsmarktpolitik nicht Anhängsel von Wirtschaftspolitik sein soll, dann ist das nicht Basis von sozialer Marktwirtschaft. Dann sind das postsozialistische Ideen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und ich sage Ihnen eins voraus, ich sage Ihnen eins voraus, ...

(Gabriele Schulz, PDS: Da haben wir die Ursache. – Angelika Gramkow, PDS: Die haben wir immer gesucht. – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Ja natürlich, Sie haben doch über Jahre Politik gemacht und Sie machen diese Politik doch weiter.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, richtig.)

Und nur die dramatischen Steuermindereinnahmen zwingen Sie doch dazu, sein völlig unsinniges, ineffizientes Programm wie „Jugend baut“ jetzt abzuschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Zuruf von Regine Lück, PDS)

Und wenn ich Sie zitieren darf: „Die arbeitsmarktpolitischen Effekte anderer Projekte und Programme sind größer, so dass wir uns zu diesem Einschnitt entschlossen haben.“ Nun, haben Sie auch mal gesagt, wie viel Geld Sie hier ausgegeben haben, was woanders,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

ob bei Bildung, bei Schulbausanierung oder Städtebau, viel besser hätte eingesetzt werden können?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nach vier Jahren sind Sie zur Vernunft gekommen.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung – und das unterstützen wir –, was nichts bringt, wird gestrichen, Förderung ist kein Selbstzweck.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Aber lassen Sie diesen starken Worten endlich Taten folgen! Streichen Sie den ganzen ÖBS! Die 60 Millionen können wir woanders viel besser einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Herr Ministerpräsident, Arbeitsmarktpolitik ist kein Anhängsel von Wirtschaftspolitik. Eine gute Wirtschaftspolitik ist Arbeitsmarktpolitik und das ist soziale Marktwirtschaft. Denn Arbeitsplätze werden nicht in GAP-Projekten, im ÖBS, bei „Jugend baut“ geschaffen. Arbeitsplätze schaffen in diesem Land Unternehmerinnen und Unternehmer, die man bei der Existenzgründung unterstützt und bei der Existenzsicherung begleitet.

(Torsten Koplin, PDS: Das passiert doch auch!)

Und deswegen noch einmal dieser eindringliche Appell von meiner Seite: Überlegen Sie sich gut, was Sie mit dem ÖBS machen! Packen Sie dieses Geld rein in die Bürgerschaftsprogramme, in Beteiligungskapital, in Coaching-Programme! Dann werden Arbeitsplätze in diesem Land geschaffen,

(Angelika Gramkow, PDS: Die gibt es alle und die Arbeitslosigkeit ist gewachsen.)

die sich auch am Markt etablieren und am Markt halten werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Die gibt es doch alle.)

Sie haben ganz offenbar eines der wesentlichen Probleme der nächsten Jahre zumindest verbal erkannt, und zwar das Thema schwache Eigenkapitaldecke von bestehenden Unternehmen. Aber, Herr Ministerpräsident, es reicht nicht zu sagen, zusammen mit dem Bund arbeiten wir daran, den Zugang zu Krediten zu erleichtern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie kennen die Praxis nicht.)

Ich lade Sie gerne einmal ein, zum Bund der Selbständigen zu gehen, mit Unternehmensberaterinnen oder -beratern zu reden und sich dann von denen erzählen zu lassen, wie Banken und Sparkassen in diesem Land heute handeln.

(Harry Glawe, CDU: Richtig, wie Hausbanken handeln.)

Ich habe in Ihrer Regierungserklärung nichts davon gehört, wie Sie a) dieses Thema strukturell angehen wollen und wie Sie es b) materiell angehen wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Versprochen hat er schon viel.)

Herr Ministerpräsident, es kann nicht weiter so sein, dass die Insolvenzen in diesem Land zunehmen. Wir hatten im vergangenen Jahr 1.300 Unternehmen, die Konkurs gegangen sind. Herr Ministerpräsident, Sie mögen ja sagen, die Bauwirtschaft muss abspecken, aber das sind 1.300 Existenzen, das sind 1.300 Familien und das sind mehrere 10.000 Mitarbeiter, die dahinter stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und nicht nur Baubetriebe.)

Ich weiß auch, wie Marktwirtschaft funktioniert. Aber ich sage Ihnen nur eins, wenn Sie den einheimischen Mittelstand insbesondere sichern und stärken wollen, der sich 1990/91 selbständig gemacht hat, der keine Sicherheit mehr zu bieten hat für zusätzliche Finanzierungen, der aber weiter investieren muss, der Ergänzungsinvestitionen vornehmen muss, dann kann ich Ihnen nur dringend raten: Packen Sie das Thema mutig an und prüfen Sie Strukturen, wegen meiner gründen Sie auch eine Landesinvestitionsbank – da frage ich mich nur, wie das Hausbankprinzip dann laufen soll –, aber schaffen Sie eine Anlaufstelle für Förderung in Mecklenburg-Vorpommern und nicht drei, eine im Arbeitsministerium, eine im Wirtschaftsministerium und eine noch beim Landesförderinstitut! Dreimal ist zu viel, einmal ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Deshalb steht ja auch genau das im Koalitionsvertrag. – Torsten Koplin, PDS: Haben Sie das gar nicht gelesen? – Gabriele Schulz, PDS: Hat er überlesen, zufällig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, politische Verantwortung heißt auch politisch handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Ende November ist dem Finanzausschuss ein etwa hundert Seiten starkes Papier zugegangen, und zwar die so genannten Haushaltsreste des Jahres 2001. Ich muss Ihnen offen sagen, ich war mehr als erschüttert, als ich die Zahlen gelesen habe. Reste gesamt 900 Millionen DM, davon Investitionen 700 Millionen DM. Da diese Investitionsreste überwiegend bauseitig verwendet und eingesetzt werden können, reden wir von Gesamtinvestitionen, das ist sehr konservativ gerechnet, von 1,5 Milliarden DM. Noch einmal: 1,5 Milliarden DM! Und wenn Sie das in Arbeitsplätze umrechnen, dann sind das etwa 10.000 Arbeitsplätze. Herr Ministerpräsident, wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache?

Nicht nur, dass die Liste der Haushaltsreste jedes Jahr später eingeht, jetzt erst Ende November. Kollege Riemann, der seit zwölf Jahren im Finanzausschuss ist, sagte mir, das ist der späteste Termin, den es je gegeben hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Früher war es im Sommer. Und wenn Sie jetzt hören, was in einzelnen Ministerien liegt: Arbeitsministerium 211 Millionen, Wirtschaftsministerium 76 Millionen, Um-

weltministerium 157 Millionen, Bildungsministerium 20,4 Millionen DM im Bereich Bewilligung Wissenschaft, Forschung und Hochschulen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer ist denn mitverantwortlich für die dramatische Lage am Bau? Das ist doch mindestens eine Regierung, die es nicht schafft, in der Zeitscheibe das Geld kontinuierlich und vernünftig auszureichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen sich doch nun wahrlich nicht als der Totengräber, das Beerdigungsinstitut der Bauwirtschaft hier etablieren. Deswegen habe ich die dringliche Bitte an Sie: Nehmen Sie sich diese Resteliste persönlich vor, gucken Sie sich die Programme an, wo die Reste vorhanden sind, und sorgen Sie bitte schnellstens dafür, dass diese Reste ausgereicht werden! Nur nebenbei bemerkt, bei minus 10 Grad lässt sich schlecht eine Straße bauen. Dann ist es nämlich zu spät.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber woran liegt dieses? Das liegt an Bürokratie und Richtlinienwahn.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das Geld blieb zum Beispiel im Wirtschaftsministerium deswegen liegen, weil die Ergänzungsplanung zum Operationellen Programm nicht rechtzeitig fertig gestellt wurde. Das Geld blieb liegen im Bildungsministerium und – hören Sie gut zu – aus dem Zukunftsfonds, ein Jahr lang, weil sich Bildungsministerium und Finanzministerium über eine Richtlinie für die Computerausstattung der Schulen nicht einigen konnten.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, es gibt die Werbung „Packen wir 's an!“. Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben: Regieren Sie endlich, handeln Sie endlich, damit diese Missstände beseitigt werden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie davon reden, wenn Sie reden über Verwaltungsmodernisierung

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gerade er.)

bei den Ämtern, bei den Gemeinden, bei den Landkreisen – ich komme noch zu dem Thema –, auch hier wirken Sie als Vorbild. Wirken Sie als Vorbild? Überlegen Sie einmal, wie Sie jemandem klar machen wollen oder sollen, dass ein Jahr Baugenehmigung zu lange ist, wenn Sie ein Jahr brauchen, um eine simple Richtlinie zu verabschieden für die Computerausstattung in den Schulen! Herr Ministerpräsident, da brauchen Sie sich nirgendwo hinzustellen! Sie wirken einfach unglaublich, weil Sie nicht das positive Beispiel in diesem Land abgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenführen, Ressourcen bündeln – unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, eine Wirtschaftsförderagentur in diesem Land. Und, Herr Ministerpräsident, auch mit diesem konstruktiven Vorschlag werden wir Ihre Landesregierung und Sie konfrontieren.

Aber ich möchte noch mal auf einen einzigen Punkt zurückkommen, was da im Wahlkampf so gelaufen ist. Zehn Tage vor der Wahl ist in diesem Land eine Kampagne losgetreten worden, eine so genannte Existenzgründeroffensive für 1,6 Millionen Euro. Nicht vom Wirtschaftsminister,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Nö, nö. Der macht so was nicht.)

sondern vom Arbeits- und Bauministerium!

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, die fetzt nämlich. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Und wenn die Leute dann da hinkommen, dann kriegen sie einen Rat, den sie überhaupt nicht benötigen.)

Frau Gramkow, ich gebe Ihnen einen guten Rat: Sprechen Sie mit den Instituten, die die Anrufe annehmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und dann fragen Sie, wie hoch die Prozenträte derer ist, die da anrufen, wo man überhaupt Ja sagen könnte! Ich hätte viel Verständnis gehabt, wenn Sie dieses Geld zum Beispiel Existenzgründern – und da gibt es genug Seminare, da können Sie Coaching-Verantwortliche fragen –, dass man denen das für die Existenzgründung zur Verfügung stellt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich habe den Eindruck, Herr Holter, dass dieser Wahlkampfgag gründlich in die Hose gegangen ist,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

obwohl die Darsteller, wenn Sie sich die Spots mal angesehen haben, in einigen gar keine Hose anhaben. Er ist deswegen gründlich in die Hose gegangen, weil das der völlig falsche Ansatz ist. Es ist deswegen der völlig falsche Ansatz, ich kann doch nicht einfach im Privatrundfunk, in großen Stadien, in Zeitungen annoncieren „Einfach anfangen!“, ohne das vernünftig zu untersetzen.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren der Landesregierung, informieren Sie sich, wo Existenzgründer heute noch Darlehen herbekommen, wie sie sie bekommen, zu welchen Konditionen,

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

und informieren Sie sich auch bitte einmal, wie schwierig es ist – ich bin darauf schon eingegangen –, wie es mit bestehenden Existenzen aussieht! Ein guter Rat von mir, Herr Ministerpräsident: Nehmen Sie auch dieses Geld, fangen Sie keine neue Offensive an – die alte wird sowieso nichts bringen, da werden wir sicher noch debattieren –, aber nehmen Sie auch dieses Geld und packen Sie es in Beteiligungen, in Bürgschaften und in Coaching-Programme rein! Da tun Sie den jungen Menschen in diesem Land Gutes, die sich in Mecklenburg-Vorpommern selbstständig machen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten daran fest, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen in jeder Hinsicht, also strukturell und inhaltlich, zusammengeführt werden. Aber wir sind bereit, mit Ihnen gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, wenn es darum geht, die verkehrliche Infrastruktur weiterzuentwickeln, die die

Basis wirtschaftlich erfolgreicher Tätigkeit ist, durch eine mutige Entbürokratisierungsoffensive den Unternehmen neue Freiräume zu schaffen, die Wirtschaftsförderung in einer Hand zu bündeln und die Interessen des Landes gegenüber dem Bund mutig, offensiv und erfolgreich zu vertreten.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft kann sich nur entwickeln, wo die Bildungspolitik die Grundlagen hat. Deshalb liegt einer unserer Schwerpunkte im Bereich der Bildungspolitik. Bei Ihnen rangiert das relativ weit hinten im Koalitionsvertrag und ist auch sehr kurz gefasst. Meine Damen und Herren, und was da steht, das macht wenig Mut für die Zukunft. Es macht deswegen wenig Mut, weil Sie schon vier Jahre vertan haben mit Diskussionen über immer neue Strukturen und Experimente, ohne – und das wird der entscheidende Faktor sein, Herr Professor Metelmann – die Qualität von Bildung zu verbessern.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Sie haben vor wenigen Tagen gesagt, ich zitiere: „Ich bin froh, dass im Koalitionsvertrag noch nicht alles im Detail festgelegt ist. Wenn darin keine Zahlen zu den Finanzen stehen, gibt uns das auch die Chance, noch etwas gerade zu rücken.“ Herr Professor Metelmann, viel Vergnügen, kann ich da nur sagen!

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie sieht die Realität an unseren Schulen aus? Kein Wort, Herr Ministerpräsident, zum Thema Unterrichtsausfall.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da mag
er gar nicht mehr drüber reden.)

Und ich will Ihnen einen Brief zitieren und einen Zeitungsartikel. Dorf Mecklenburg, Eltern der Klasse 9 des Gymnasiums: „So konnte beispielsweise der Unterricht im Fach Englisch im letzten Schuljahr nur so unbefriedigend aufrechterhalten werden, dass man kaum von Wissensvermittlung reden kann, und in der Klasse 9 fiel der Unterricht“ – hören Sie zu – „in den ersten vier Wochen gänzlich aus. Außerdem gibt es erhebliche Defizite mit der Absicherung des Deutschunterrichts in anderen Klassen dieser Schule.“ Dorf Mecklenburg, Gymnasium!

Prohn, Realschule, 2. Oktober: Allein in den ersten vier Wochen seien bei ihrer Tochter in der 8. Klasse 21 der 43 Mathestunden ausgefallen, ärgert sich Frau Rommel aus Günst.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum?)

In den 5. Klassen wurde in diesem Jahr noch nicht eine Stunde Mathematik erteilt.

(Rainer Pracht, CDU: So viel
zur Qualität an den Schulen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier nicht um Französisch, es geht hier nicht um Religion, um Musik oder Kunsterziehung, um die so genannten Mangelfächer, es geht um die Hauptfächer Deutsch, Mathe und Englisch. Und deswegen mein Appell an Sie, Herr Dr. Ringstorff, an Sie, Herr Professor Metelmann: Der Unterrichtsausfall an den Schulen, das ist das zentrale Thema der Bildungspolitik im Augenblick.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen den Haushalt zu durchforsten, um Mittel freizuschaukeln, damit eben die Unterrichtsversorgung deutlich gesteigert werden kann. Es reicht nicht aus, wenn Sie schreiben, wir bilden einen Pool im Bereich der jetzigen Kriterien, im Bereich des jetzigen Umfangs. Hier wird zu wenig Unterricht erteilt, hier fehlen Lehrer an den Schulen. Und stellen Sie sich mal die Lehrer an diesen Schulen vor, die im Juni ihre Änderungskündigung gekriegt haben in Mathematik, Deutsch oder Englisch, die heruntergegangen sind von 27 oder 26 auf 20 oder 18 Stunden! Die müssen am Schuljahresanfang merken, den Unterricht, den ich erteilen könnte, den die Kinder in diesem Land brauchen, der wird nicht erteilt, weil zu wenig Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sind. Aber gleichzeitig, Herr Ministerpräsident, was haben Sie verschwiegen beim Abbau der Personalzahlen von 44.000 auf gut 38.000?! 80 Prozent davon sind Lehrerinnen und Lehrer und auch in der Vergangenheit gewesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das ist die Tatsache. Hören Sie endlich auf, die Verwaltung nur oder größtenteils über Lehrerinnen und Lehrer zu sanieren! Passen Sie auf, dass die Qualität der Bildung erst entsprechend so ist, dass wir in PISA wieder eine Chance haben, weiter nach vorne zu kommen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist in Mecklenburg-Vorpommern im Augenblick das zentrale Thema von Bildung. Und, Herr Ministerpräsident, zucken Sie sich die Zugangszahlen bei den Lehramtsstudenten in Rostock und Greifswald an! Die sind fast auf dem Nullpunkt. Bei 17 oder 20 kann ich nicht mehr davon reden, dass ich den Bedarf in der Zukunft abdecken kann.

Herr Professor Metelmann, ein ganz persönliches Wort an Sie: Sie wissen doch selbst, dass nur ein Schulsystem, welches Leistung fördert, eine vernünftige Basis legt, für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Als Schüler am evangelischen Gymnasium „Zum Grauen Kloster“ in Berlin-Wilmersdorf haben Sie selbst erfahren können, wie wichtig eine qualitativ hochwertige Schulbildung für den weiteren Lebensweg ist. Oder ist der Weg, den Sie gegangen sind, der klassische Weg eines Schülers einer Gesamtschule in Westberlin oder einer künftigen Regionalschule in Mecklenburg-Vorpommern? Wenn Sie ehrlich zu sich sind, werden Sie dies mit Nein beantworten müssen. Wenn Sie es mit Nein beantworten, dann biete ich Ihnen unsere Zusammenarbeit an, dass wir uns gemeinsam für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land einsetzen. Wir sollten die sinkenden Schülerzahlen als Chance begreifen zu einer Qualitätsverbesserung, zu einer Verbesserung der ganz individuellen Förderung von Leistungsstarken und Leistungsschwachen. Und die Devise kann nicht heißen „Fördern statt Auslese“, wie Sie sie uns unterstellen, sondern die Devise muss heißen „Fördern und fordern“. Das muss zum Prinzip der Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind bereit, mit Ihnen ein System des Nachteilsausgleiches, beginnend im Kindergarten, zu installieren, und das kostet selbstverständlich Geld. Aber das ist eine der Prioritäten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, zumal Kultuspolitik, Schulpolitik zu fast 100 Prozent Landespolitik ist. Und, Herr Professor Metelmann, Sie werden unsere Unterstützung dazu erhalten, dass wir dieses als Priorität setzen.

Und ein Zweites: Herr Professor Metelmann, wir brauchen motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Ich bitte Sie ganz herzlich, nicht Lehrpersonalkonzept und Zwangsteilzeit kann die Devise sein, sondern folgen Sie unserem Vorschlag zu einem Personalentwicklungsprogramm. Wir müssen jungen Lehrerinnen und Lehrern, die in Mecklenburg-Vorpommern in den Schuldienst einsteigen, eine Perspektive geben. Nicht Einjahresverträge stehen auf der Tagesordnung, sondern eine Perspektive für junge Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern, damit unsere Kinder eine Zukunft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Berufsschulen im Land, die harren einer Lösung. Und, Herr Minister, hier kann es nicht so sein, dass man die Landkreise und kreisfreien Städte alleine lässt. Hier muss man schon als Ministerium auch koordinierend, regulierend mit eingreifen. Das Problem dieser Lösung, das sage ich Ihnen ganz offen, liegt nicht in der Neuordnung der Landkreisstrukturen. Das Problem dieser Lösung liegt im Kultusministerium. Bei den Hochschulen, das ist Ihr Fachgebiet, werden wir Sie unterstützen, Herr Metelmann, um sich der Umklammerung der Frau Finanzministerin zu entziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wer die Hochschulpolitik nur mit dem Rotstift der Buchhalterin betreibt, verkennt die Chancen, die in unseren Hochschulen stecken. Herr Metelmann, Sie haben unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zur politischen Bildung. Sie sprachen davon, dass Sie diese bündeln wollen, um sie effizienter zu gestalten und sie damit zu stärken. Wer die Medien am Wochenende gründlich gelesen hat, da scheint eher bündeln und kürzen, Herr Ministerpräsident, Ihr Motto zu sein. Und was Ihnen hier so richtig vorschwebt, da haben Sie nicht die Katze aus dem Sack gelassen. Aber wir werden Sie, gerade auf diesem wichtigen Gebiet, nicht beim Tun unterstützen, wo gegebenenfalls 20 Prozent der Mittel für politische Bildung gekürzt werden. Ich glaube, inhaltlich haben Sie es ja gesagt, aber wir werden genau prüfen, ob Sie Ihren Worten hier auch Taten folgen lassen. Eine Kürzung der Mittel für politische Bildung wird mit der CDU in Mecklenburg-Vorpommern nicht machbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam für die Jugend in unserem Land etwas bewegen und deswegen bieten wir Ihnen unsere Zusammenarbeit an bei der Beseitigung des Unterrichtsausfalls, bei der Aufstellung eines Personalentwicklungskonzeptes, bei der Verbesserung der Autonomie der Hochschulen und bei der Setzung von Prioritäten im Landeshaushalt zugunsten des Bildungsetats.

Meine Damen und Herren, breiten Raum nimmt seit einigen Wochen eine Diskussion über neue Strukturen bei unseren Gebietskörperschaften ein. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass hier geschickt von den wirklichen Problemen abgelenkt wird. Die Kommunen – und dies ist unzweifelhaft – stecken in einer schweren finanziellen Krise. Aber wo liegen eigentlich die Ursachen für die

Probleme bei der Einnahmeseite und für die Probleme bei der Ausgabenseite? Wegbrechen von Steuern durch die rot-grüne Steuerreform – Herr Ringstorff, Sie haben dazu Ja gesagt –, dramatischer Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger. Gründe dafür: Wegfall und Kürzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Reihe von gesetzlichen Änderungen, zum Beispiel, dass Alleinerziehende mehr Sozialhilfe beantragen müssen. Die Deckelung der Finanzausgleichsmasse bedeutet, dass den Kommunen immer weniger Geld zur Verfügung steht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Stichwort Inflationsrate und Lohnkostensteigerung, Kürzungen des Landes bei investiven Programmen, die den Kommunen zugute kommen, Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und weitere Verlagerung von Aufgaben des Bundes auf die Länder wie Grundsicherung bei der Riester-Rente und so weiter und so fort. Herr Ministerpräsident, das sind die Probleme, die Kommunen haben.

Allein in meinem eigenen Landkreis steigt die Sozialhilfe um 1,1 Millionen Euro – nicht vordergründig verursacht durch den Anstieg der Anzahl der Sozialhilfeempfänger. Die Zahl steigt um nicht mal fünf Prozent. Die Sozialhilfe steigt um deutlich über zehn Prozent. Und die Ursachen sind Verlagerungen der Aufgaben des Bundes auf die Landkreise. Das hat zur Folge, dass der Landkreis, um einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen – ich glaube, das ist der einzige noch in Mecklenburg-Vorpommern –, die Kreisumlage um zwei Prozent anheben muss. Wenn diese Sozialhilfekosten nicht um 1,1 Millionen Euro ansteigen würden, dann wären wir in Nordvorpommern noch bei einer Kreisumlage bei 24 Prozent. Herr Ministerpräsident, das macht die Kommunen kaputt. Und Freiräume können wir nur dann schaffen, wenn wir ganz engagiert darangehen, die Einnahmeseite zu stärken, und wir uns bei der Ausgabenseite wirklich die Frage stellen müssen, ob alle Leistungen sein müssen. Stattdessen spricht das ganze Land über die roten Kreuzchen von Herrn Dr. Timm, die er bei Landesbehörden macht, und über seine Interviewausagen.

Herr Ministerpräsident, wenn es Ihnen ernst ist mit einer Verwaltungsmodernisierung, wirklich ernst ist, ernst mit Bürokratieabbau und effektiven Strukturen, dann fangen Sie an der Spitze an!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Legen Sie als ersten Schritt Landwirtschaft und Umwelt zusammen, legen Sie Wirtschaft und Arbeit zusammen und folgen Sie unserem Vorschlag, die Zahl der Abteilungen in der Staatskanzlei und in den Ministerien von 49 auf 36 zu reduzieren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie heißt Ihre Existenzgründeroffensive? – Einfach anfangen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Und was
machen wir mit den Beschäftigten, Herr
Rehberg? Haben Sie dafür eine Antwort?)

Frau Gramkow, Sie haben es seit 1998 versäumt,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich!)

Vorsorge zu treffen bei der Kernverwaltung des Landes.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich! Seit '98 ich?!)

Sie haben Personal aufgestockt, Sie wollen weiter Personal aufstocken. Sie hätten seit 1999 kw-Vermerke ausbringen können in den Jahresscheiben und Sie werden Riesenprobleme haben, Ihre Zielstellung zu erfüllen. Sie verlassen sich nur auf eins: auf sinkende Schülerzahlen, auf sinkende Geburtenzahlen, offenkundig noch auf Abwanderung, und meinen, dieses Problem ist damit gelöst. Damit ist überhaupt kein Problem gelöst. Fangen Sie an zu regieren, fangen Sie an zu handeln, zuerst bei sich selber!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Herr Ministerpräsident, Sie haben schöne Worte gefunden zur Verwaltungsmodernisierung – völlig unkonkret, völlig unverbindlich. Es gibt Vorarbeiten. Holen Sie die Vorarbeiten aus der Schublade in der Staatskanzlei heraus, die unter Leitung von Thomas de Maizière in den Jahren 1995 bis 1997 geleistet worden sind und die Sie damals als SPD-Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit dem DGB letztendlich blockiert haben! Gehen Sie nach Hessen, gehen Sie ins Saarland, dort wurden massive Entbürokratisierungsoffensiven vorgenommen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

30 Prozent der Gesetze, Verordnungen und Erlasse sind dort reduziert worden. Übrigens, beiden Ländern geht es sehr, sehr gut, geht es hervorragend. Oder, Herr Ministerpräsident, stellen Sie sich doch einmal die Frage: Ist es sinnvoll, dass 50 Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme zu einem Flächennutzungsplan abgeben müssen?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Stadt Marlow – so dick das ganze Ding. Und die müssen dann abgewogen werden, Herr Ministerpräsident, abgewogen werden in der Kommune, im Amt, abgewogen werden in der Kreisverwaltung, abgewogen werden beim Planungsverband, abgewogen werden beim Staatlichen Amt für Umwelt und Naturschutz, abgewogen werden bei den obersten Landesbehörden in den Ministerien. Diese Fragen, Herr Ministerpräsident, diese Fragen müssen Sie beantworten.

Oder, Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass wir Gelegenheit haben zum Ende der Legislaturperiode, denn dann wollen Sie ja Ihre Ziele realisiert haben, dass Sie mir dann auf diese meine Fragen eine Antwort geben können.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Und zwar habe ich mir ein Beispiel herausgesucht, was beim Bau eines Bootssteiges an der Peene so alles zu tun beziehungsweise nicht zu tun ist.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das wird bestimmt lustig.)

Sie brauchen, Herr Ministerpräsident, eine Genehmigung nach Bundesrecht durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund und den Abschluss eines Nutzungsvertrages für die Inanspruchnahme der bundeseigenen Landes- und Wasserflächen. Erste Behörde. Zweitens: Sie brauchen eine wasserrechtliche Genehmigung durch das STAUN nach Landeswassergesetz für das Gewässer erster Ordnung. Das Einvernehmen der unteren Naturschutzbehörde ist notwendig – zwei und drei. Sie brauchen eine Ausnahmegenehmigung der Naturschutz-

behörde gemäß Paragraph 19 Landesnaturschutzgesetz, Wasserschutzstreifen gemäß Paragraph 20 nach Landesnaturschutzgesetz, Biotopschutz und Ausnahmen zu Verboten aus der Landschaftsschutzgebietsverordnung. Und schließlich, eine Prüfung der FFH-Verträglichkeit nach Paragraph 19 c des Bundesnaturschutzgesetzes, Herr Ministerpräsident, ist notwendig. Das sind, wenn ich nicht schlecht zähle, sechs Behörden.

Herr Ministerpräsident, ich würde Ihnen zugestehen, dass Ihre Verwaltungsmodernisierung erfolgreich ist, wenn wir uns vielleicht im Sommer des Jahres 2006 darüber unterhalten können, dass nur noch eine Behörde die Genehmigung erteilen muss, wenn ich einen simplen Bootssteg an der Peene bauen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Richtig.)

Wissen Sie, ich kann viele Bürger verstehen, dass sie oftmals nahe am Verzweifeln sind und dass sie sich zuweilen vorkommen wie Asterix und Obelix, die die Römer im Feld zwar immer schlugen, die sich aber an der Bürokratie der Römer dann letztendlich die Zähne ausbissen.

Und zweitens ist natürlich klar – aber auch das haben Sie versäumt zu sagen –, dass ein Wegfall von Aufgaben, insbesondere der Wegfall, nicht das Verschieben von Aufgaben, Herr Ministerpräsident, eine Verminderung des Personalbestandes bei der Verwaltung bedeutet auf allen Ebenen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich.)

Deswegen ist das Gebot der Stunde nicht einfach Rüberschieben von Aufgaben, Rüberschieben von Strukturen, das Gebot der Stunde ist Wegfall von Verwaltungsaufgaben, Wegfall von Einvernehmensregelungen, Verkürzung der Fristen. Das bringt Bürgerfreundlichkeit, das bringt Bürgernähe und es minimiert den Personalbestand. Und diese Ziele, Herr Ministerpräsident, wenn wir dort die gemeinsamen Ziele haben, dann sind wir als CDU auch bereit, mit Ihnen gemeinsam bei der Verwaltungsmodernisierung zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von SPD und PDS, auf der letzten Landtagssitzung vor den Wahlen im Juni haben wir alle den Finger gehoben,

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

haben alle Ja gesagt zu den Beschlüssen der Enquetekommission.

(Angelika Gramkow, PDS: Allerdings gab es auch ein Minderheitenvotum. Das gehört dazu.)

Und wir haben dort formuliert – und morgen werden wir darüber debattieren, meine sehr verehrten Damen und Herren –, dass in einer Enquetekommission, weil sie sich bewährt hat – ich habe Herrn Müller noch genau im Ohr, wie er sie gelobt hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Heinz Müller, SPD: Das tue ich auch weiterhin.)

weil sie sich bewährt hat, weil sie sich bewährt hat, Herr Müller –, dass die weiteren Ausgaben der Themen Stadt-Umland-Problematik und Funktionalreform nicht in einem Sonderausschuss gelöst werden sollen, sondern in einer Enquetekommission.

(Gabriele Schulz, PDS: Oh, da steht aber Gremium, Herr Rehberg!)

Meine Damen und Herren von SPD und PDS, wie ernst nehmen wir uns eigentlich noch selber? Wie ernst nehmen wir unsere eigenen Beschlüsse? Und, Herr Ministerpräsident, Sie brauchen uns, dem Parlament, keine Vorgaben zu machen. Das werden wir morgen selber entscheiden. Ich weise nur darauf hin – ich spreche gerade die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen an –, wir haben beschlossen, dass eine Enquetekommission der richtige Weg ist. Oder gibt es andere Gründe, diesen Sonderausschuss einzusetzen? Dann sagen Sie morgen diese Gründe. Was kann es für ein besseres Gremium geben, wo die kommunalen Landesverbände dabei sind, wo qualifizierte, engagierte Kommunalpolitiker dabei sind? Und ich rate dringend dazu, dass wir diesen Weg gehen und nicht den, den Sie vorgeschlagen haben. Und ich rate eines uns allen dringend: Die Regierung soll erst mal, nachdem sie den Mund weit aufgemacht hat, auch heute wieder der Ministerpräsident, ihre Vorschläge ganz konkret, detailliert am Umweltrecht, am Denkmalschutzrecht, am Wasserrecht darlegen, was sie an Aufgaben wegfällen lassen will, was sie für eine Aufgabenkritik hat! Und dann sollten wir uns darüber unterhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Aber ich bitte wirklich herzlich darum, ich bitte ganz herzlich darum, das ist Selbstverständnis von Parlament: Wenn wir den Finger hier heben zu einem Beschluss, einstimmig, und wenige Woche später wird ein ganz anderes Gremium eingesetzt, dann verlieren wir alle an Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere gegenüber der Kommunalpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es werden im Augenblick die abstrusesten Ideen geäußert, wie die finanzielle Lage der Kommunen verbessert werden kann. Die ist dramatisch. Rostock: 2000 noch 52 Millionen Euro Gewerbesteuer, für 2002 erwartet man wahrscheinlich nur 14 bis 16 Millionen Euro. Der Landkreis Bad Doberan muss 843.000 Euro mehr bezahlen für Sozialhilfeausgaben, Nordvorpommern habe ich genannt. Dieses Jahr fehlen zur Jahresmitte in Wismar 1 Million Euro, in Greifswald 1,1 Millionen, Schwerin erwartet zum Jahresende einen Steuerfall von 2,4 Millionen Euro. Das sind Probleme, die die Kommunen haben.

Und Sie haben, Herr Innenminister Timm, am 30. Januar gesagt: „... konjunktur- oder auch steuerrechtlich bedingte Einnahmeschwankungen hat es immer gegeben und wird es immer geben.“ Damit „müssen Bund, Länder und Gemeinden“ gleichermaßen „fertig werden. Tagespolitische Aufgeregtheiten und“ hektischer „Aktionismus helfen“ überhaupt nicht weiter. Das klingt heute ein bisschen anders. Herr Minister Timm entwickelt jetzt Vorschläge für einen Hebesatz – höre! – auf die konjunktur-unabhängige Einkommens- und Mehrwertsteuer. Und er entwickelt einen Aktionismus in ungeahnter Richtung. Erstens, Herr Minister Timm, weder die Einkommenssteuer noch die Mehrwertsteuer ist konjunkturunabhängig.

(Harry Glawe, CDU: So ist das wohl.)

Und jetzt frage ich Sie allen Ernstes – Hebesätze gibt es heute für die Grundsteuer A und B und für die Gewerbesteuer, weil die von den Kommunen erhoben wird –, mei-

nen Sie allen Ernstes, dass in diesem Land in Rostock eine andere Mehrwertsteuer als in Schwerin gezahlt werden soll,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass ich in Pasewalk eine andere Einkommenssteuerhöhe habe als in Gadebusch?

(Harry Glawe, CDU: Und Rügen wird ein neues Land. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Herr Minister Timm, ich habe eine Bitte, ehe Sie solche Luftblasen steigen lassen, überlegen Sie sich wirklich, was Sie sagen. Der Zwischenruf, der ist natürlich wirklich ganz phantastisch. Die Rügauer haben es natürlich einfach: Brücke hoch, eigenes Steuerrecht, eigene Republik. Da könnte man es vielleicht verwirklichen und glaubhaft umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Minister Timm, es gibt eine ganz einfache Lösung: Um die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, folgen Sie dem Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Gewerbesteuerumlage sofort gesenkt wird! Das hilft den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern und nicht Ihre abstrusen Ideen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig. –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Sie haben am Sonntag viele ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ausgezeichnet. Das ist gut und richtig so. Aber, ich warne eindringlich davor, dass die Debatte, die Herr Timm losgetreten hat – auf diesen Zug sind andere aufgesprungen –, dass sie eventuell dazu führen könnte, dass wir in einem Maße zentralisieren, wo kommunale Selbstverwaltung, ehrenamtliches Engagement nicht mehr oder nur noch schlecht möglich sind.

Meine Damen und Herren, das Wort heißt Subsidiarität. Die Frage stellt sich immer wieder: Was kann ich in der kleinen Einheit besser lösen als in der größeren, in der zentralisierten? Und wer heute leichtfertig Debatten führt über vier Regionalkreise, wer heute leichtfertig Positionen vertritt, dass die Zeitdauer der Legislaturperiode von Kreistagen verkürzt oder verlängert wird, der muss sich natürlich fragen: Welcher Bürger findet sich bereit, für einen Kreistag zu kandidieren, wenn er in Aussicht hat, sein eigener Totengräber zu sein.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – ich sehe die rote Lampe, einen Augenblick –, dieses ehrenamtliche Engagement darf durch Zentralisierung nicht zerstört werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, zur politischen Bestandsaufnahme gehört in jedem Fall Mut. Und, Herr Ministerpräsident, wir brauchen Mut zur Wahrheit, die Probleme zu erkennen, wir brauchen Mut zu neuen Ideen, um die Probleme zu lösen, und wir brauchen Mut zum Anpacken, um unser Land wieder vorwärts zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Timm, ich habe schon noch weitere Argumente, aber wenn die

rote Lampe leuchtet, dann muss man in der Regel zum Schluss kommen.

(Reinhard Dankert, SPD: Schade! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Und ich sage Ihnen ganz, ganz offen und ehrlich: Wer diesen Mut nicht besitzt, die Probleme zu benennen, und, Herr Ministerpräsident, Probleme benennen, das heißt nicht, das Land schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir werden uns von Ihnen nicht politisch den Mund verbieten lassen. Und ich warne Sie davor, Schönreden führt dazu, dass man Probleme nicht anpackt! Wir sind bereit, mit Ihnen in vielen politischen Feldern die Probleme anzupacken. Wir werden unsere Vorschläge hier auf den Tisch des Hauses legen und dann werden wir sehen, wie Sie als Landesregierung, wie Sie als Koalitionsfraktionen bereit sind, sich mit uns politisch darüber zu streiten, ob hier im Landtag oder in den Ausschüssen, und dass wir zu einer gemeinsamen, aber politisch fairen Lösung kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Wir fahren jetzt fort in der Debatte. Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dankert für die Fraktion der SPD.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben mir zu früh die Zeit genommen. Das stimmt nicht hier, das stimmt nicht.)

Also, Herr Rehberg, bitte schön, es waren genau 65 Minuten. 63 Minuten hätten Ihnen zugestanden nach der Stoppuhr hier vorne. Sie haben um 2 Minuten überzogen, ich habe Ihnen diese 2 Minuten gewährt.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine sehr lange Rede gehört. Ich spreche heute in Vertretung meines Fraktionsvorsitzenden. Ich wünsche ihm von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ich bin sicher, dass er in ein paar Wochen wieder ordentlich und anständig hier seine Arbeit machen kann. Aber zurzeit muss er Zeit für sich haben und ich denke, die gewähren wir ihm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte meine Rede beginnen, wie man sie immer beginnt, aber Herr Rehberg hat natürlich einige Vorlagen geliefert. Ich äußere mich nicht zu jedem Spezialthema,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

das muss auch nicht sein, sonst überziehe ich nachher meine Zeit, und das wäre für mich ungewöhnlich. Ich denke, Herr Rehberg, Sie haben süffisant vorhin das Wort gesagt von der Buchhalterin mit dem Rotstift. Erlauben Sie mir eine kleine Süffianz auch am Anfang: Als gelernter Informatiker können Sie recht gut aus den Zeitungen vorlesen, das werde ich nachher noch mal kommentieren. Allerdings – das werden Sie sicher noch unter Spaß abhaken können – als Frechheit betrachte ich, dass Sie Herrn Ringstorff sagen: Fangen Sie einfach an, politisch zu han-

deln! Herr Ringstorff hat bereits politisch gehandelt, als Sie in Ihrer Blockpartei noch gar nicht wussten, wo es langgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Auch Ihre Zahl, 11.000 Menschen verlassen das Land. Sicherlich ist die Zahl richtig. Die Zahlen der anderen Bundesländer habe ich jetzt nicht im Kopf, aber sie sind ähnlich.

(Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

Es ist ein Problem des ganzen Ostens und Sie wissen es auch ganz genau, dass nach der anfänglichen Euphorie nach der Einheit die knallharte Wirklichkeit zurückgekehrt ist, auch nach Thüringen, auch nach Sachsen und natürlich auch nach Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Und Sie haben sicherlich dann auch nicht bemerkt, Sie haben es an anderer Stelle gesagt, Sie haben es nicht mitbekommen, Herr Ringstorff hat sehr eindeutig die Entwicklungslinien des Landes genannt, für die es dann auch gilt, dass Leute wieder im Land bleiben. Dies heißt, Arbeitsplätze schaffen im Hochtechnologiebereich, in den normalen Wirtschaftszweigen, Tourismus, Landwirtschaft und so weiter, Sie kennen das alles. Und ich weise darauf hin, dass wir in den nächsten Jahren junge Leute in Größenordnungen von über Hunderttausend gebrauchen werden, um die fehlende Facharbeiterquote aufzufüllen.

Sie sagen wieder das übliche Thema: Polizeidichte, Polizisten und so weiter und so fort, die Bürger brauchen mehr Sicherheit. Sie wissen ganz genau, dass wir die höchste Polizeidichte haben, und Sie wissen auch, dass seit Gottfried Timm die Aufklärungsquote bei der Polizei steigt. Sie haben gesagt, es gilt nicht nur die Probleme zu benennen, um Lösungen zu bringen. Ich sage Ihnen eins: Sie benennen ständig Probleme und dann hört Ihr Satz auch schon auf.

Und zu Ihren vorgelesenen Zeitungsmeldungen könnte ich Ihnen, wenn ich gewusst hätte, dass Sie das tun, mindestens genauso viele oder noch mehr Positivmeldungen entgegenhalten. Natürlich ist es das Recht der Presse, auf Negativentwicklungen im Land, und die gibt es ohne Weiteres, auch einzugehen.

(Udo Timm, CDU: Eine negative ist eine zu viel!)

Jaja.

Sie sagten etwas zu den Personalausstattungen in den Ministerien. Herr Rehberg und alle die Kollegen, die seit 1990 dabei sind, wer hat denn 1990 hingelangt in den Stäben, so dass kaum noch Spielräume sind?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Und wer hat denn hingelangt bei den Richtlinien und Verordnungen?

(Torsten Koplin, PDS: Schamlos! Schamlos!)

Die sind doch alle abgeschrieben worden, natürlich aus der Not heraus. Aber wer hat denn zu der Zeit hingelangt, dass wir kaum noch Spielräume haben?

Sie behaupten, Sie hätten bessere Alternativen zum Regierungsprogramm. Ich glaube Ihnen das sogar, dass Sie daran glauben.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber der Wähler hat Ihnen nicht geglaubt und er hat – das haben wir alle im Wahlkampf erfahren und auch schon längst davor – durchaus die Situation in der Bundesrepublik Deutschland und auch in unserem Land als dramatisch empfunden. Die Bürger haben einen Schluss daraus gezogen. Sie wollten nicht, dass es noch dramatischer wird, und haben Herrn Stoiber und Sie in die Oppositionsrolle geschickt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heinz Müller, SPD: Und das ist auch gut so!)

Und sie haben im Bund Rot-Grün und hier Rot-Rot gewählt.

Und wenn Sie ehrliche Worte vermissen, Herr Rehberg, dann hören Sie wirklich nicht zu. Es gibt genügend ehrliche Worte in den ganzen letzten vier Jahren von unserer Seite aus, von unserem Koalitionspartner, von der Regierungsbank. Ich weiß nicht, wo Sie da gesessen haben, aber es ist ja auch egal. Sie behaupten es einfach mal und ich widerspreche Ihnen hiermit energisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Thema Wirtschaft und Arbeit zusammen: Ich darf an die große Koalition erinnern, Sie haben es dramatisch und heftigst abgelehnt, das zu tun. Sie wollten den Arbeitsmarkt nicht haben. Jetzt reden Sie das Gleiche in umgekehrter Reihenfolge.

(Torsten Koplin, PDS: Was kümmert
sie das Geschwätz von gestern?!)

Da müssen wir doch mal wissen, wo das Ziel Ihrer Zusammenlegungsstrategien ist. Sie wollen den öffentlichen Arbeitsbeschäftigungsmarkt abschaffen, das haben Sie doch gesagt, 60 Millionen ÖBS streichen und so weiter und so fort, woanders besser aufgehoben. Sie haben dabei gesagt, das soll in die Bürgschaften, in die Coaching-Maßnahmen, es soll in die Existenzsicherung. Das tun wir bereits. Natürlich haben wir dann nebenbei auch den so genannten ÖBS und wir werden ihn auch weiter durchführen, weil es notwendig ist. Sie haben doch gerade gesagt – das war einer Ihrer nächsten Sätze –, die Insolvenzen sind dramatisch hoch. Offensichtlich gelingt es immer weniger Menschen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Platz zu finden. Was machen wir denn mit all denen, die keine Arbeit gefunden haben? Da haben wir doch eine Alternative, die im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung ist.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig.)

Zu den Haushaltsresten, auch widersprüchlich. Natürlich ist die Zahl, wenn man sie alleine stehen lässt, hoch. Ich habe jetzt nicht die Vergleichszahlen parat, in der Kürze der Zeit gelang mir das nicht. Aber vielleicht können ja unsere Finanzexperten das noch einmal nachliefern.

(Angelika Gramkow, PDS: Die waren damals
höher. – Ministerin Sigrid Keler: Wesentlich!)

Ich gehe mal davon aus, dass Frau Gramkow das vielleicht als anerkannte Finanzexpertin hier noch mal definitiv bringt. Aber ich will nur eins sagen, als noch Wahlkampf war, da haben Sie den Wirtschaftsminister kritisiert: Jetzt schmeißt er das Geld raus. Im Übrigen waren ja im Wirtschaftsministerium noch die geringsten Reste.

Jetzt wird kritisiert, dass die Landesregierung das Geld nicht rausgeworfen hat. Ja, was wollen Sie denn? Vor der Wahl waren es noch plus 10 Grad oder sogar plus 20 Grad, jetzt sind es natürlich minus 10 Grad, jetzt kann man natürlich keine Straße bauen, das ist vollkommen richtig. Aber als wir das Geld „rausgeworfen“ haben, wie Sie immer behaupten, da haben Sie es kritisiert. Und jetzt kritisieren Sie, dass Reste da sind.

(Torsten Koplin, PDS: Die Beliebigkeit der Meinung. – Harry Glawe, CDU: Und das bei den Fördermittelbescheiden!)

Ihr Angebot zur Zusammenarbeit: Herr Rehberg, ich kenne jetzt Ihr Hochglanzpapier nicht, aber ich gehe mal davon aus, dass die Fraktionen auch so ein Exemplar bekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich möchte auch eins!)

Ich habe ja gesagt, die Fraktionen.

Ich gehe mal davon aus, dass die CDU das weiß. Aber Ihre ganze Rede hört sich ein bisschen so an, dass Sie verlockende Angebote machen, Sie bringen einige Dinge, aber im Grunde genommen heißt das doch: Erst schaffen Sie mal wieder alles ab, dann können wir uns einigen! Auf dieser Basis wird es nicht gehen, Herr Rehberg.

(Harry Glawe, CDU: Nein, nein, das haben wir nicht gesagt.)

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich sehe natürlich in der Koalitionsvereinbarung eine gute und verlässliche Grundlage für die nächsten vier Jahre für die Regierungs- und Parlamentsarbeit. Die SPD und PDS haben sich nach der eindrucksvollen Bestätigung der Koalition durch den Wähler darauf verständigt, die Arbeit fortzusetzen, und das nicht erst ab heute, sondern schon gleich am 22. beginnend. Wir tun das, weil der Wähler dazu auch keine andere Regierung wollte und weil es dazu auch keine ernst zu nehmende Alternative gab und gibt. Wir bauen auf Bewährtem auf, haben an anderer Stelle Korrekturen vereinbart, sind aber auch bereit, neue Wege zu gehen. Der Ministerpräsident hat es gesagt, wir haben uns dabei auf ein Grundprinzip verständigt: Das Prinzip der Nachhaltigkeit wollen wir zum tragenden Bestandteil unserer Politik machen.

Die Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Frage – wir kennen es aus der Umweltpolitik –, es ist ein ressortübergreifender Ansatz für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Landwirtschafts- und Innenpolitik. Und dabei habe ich einen Bereich nicht vergessen: Das ist natürlich auch die Finanzpolitik.

Eine Politik der Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, muss vier Kernbereichen gerecht werden: Das sind Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung.

Generationengerechtigkeit heißt in diesem Zusammenhang, dass wir nicht länger auf Kosten künftiger Generationen leben dürfen. Dies ist der entscheidende Maßstab für politisches Handeln und das erfordert den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wie den Abbau der Staatsschulden. Nur so geben wir den zukünftigen Generationen ihre Entscheidungsfähigkeit und ihre politische Gestaltungsfähigkeit wieder.

Zur Lebensqualität gehören neben einer intakten Landschaft auch gute Schulen, lebenswerte und sichere Städte, ein vielfältiges kulturelles Angebot, gesunde und qua-

litativ hochwertige Lebensmittel und eine Neuorientierung in der Landwirtschaft.

Das dritte Merkmal der Nachhaltigkeit ist der soziale Zusammenhalt. Der soziale Zusammenhalt ist deswegen von zentraler Bedeutung, weil der notwendige wirtschaftliche Strukturwandel so gestaltet werden muss, dass alle an den damit verbundenen Chancen teilhaben können. Schleswig-Holstein, aber auch die Bundesregierung sind da schon sehr weit. Wir müssen jetzt auch unsere Hausaufgaben machen. Deswegen haben wir in Ziffer 108 der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass ressortübergreifend ein Leitbild für die nachhaltige Entwicklung des Landes erarbeitet werden soll.

Meine Damen und Herren, ich habe auch den Eindruck, dass wir uns alle zu wenig bewusst gemacht haben, dass mit der hinter uns liegenden Jahrtausendwende mehr geschehen ist als eine bloße Jahrhundertwende oder Jahreswende. Wir stehen vor neuen Herausforderungen, Herausforderungen, die neuer Antworten bedürfen, Herausforderungen, für die wir neue Ansätze finden müssen und werden. Wir Politiker müssen uns dieser Herausforderung stellen, müssen offen ansprechen, was zu tun ist, müssen den Menschen sagen, was sie erwartet. Wir müssen alle miteinander aufhören mit dem „Das geht nicht, das geht zu weit“. Damit bringen wir aber diese oder jene Gruppe gegen uns auf.

Die Suche nach dem Konsens ist gut und richtig und ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, weil dadurch versucht wird, möglichst alle mit einzubeziehen. Dies darf aber nicht den Blick auf das Vernebeln, was getan werden muss. Die Lösung darf dann nicht nachher so aussehen, dass sie niemandem wehtut, aber auch nicht allen oder niemandem nutzt. Wir als Parlament müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und auch unbequeme Entscheidungen zu fällen. Dazu sind wir bereit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zu dem Start sagen, den diese neue Koalition nach der Wahl hatte, denn wie Herr Rehberg schon treffend bemerkte, wir sind ja schon ein Vierteljahr in Gang.

Bei diesen Wahlen ist ja etwas Besonderes geschehen. Ich weiß nicht, ob es in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte schon oft vorgekommen ist, dass die stärkste Regierungspartei bei den darauf folgenden Wahlen über sechs Prozent dazugelegt hat. Noch nie war seit der Wende eine Fraktion so stark in diesem Landtag wie die SPD-Fraktion jetzt. Das zeigt zum einen das große Vertrauen der Menschen in die SPD-Landtagsfraktion und die von ihr getragenen Regierungsmitglieder, zeigt aber auch die große Verantwortung, die wir übernommen haben. Nur, allein sollten wir nicht regieren. Wir müssen und wollen zusammenarbeiten. Zusammenarbeit war und ist für uns keine hohle Phrase.

Ich bin sehr zufrieden und kann gut damit leben, wenn diese Koalition ihre bewährten Arbeitsweisen und ihre bisherige Form der Zusammenarbeit beibehält. Was meine ich damit? Ich meine, dass wir schon in den Koalitionsverhandlungen miteinander und nicht übereinander geredet haben, dass wir den Willen, gemeinsam weitere vier Jahre zu regieren, in einer von Sachlichkeit geprägten Atmosphäre in die Koalitionsvereinbarung eingearbeitet haben. Manch einem Journalisten wird das etwas zu langweilig gewesen sein und er mag die Nase rümpfen. Und die Opposition redet lieber von Stillstand, als konstruktiv

zu kritisieren. Aber auch bei der Union gibt es das gewohnte Bild. Das hat aber auch nichts und rein gar nichts damit zu tun, dass man von Sprachlosigkeit, von Abtauchen oder dem Minister den Vortritt überlassen reden kann. Die nach außen sichtbare Ruhe sollte nicht falsch verstanden werden, meine Damen und Herren. Es ist nicht so, dass wir immer einer Meinung wären. Nein, wir ringen nicht selten hart um eine einheitliche Linie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Denn nur mit einer einheitlichen Linie, klarem Auftreten und Argumentieren in der Öffentlichkeit kann diese Koalition Erfolg haben. Ich wiederhole es: Nur so und nicht anders werden wir als Koalition Erfolg haben und ich möchte gerne diesen Erfolg haben. Für eine Opposition in der Regierung gibt es keinen Raum, das schadet auf Dauer demjenigen, der so auftritt. Applaus von falschen Freunden wird einem nicht dazu verhelfen, sich mehr durchzusetzen, wird eher der eigenen Glaubwürdigkeit schaden und bringt bei den nächsten Wahlen mit Sicherheit nicht die erhofften Stimmenzuwächse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Abbau der Arbeitslosigkeit war und ist die zentrale Aufgabe, die zentrale Herausforderung, sie bleibt das wichtigste Ziel dieser Koalition. Regierungen müssen alles tun, damit Arbeitslosigkeit sinkt. Das ist Politik den Menschen schuldig. Politik ist aber auch nicht nur Regierung, ist nicht nur der Staat, sondern sind auch die Interessenvertreter aus Verbänden, aus der Wirtschaft und aus den anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Nicht selten stößt Regierungshandeln an Grenzen, Grenzen, die von anderen aufgebaut werden.

Wenn ich am 2. September dieses Jahres in der „Süd-deutschen Zeitung“ lese, insofern darf ich das mit dem süffisanten Vorlesen auch mal selbstironisch meinen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

dass allein 12 der 30 größten Aktiengesellschaften 50.000, ich wiederhole, 50.000 Stellen abbauen wollen – davon die Dresdner Bank allein 8.500 Stellen, Bayer 900, die Commerzbank 2.300, die Degussa 4.000, die Deutsche Bank 1.070, die HypoVereinsbank 3.600 und RWE 5.800 Stellen –, dann kommt mir persönlich das kalte Grausen. Und solange an den Börsen auf solche Stellenabbau-Horrorszenarien auch mit steigenden Aktienkursen für das jeweilige Unternehmen reagiert wird – getreu dem Motto „Eine Unternehmenspolitik des Stellenabbaus ist eine gute Politik“ –, solange stimmt tatsächlich etwas nicht in unserem Land, aber vor allen Dingen stimmt etwas nicht in unserer Wirtschaft. Und genauso wenig stimmt hier etwas, wenn ein dreißigjähriger Maschinenbauingenieur in unserem Land in einem bundesweit agierenden Unternehmen 900 Euro im Monat bekommt oder mit diesem Geld abgespeist wird

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

und ihn nur die Liebe zu unserem Land einfach hier lässt.

Meine Damen und Herren, auch und vor allem die Wirtschaft trägt die zentrale Verantwortung für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, aber auch zur Schaffung von Ausbildungsplätzen. Ich bitte das nicht als Ohnmacht der Politik misszuverstehen. Im Gegenteil, es zeigt doch die Grenzen von Politik. Es zeigt andererseits auch,

dass die Großunternehmen, die von der Steuerpolitik der Bundesregierung profitiert haben, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen nicht mehr nachkommen. Ich gehe sogar so weit, dass diese Unternehmen sich inzwischen ihrer Verantwortung wohl nicht einmal mehr bewusst sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ist es in diesem Fall genau das richtige Signal, dass es das JUMP-PLUS-Programm geben wird, für das sich zuletzt die Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern auf unserem Ost-Parteitag in Magdeburg gestritten und sich letztendlich durchgesetzt haben. Jetzt wird es zum Regierungshandeln.

Die Landesregierung hat bereits Anfang November – also schnell nach den Wahlen – die Aufstockung des Bund-Länder-Ausbildungsprogramms Ost beschlossen. Mit der Aufstockung werden 250 zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. Damit stehen aus diesem Programm jetzt genau 2.567 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das ist die konkrete Politik für die Menschen in unserem Land.

Einen weiteren Punkt möchte ich exemplarisch hervorheben. Es ist nämlich durchaus nicht selbstverständlich, dass in den anderen Küstenländern in den Koalitionsvereinbarungen die finanziellen Hilfen an die Werften so abgesichert sind wie bei uns. Es gibt den Werften auf diesem Gebiet Sicherheit. Das zeigt, dass wir nicht nur in Sonntagsreden zu unseren Werften stehen, nein, es zeigt, wir handeln ganz konkret und auch da, wo es notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zufrieden bin ich auch mit der Ziffer 56 der Koalitionsvereinbarung. Darin haben wir festgelegt, dass es ein Landestariftreuegesetz geben wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

Für die einen in diesem Parlament ein Reizwort, nahezu ein Kampfbegriff, für die SPD-Fraktion aber ein Instrument, um den Arbeitsmarkt innerhalb unseres Landes zu ordnen. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu diesem Gesetzesvorhaben. Ich bin auf das Verhalten der Opposition gespannt, gespannt darauf, wie sie ihre ablehnende Haltung begründen will, wo es doch im „geheiligten“ Bundesland Bayern auch so ein Gesetz gibt.

Wir werden sicherlich noch einige Details zu besprechen haben, aber das Tariftreuegesetz wird kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und hier sind wir bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wieder bei dem Punkt der Nachhaltigkeit. Wir können nicht auf kurzfristig wirkende und ebenso schnell verpuffende Programme setzen, die millionenschwer sind. Das wäre Aktionismus und eben nicht nachhaltig. Um nicht missverstanden zu werden, ich blende die Wirklichkeit nicht aus, um bei dem Wort „schönreden“ zu bleiben. Ich sage es hier noch einmal und auch der Ministerpräsident hat es gesagt, die Lage ist ernst, ernst in der Wirtschaft, ernst auf dem Arbeitsmarkt und ebenfalls ernst in der Finanzpolitik. Aber eines kann man Bundes- und Landesregierung nun wahrlich nicht vorwerfen, nämlich sie täte nichts.

Die Bundesregierung geht den beschwerlichen Weg zu Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden darauf im Laufe der Landtagssitzung mit Sicherheit noch zurückkommen. Und an dieser Stelle, Herr Rehberg, gestehe ich ein, dass es für Landtagsreden auch so etwas wie einen Redaktionsschluss gibt, aber ich erinnere daran, dass es bei den Minijobs durchaus Bewegung gibt. Aber nicht einmal Sie sind in Ihrer Landtagsrede darauf eingegangen. Dem Ministerpräsidenten haben Sie das vorgeworfen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Aber gut, es mag an der Aktualität der Ereignisse liegen, dass es in diesen Reden noch keinen Einfluss gefunden hat.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Das gibt es nicht!)

Ja, Sie können da ruhig lachen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, sicher.)

Dann trage ich auch ein bisschen zu Ihrer Erheiterung bei.

(Heinz Müller, SPD: Er hat die
heutige Zeitung wohl nicht gelesen.)

Ich will ganz deutlich sagen, dass wir an der einen oder anderen Stelle andere Akzente erwartet hätten, Akzente, die deutlicher auf die Bedürfnisse nicht allein Ostdeutschlands, sondern stärker auf die Bedürfnisse von strukturschwachen Regionen insgesamt eingehen. Da meine ich nicht nur den Pflichtqualifizierungsanteil und die drei Jahre Wartefrist bei ABM, die meines Erachtens dringend geändert werden müssen. Ich bin auch nicht zufrieden mit der aktuellen Regelung zu den Ich-AGs. Deswegen tritt diese Koalition auch weiterhin dafür ein, das Job-AQTIV-Gesetz zu novellieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Wir werden weiterhin den Niedriglohnsektor nicht unterstützen. Wir werden weiterhin die Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeit“ fortsetzen. Und wir lehnen eine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe ab. Klare Ansagen und auch klare Handlungsaufträge, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Während es den einen nicht weit genug geht, die Arbeitnehmerrechte nicht weit genug beschnitten wurden und die wirtschaftsliberale Linie nicht sichtbar ist, geht den anderen alles zu weit. Wir stehen dafür, dass der grundsätzlich richtige Weg jetzt eingeschlagen wird. Es ist ein wichtiger und großer Schritt voran, diesen Riesenapparat der Bundesanstalt für Arbeit zu reformieren. Es bleibt dabei, dass das Ziel der Vermittlung natürlich bundesweit gilt. Im Osten unserer Bundesrepublik hat die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb auch schon im Sondierungsgespräch vereinbart – und Herr Rehberg hat sich da bereits lächerlich gemacht, aber das ist wahrscheinlich sein Job –, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Umsetzung des Hartz-Konzeptes begleiten soll, kritisch begleiten soll. Dies haben wir dann auch in der Ziffer 69 der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Darin sollen die ostdeutschen Erfordernisse formuliert und diese auf Bundesebene initiativ gemacht werden. Diese Kommission hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Das ist mir lieber als ein vorschnelles und plattes Nein, getreu

dem Motto: Da kommt viel Neues auf uns zu. Das birgt zu viel Gefahr, also bin ich dagegen. So kann man keine verantwortungsvolle Politik machen, meine Damen und Herren.

Mit großer Sorge allerdings sehe ich, dass auf uns weitere Kürzungen bei ABM und SAM zukommen. Wir sind nach wie vor in der Situation, in der es ohne diese geförderten Maßnahmen nicht geht. Da gab es ziemlich verantwortungsloses Gerede im Wahlkampf. Drastische Kürzungen allein aus fiskalischen Gründen gehen an den Bedürfnissen des Landes weit vorbei. Streichungen, ohne auf anderen Gebieten bereits Initiativen vorweisen zu können, sind falsch, Horrorszenarien allerdings genauso.

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns ausdrücklich zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Prinzipien der Nachhaltigkeit in der Agrarwirtschaft. Die Landwirtschaft hat in unserem Bundesland eine gute Chance, sich kontinuierlich zu einem stabilen Wirtschaftsfaktor zu entwickeln. Diese Chance werden wir auch unter schwieriger werdenden Bedingungen nutzen. Voraussetzung dazu bildet die strikte Beibehaltung der investiven Förderung. Allen Kassandrarufern und allem Gegenwind aus Brüssel zum Trotz sagen wir: Wir werden unseren politischen Einfluss für stabile Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft, die mit ihr eng verbundene Verarbeitungswirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums in seiner Gesamtheit geltend machen. Noch längst sind nicht alle Entscheidungen aus Brüssel in trockenen Tüchern. Die Gefahr in Gestalt einer 300.000-Euro-Kapungsgrenze bei den Direktzahlungen, durch die gerade unsere größeren Betriebe dafür bestraft werden, dass sie wettbewerbsfähigere Betriebsstrukturen aufgebaut haben, ist noch lange nicht vom Tisch. Das dagegen gerichtete Protestsperrfeuer aus vielen Rohren hat bis heute für Aufschub gesorgt, allerdings noch keine Lösung gebracht. Eines ist aber ganz wichtig und zentral: Es kann nicht darum gehen, wie groß ein Betrieb ist, sondern entscheidend muss die Qualität sein. Unsere Agrarpolitik ist verlässlich und zielgerichtet.

Nach wie vor ist die Bodenpolitik für uns ein Thema mit hoher Brisanz. Bei der Vielfalt von Interessen und dem noch bestehenden politischen Druck in Sachen Bodenerwerb muss jedem klar sein, dass es eine hundertprozentige Gerechtigkeit in der Fachproblematik ehemaliger volkseigener und landeseigener Flächen nicht geben wird. Wir orientieren darauf, dass bei der Vergabe landeseigener Flächen grundsätzlich Unternehmen begünstigt werden, die mit arbeitsintensiven Produktionseinrichtungen Arbeitsplätze schaffen. Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass die Landesregierung ein Bodenfondsgesetz, in welchem die Vergabep Praxis für landeseigene Flächen und BVVG-Flächen verstärkt unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen geregelt werden soll, auf den Weg bringen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, wenn ich am Anfang gesagt habe, dass wir bereit sein müssen, unbequeme Entscheidungen zu treffen, so gilt das auch für den Sozial- und Gesundheitsbereich. Das ist nun mal so. Was sich da an Lobbyismus auf der einen wie auf der anderen Seite aufbaut, was da an wirtschaftlichen Interessen dahinter steht, das kann einen fast zornig machen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass manche Akteure am Klinikum in

Greifswald nicht wissen, was sie mit ihrem Gerede anrichten. Dies meine ich mit allem Ernst.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Die Budgetverhandlungen für 2002 wurden einvernehmlich abgeschlossen, das Klinikum Greifswald überdurchschnittlich bedacht. Wenn dort am Ende des Jahres auch nur ein behandlungsbedürftiger Patient abgewiesen wird, dann erwarte ich, meine Damen und Herren, dann fordere ich vom Sozialministerium, dass alle rechtlichen Schritte gegen die Klinikleitung geprüft und auch ergriffen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS: Sehr vernünftig. –
Gesine Skrzepski, CDU: Das ist ja ungeheuerlich.)

Wir werden die Politik der sozialen Gerechtigkeit fortführen und uns für weitere Schritte einer bedarfsgerechten sozialen Grundsicherung auf Bundesebene einsetzen.

(Egbert Liskow, CDU: Wann denn?)

Auch in Zukunft ist es wichtig, das duale Beratungsnetz zur Bewältigung von Lebenskrisen und Fragen zu sichern. Unter anderem geht es uns um die Sicherstellung von Beratungsangeboten und Schutzeinrichtungen für Frauen und Mädchen, die Sicherung der spezifischen Beratung und sozialen Arbeit für schwerhörige, ertaubte und gehörlose Menschen sowie der Sucht- und Drogenberatungsstellen und der Sicherung der Schuldnerberatung. Einen wesentlichen Schwerpunkt muss dabei der Unterstützung von Familien mit Angehörigen zukommen, die der speziellen Pflege und Förderung bedürfen, denn soziale Beratungsstellen stellen für uns eine hoch effektive Form sozialer Arbeit dar, die mehr Kosten und Folgekosten einsparen, als für ihre Finanzierung aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren, wir wissen, welche hohe Bedeutung in unserem Land attraktive Hochschulen, international anerkannte Forschungsinstitute, ein qualitativ hochwertiges und flächendeckendes Schulnetz, eine ausgewogene Kulturlandschaft mit interessanten Theaterangeboten, vielfältigen Museen und zahlreichen kulturellen Projekten haben. Wir alle kennen die Haushaltssituation, uns steht auch für den Bildungsbereich weniger statt mehr Geld zur Verfügung. Klar sagen wir aber, wir lassen keine Qualitätseinbußen in diesen Feldern zu. Wir setzen auf umfassende Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen als eine wesentliche Zukunftsinvestition und als wichtigen Standortfaktor. Wir werden alle Bildungsbereiche, angefangen vom Kindergarten über die regionale Schule, die Gymnasien, die berufliche Ausbildung bis zum Studium an unseren Fachhochschulen und Universitäten, qualitativ verbessern, an internationalen Standards ausrichten und ebenso aufeinander abstimmen, dass Brüche vermieden, Effektivitätszuwächse und Synergieeffekte erzielt werden können.

Meine Damen und Herren, kein Hochschulstandort im Land ist gefährdet. Wir sehen aber eine Notwendigkeit vor allem darin, die zentrale universitäre Ausbildung zu erhalten und gleichzeitig ein differenziertes, innovatives Studienangebot für Mecklenburg-Vorpommern zu etablieren, das der kulturellen Prägung und den regionalen Beziehungen zum Beispiel zum Ostseeraum entspricht. Wir wollen den Anteil von ausländischen Studenten erhöhen. Sie befördern tatsächlich die internationale Ausrichtung unserer Hochschulen. Ich habe Verständnis für protestie-

rende Studenten, wenn sie für ihre Interessen eintreten. Ich muss aber auch Wasser in den Wein schütten. Der jährliche Zuwachs von 1,5 Prozent, den die Hochschulen sicher haben, privilegiert sie gegenüber so manch anderer Institution. Dies ist den Studenten zu wenig, das kann man nachvollziehen, aber es ist so.

An dieser Stelle komme ich nicht daran vorbei, auch zum Thema der politischen Bildung etwas zu sagen. Seit den Koalitionsverhandlungen ist über dieses Thema öffentlich diskutiert worden, mit Verlaub nicht selten ohne die erforderlichen Kenntnisse dafür, oft unzulässig verkürzt auf die Frage der angeblichen Auflösung der Behörde des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Ich stimme ausdrücklich mit dem Ministerpräsidenten überein, als er schon während der Koalitionsverhandlungen gesagt hatte, dass es darum geht, die Kräfte der politischen Bildung zu bündeln und diese effektiver zu gestalten. Genau das steht dann auch in der Ziffer 190 der Koalitionsvereinbarung: „Die Landesregierung wird die politische Bildung stärken.“ An diesem Satz muss sich alles messen lassen.

Es geht dann hierbei nicht um die Zukunft von Herrn Mothes, es geht nicht vorrangig um die Behörde, der er vorsteht, nein, es geht um die wirksamere Organisation der politischen Bildung in diesem Lande und um nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Um sie schön rot zu färben. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

In Anbetracht der politischen Dimension dieses Vorhabens wird eine Arbeitsgruppe diese Vorschläge ergebnisoffen diskutieren

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Damit sie schön rot gefärbt wird.)

und im Frühjahr einen entsprechenden Vorschlag auf den Tisch legen.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema noch in dieser Landtagssitzung haben, aber auch an dieser Stelle gehe ich darauf ein. Kleinmut, Mut- und Perspektivlosigkeit kann man dieser Koalition nun wirklich nicht vorwerfen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich behaupte, dass es sonst niemand gewagt hätte, an eine so umfassende Reform der kommunalen Landesebene überhaupt zu denken.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Umfassende Reformen bedeuten eben mehr als die Reduzierung um zwei Ministerien, meine Damen und Herren, aber mehr fällt so manchem in diesem Hause zu dem Thema auch nicht mehr ein.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn
Sie damit doch schon mal anfangen würden!)

Wir werden an dieser Stelle, aufbauend auf den Erfahrungen vieler anderer,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

den Erkenntnissen der Enquetekommission dieses Landtages und den spezifischen Anforderungen dieses

Landes, mutige, manchmal auch vordergründig unpopuläre Schritte tun. Entbürokratisierung, Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform sind für uns nicht irgendwelche hohlen Phrasen. Es ist ein mutiges Vorhaben, das die Koalition auf ihre Fahnen geschrieben hat. Da ist nichts mehr von, ich zitiere: „In Mecklenburg-Vorpommern geschieht alles 100 Jahre später.“ Nein, wir übernehmen hier eine Vorreiterrolle, andere Bundesländer schauen mit Erwartung und Spannung auf das, was wir hier angestoßen haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Nach Schwerin mit Entsetzen.)

Mich hat in den zurückliegenden vier Jahren so manches Mal geärgert, wenn ich immer gehört habe, das können wir ja nicht machen, das wäre einmalig in Deutschland, das gibt es sonst auch nirgendwo. Ich gehe da anders ran. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dann ist es eben Zeit, dass Mecklenburg-Vorpommern endlich mal die Vorreiterrolle übernimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Während einige immer noch über den Nordstaat sinnieren und fabulieren, machen wir uns daran, meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern fit zu machen, fit für die anstehenden Aufgaben, fit zu machen für die Anforderungen der Menschen an die Verwaltung. Während einige in diesem Hause schon damit begonnen haben, konzeptionell vorzuarbeiten, haben andere wiederum aus Angst vor der Debatte begonnen, die Parteigänger gegen diese Reform zu mobilisieren und auf Linie zu bringen.

Mit Modernisierungsverweigerern kommen wir kein Stück voran, meine Damen und Herren. Unvoreingenommenes Zusammenarbeiten ist gefragt, Sachverstand ist einzubeziehen und nicht die Blockade, nur weil der politische Gegner etwas dagegen hat. Wir müssen die Menschen gewinnen, sie mitnehmen, sie für dieses Projekt begeistern. Das setzt aber eine offene Diskussion voraus. Beschlossen ist noch nichts, da gibt es noch manche Frage zu klären. Eines ist bei dieser Diskussion aber ganz wichtig, das Pferd darf nicht falsch aufgezäumt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das meinen wir
auch. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Nicht finanzielle Argumente bewegen uns zu den möglichen Reformen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Entscheidend ist es, die Verwaltung, die Bürokratie zu lichten, durchsichtiger, bürgerfreundlicher und effektiver zu machen. Das ist entscheidend, das sind unsere Prämissen. Deshalb werden wir auch in dieser Landtagssitzung einen Sonderausschuss einsetzen. Dieser soll die erforderliche breite gesellschaftliche Diskussion für das Parlament bündeln und zusammenführen.

Dieses Vorhaben umreißt aber nur einen Teil der Innen- und Rechtspolitik von Rot-Rot in dieser Wahlperiode. Um die kommunale Eigenständigkeit zu festigen, unterstützen wir eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen. Im Interesse stabiler kommunaler Finanzen und zukunftsfähiger Kommunalpolitik werden wir das Finanzausgleichsgesetz bis Ende 2003 novellieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann mal los!)

Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Land. Seit 1998 konnte die Aufklärungsquote bei Straftaten kontinuierlich gesteigert werden, zuletzt auf den Rekordwert von 53,8. Die Anzahl der Straftaten ist seitdem um fast zehn Prozent gesunken. Das Programm zur Kriminalitätsprävention und zum Kampf gegen das Verbrechen und seine Ursachen werden wir umsetzen und fortentwickeln. Wer Opfer einer Straftat geworden ist, braucht Hilfe und Unterstützung. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht für uns das Opfer, nicht der Täter. Für die Opfer häuslicher Gewalt mit Interventionsstellen ist eine vorbildliche Beratung aufgebaut worden. Die dem Täter-Opfer-Ausgleich innewohnenden Möglichkeiten werden hier noch verstärkt und flächendeckend genutzt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sonst haben
wir Stillstand der Rechtspflege.)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes tolerantes Land. Wir fördern den Dialog der Kulturen, weshalb wir uns für die Integration von dauerhaft hier lebenden Ausländerinnen, Ausländern und Aussiedlern und für eine Verbesserung der Lebenssituation von Ausländern einsetzen werden. In diesem Zusammenhang werden wir Leitlinien zur Integrationspolitik vorlegen. Wir werden unsere Bemühungen im Kampf gegen rechtsextremistische Ideologien und Handlungen noch weiter verstärken. Gegen die Verantwortlichen in diesem Milieu werden wir hart und konsequent vorgehen.

Meine Damen und Herren, verbale Entgleisungen – wie vom Ostsprecher der CDU-Bundestagsfraktion Arnold Vaatz in seinem Interview für die SVZ vom 29. November, in dem er sich von dem Ziel der Tarifangleichung bis 2007 verabschiedet und dem Lohngefälle das Wort geredet hat – bringen uns nicht voran. Wenn er in dem gleichen Interview die niedrigen Löhne quasi als Standortvorteile verkauft, dann platzt mir langsam der Kragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat doch der
Wirtschaftsminister auch immer gesagt.)

Ich finde, die Finanzministerin hat zur Tarifangleichung und den soeben begonnenen Tarifverhandlungen das Notwendige öffentlich gegenüber dem Deutschlandradio gesagt. Vielleicht sollte man für Herrn Vaatz mal Ostdiäten einführen oder zumindest leistungsbezogene Diäten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Torsten Koplin, PDS:
Oder Geld zurück.)

Wir als Koalition stehen zur Angleichung der Tarife im öffentlichen Dienst bis 2007. Ich verweise da auf die Ziffer 275 unseres Vertrages.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich mich dann doch noch auf dem Glatteis der Finanzpolitik bewegen,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Oh,
oh, oh, das ist gefährlich, das ist gefährlich!)

aber ich lese das dann hier mal vor. Sie scheint ja in den vergangenen Wochen auf Bundes- und auf den Länderebenen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vorsicht, Vorsicht!)

alles andere zu überdecken und alles andere zu dominieren.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Vorsicht, Herr Dankert!)

Ich bin vorsichtig, Herr Born.

Mecklenburg-Vorpommern ist mit seiner schwierigen Finanzlage weder die Insel der Glückseligen, noch droht Mecklenburg-Vorpommern in ein schwarzes Loch zu fallen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Weil wir da schon drin sind.)

Lassen Sie uns doch die Finanzsituation von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Brandenburg oder Thüringen betrachten! Selbst das Musterland Bayern weist über 1 Milliarde Euro Steuermindereinnahmen auf. Wir sind mit unseren Problemen also nicht allein. Alle Länder und der Bund haben die gleichen Probleme. Alle arbeiten mit Haushaltssperren, Nachtragshaushalten oder erheblich höherer Neuverschuldung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil sie alle die gleiche Bundesregierung haben.)

Ich will Ihnen dazu mal einiges sagen, meine Damen und Herren von der CDU. Wenn der Superfinanzminister oder genauer gesagt der Superschuldenfinanzminister Waigel in den neunziger Jahren nicht bei jeder Gelegenheit die Verschuldung heraufgetrieben hätte, stünden wir heute etwas anders da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn er nicht zugelassen hätte, dass die Vereinigung im Wesentlichen über die Sozialsysteme finanziert worden wäre, dann würden wir heute über ganz andere Lohnnebenkosten reden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Heute werfen Sie uns die hohen Lohnnebenkosten vor.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist schon etwas scheinheilig.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?!
Wenn Sie das frei formulieren würden,
wäre das nicht so schlimm.)

Wir leben alle seit Maastricht nicht mehr in einer Zeit, in der man bei kleinen oder großen Problemen einfach mal die Neuverschuldung grenzenlos anheben kann. Waigel'sche Finanzpolitik ist deswegen erledigt und damit Geschichte. Wenn wir die Investitionen drastisch herunterfahren würden, würden wir damit weniger Aufträge an die Wirtschaft vergeben.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Eben, da sind Sie doch dabei.)

Die negativen Folgen würden wir dann über noch stärkere Steuerausfälle und noch höhere Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau das.)

Das hätte ich übrigens zur Not auch frei hingekriegt, Herr Born, keine Angst.

Für mich gibt es keine Frage, Mecklenburg-Vorpommern wird und soll sich für die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer einsetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann macht das mal!)

Wer über soziale Gerechtigkeit redet, kommt an der Vermögenssteuer einfach nicht vorbei, meine Damen und Herren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Fragen Sie mal den Bundeskanzler, was er Ihnen dazu sagt! – Wolfgang Riemann, CDU:
Was sagt denn der Kanzler dazu?)

Und dabei geht es nicht darum, das kleine Einfamilienhäuschen zukünftig zu erfassen oder kleine Betriebe mit einer zusätzlichen Steuer zu belasten. Hier gibt es eine Menge Parolen im Umlauf, die jeglicher Grundlage entbehren.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das haben Sie immer gesagt.)

Ich bin der festen Überzeugung, dass es in dieser Situation mit erheblich veränderten Rahmenbedingungen von der Landesregierung richtig war, einen ausgewogenen Mix aus Einsparung und einer höheren Nettokreditaufnahme zu wählen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ausgewogener Murks, sonst weiter nichts!)

Ihr Versuch, sich durch das Bedienen einer unsolidarischen Klientel wieder an die Macht spülen zu lassen, meine Damen und Herren von der CDU, ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Und nicht nur das, es ist in hohem Maße verantwortungslos.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Ihre offen zur Schau getragene Schadenfreude über die wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern zeigt nur,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, es ist zum Heulen.)

was für einer Geisteshaltung Sie anhängen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Der auf Schaulust ausgerichtete Versuch der Union, einen Untersuchungsausschuss zum Thema Wahlversprechen im Deutschen Bundestag zu installieren, ist dann wohl der Gipfel der politischen Scheinheiligkeit, gestartet von Herrn Koch. Mehr muss man dazu wohl nicht sagen.

Was ist denn mit Ihren ganzen Wahlversprechen und Ihrem Verteilen von ungedeckten Schecks? Wir haben jedenfalls in Bund und Land keine leeren Versprechungen in die Welt gesetzt. Wir haben den Rat der Experten befolgt

(Dr. Ulrich Born, CDU: Volle Versprechungen und leere Kassen!)

und bei den Schätzungen des Wirtschaftswachstums die untere Grenze eingehalten. Und selbst das war für viele noch zu optimistisch. Wir haben in vielen Bereichen Reformen angepackt, die in 16 Jahren der Kohl-Regierung einfach verpennt wurden,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Reformen, meine Damen und Herren, die sozial ausgewogen und solidarisch werden. Die Nagelprobe für Sie,

meine Damen und Herren von der Opposition, wird bei den Beratungen zum Doppelhaushalt kommen. Eine Einsparung statt höhere Neuverschuldung zu fordern ist ja leicht, vor allem dann leicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der liest einfach was ab.)

wenn man nie konkret sagt, wo gespart werden soll. Aber da erwarten wir dann ja Ihre Vorschläge.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das haben wir konkret gesagt.)

Ich bin mal auf Ihr Verhalten gespannt. Und, Herr Riemann, ich wage eine Voraussage: Egal, was wir vorschlagen werden, Sie werden dagegen sein.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Warum? Weil es einige Strategen bei Ihnen so wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

In Haushaltsberatungen werden Sie zeigen müssen, ob es Ihnen um die Sache geht oder nur um die Strategie, nämlich die Sonthofen-Strategie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist denn das?)

Herr Kollege Rehberg, natürlich werde ich zum Ende meiner Rede auch noch auf Sie zu sprechen kommen. Was Sie und Ihr Kollege Riemann in den letzten Tagen in Sachen Finanzpolitik getrieben haben, ist so ziemlich unterste Schublade.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, ja, Sie sagen es.

Herr Präsident, bevor Sie mir unparlamentarisches Verhalten vorwerfen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

will ich nur eines vorweg sagen: Wenn jemand etwas Falsches sagt, was er nicht besser oder richtig weiß, ist das die eine Seite. Wenn jemand aber bewusst etwas Falsches sagt, obwohl er die Wahrheit kennt, nur um dem politischen Gegner zu schaden, dann ist das schlicht und ergreifend die Unwahrheit. Und Sie, Herr Kollege Rehberg, haben in diesem Hohen Hause in der Sondersitzung zur Finanzpolitik behauptet, in der gerade abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung stünde erstmalig ein Finanzvorbehalt. Das ist genauso falsch, wie Sie im Schweriner „SonntagsBlitz“ vom 17.11.2002 zitiert werden: „Erstmals steht sogar der ganze Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt.“

Ich darf der Richtigkeit halber darauf hinweisen, auch die Koalitionsvereinbarung des Jahres 1998 hatte in Ziffer 209 eine entsprechende Regelung. Und es kommt noch besser: Auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD im Jahre 1994 hatte so eine Regelung – unterschrieben auch von Herrn Rehberg.

(Wolfgang Riemann, CDU: Generalklausel. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber damit ja nicht genug. Er hat sich in der Sondersitzung auch zu der Behauptung hinreißen lassen, in den Ministerien und der Staatskanzlei sei es zu keinem Stellenabbau gekommen. Im Gegenteil, es wäre sogar zu einem Stellenzuwachs gekommen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Neue Abteilungsleiterstellen.)

Diese Aussage ist ebenfalls schlichtweg falsch

(Wolfgang Riemann, CDU: Was macht der Knapp eigentlich? – Dr. Armin Jäger, CDU:
Was macht der eigentlich?)

und Sie wissen es besser, denn der Stellenplan liegt Ihnen vor. Schauen Sie doch einfach mal rein!

Zum Schluss noch ein Wort zu dem vermeintlichen Finanzexperten der CDU-Fraktion, auch wenn er das schon zwölf Jahre macht. Dieser hat in den zurückliegenden Sondersitzungen des Landtages tatsächlich behauptet, die Landesregierung liege 2002 bei den Investitionen hinter den Planungen zurück – ebenfalls die Unwahrheit. Erst werfen Sie der Landesregierung im Wahlkampf vor, sie reise so viel durch die Lande und schütte so viel aus, ich sagte es bereits, und jetzt dieser Vorwurf. Sie müssen schon mal sagen, was Sie wirklich wollen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich doch mal die Ist-Stände an! Gucken Sie sich mal die Ist-Stände an und die Haushaltsreste!)

Und eigentlich müsste er es besser wissen. Sie bekommen als Verantwortlicher im Finanzausschuss monatlich die Zahlen vom Finanzministerium und aus diesen Zahlen ergibt sich ein anderes Bild.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nämlich?)

Nur dieses andere Bild dürfen Sie in der Öffentlichkeit natürlich nicht sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

weil es Ihnen schlichtweg nicht in den Kram passt.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich noch einmal zum Verhalten der Opposition in Bund und Land kommen. Geht es der Opposition wirklich um die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen im Land oder einzig allein um das undemokratische Nachkarten?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh!)

Ihre Wortwahl, nicht unbedingt hier von Ihnen persönlich, aber einiger maßgeblicher Vertreter, dokumentiert das schon.

Das Prinzip Sonthofen II? Das hat Ihr großer Lehrmeister schon 1974 ausgeführt, ich zitiere Franz Josef Strauß, „...“, daß es keinen Sinn hat, von uns aus ein konjunkturpolitisches Rezept zu erarbeiten und zu empfehlen. Es muß wesentlich tiefer sinken,“ – wahrscheinlich das Niveau der Wirtschaft – „bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen und Vorschlägen gehört zu werden. Wir werden uns gar nicht wünschen, daß dieses jetzt angefangen wird.“ Genau dieser Sonthofen-Strategie hängt auch die CDU dieses Landes an,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Wie kommen Sie darauf? –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

keine alternativen Politikansätze zu haben und das Land möglichst runterzureden, ob es dem Land oder dem Bürger schadet oder auch nicht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, es ist letztendlich Ihre Entscheidung.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ziehen Sie eine faire, trotzdem harte, aber konstruktive Auseinandersetzung vor um die besseren Ideen und Konzepte oder lassen Sie sich von einigen Spitzenleuten in dieser Art und Weise instrumentalisieren!

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Dankert, Ihnen wäre am liebsten, Sie hätten gar keine Opposition im Haus. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir werden uns nicht beirren lassen, meine Damen und Herren. Wir werden unseren Weg weiterhin gehen. SPD steht für Sacharbeit, Pragmatismus und Durchsetzungsfähigkeit.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dankert.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Gramkow für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Niederlage sitzt tief. Aber, Herr Rehberg, sie gibt nicht das Recht,

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Der ist gar nicht da.)

nicht zuzuhören, es nicht einmal zu wollen, Schwerpunkte und Prioritäten nicht zu sehen und sich nicht einmal der Mühe zu unterziehen, den vorliegenden Koalitionsvertrag zu lesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich frage Sie: Hat eine Ministerin – eine neue im Amt – das Recht, bei einer Existenz von Wiederbesetzungssperre und Einstellungsstopp Ihren Stabsbereich neu zu organisieren und darum zu bitten, diese Stellen frei zu machen?

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
War der alte so unorganisiert?)

Ich frage Sie, ob Sie wissen, dass Reste in diesem Land,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was sind denn das für Leute gewesen?)

seitdem diese Finanzministerin im Amt ist, restriktiv übertragen werden, nur wenn sie bewilligt sind und Bauvorhaben laufen können,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, wo laufen sie denn? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und dass insbesondere die Zuweisungen der Europäischen Union dafür sorgen, dass das Geld erst fließen kann, wenn die Gesamtmaßnahme auch am Ende gebaut ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber nicht alles, Frau Gramkow, das wissen Sie genau!)

Vielleicht sind hohe Reste aus diesem Grunde besser als Reste von 1994 und 1995, wo wir heute noch Reste

vor uns herschieben. Ich frage Sie, Herr Rehberg: Wussten Sie, dass es die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war, die den Antrag der PDS-Fraktion auf Senkung der Gewerbesteuerumlage für die Kommunen in diesem Jahr abgelehnt hat?

(Gabriele Schulz, PDS:
Hat er nicht mitbekommen.)

Mit welcher Sprache sprechen Sie in Mecklenburg-Vorpommern?

(Torsten Koplín, PDS: Mit zwei Zungen.)

Alles, was passt, alles, was recht ist, aber das Angebot für Gestaltung von Politik ist gleich null. Und ich frage Sie: Wer hat eigentlich diese Verwaltung aufgebaut? Wer hat dafür gesorgt, dass wir heute über Entbürokratisierung reden müssen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel Gesetze und Verordnungen sind in den letzten vier Jahren erlassen worden, Frau Gramkow?)

Auch dazu vermisste ich bei Ihnen und Ihrer Verantwortung, der Verantwortung der CDU, für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine klare An- und Aussage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und ich frage Sie, Herr Riemann, da Ihr Chef ja mal wieder nicht da ist,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das macht er doch immer, wenn er geredet hat. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Bisher ist es noch nicht interessant, was Sie erzählen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

weil es ja auch uninteressant ist, ich frage Sie: Wirtschaft mehr, Bildung mehr, politische Bildung mehr, Kinder und Jugend mehr und die Kitas auch – und woher?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Ich kenne hier einen Herrn Scheringer, der hat hier mal 5 Milliarden Mark mehr gefordert, hier in diesem Landtag.)

Auch diese Antwort sind Sie heute schuldig geblieben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten von Mecklenburg-Vorpommern übernehmen auch für die folgenden vier Jahre gemeinsam mit der SPD die Regierungsverantwortung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler will im Land eine Regierung und, ob es Ihnen passt oder nicht, sie wollen eine linke Regierung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Oi, joi, joi! –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die ist links, ja! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Für die PDS war die erneute Regierungsbeteiligung ...

Manchmal ist es günstiger, bevor man spricht zu denken, Herr Born.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Für die PDS war die erneute Regierungsbeteiligung keine leichte Entscheidung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Holter macht das doch gerne. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und trotz der Wahlniederlage sehen wir, die Partei des Demokratischen Sozialismus in Mecklenburg-Vorpommern und ihre Fraktion, dazu keine vernünftige Alternative. Die oftmals von der CDU verunglimpfte rot-rote Koalition wird somit fortgesetzt. Wir wollen die 1998 eingeleiteten Reformen, neue Ansätze, Schritt für Schritt fortsetzen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Noch mehr Arbeitslosigkeit und noch mehr Abwanderung?)

auf dem Erzielten aufbauen und wir wollen möglichst Fehler nicht noch einmal machen.

(Udo Timm, CDU: Donnerwetter!)

Die Grundlage unserer Politik in den nächsten vier Jahren wird der Koalitionsvertrag sein und auf dieser Basis werden wir mit der SPD weiterhin verlässlich, berechenbar und auch vertrauensvoll zusammenarbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Eines ist jedoch klar: PDS und SPD sind zwei unterschiedliche Parteien

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja?! – Bernd Schubert, CDU: Oh!)

mit unterschiedlichen Programmen und mit unterschiedlichem Politikverständnis.

(Zuruf von der SPD: Und das ist gut so.)

Und es gehört auch dazu,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das will ich auch für die SPD hoffen.)

dies auszuhalten und diese Verschiedenheit zu respektieren, auch wenn man sie manchmal nicht akzeptieren kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

Die PDS, meine Damen und Herren, wird niemals gut heißen, was aus unserer Sicht schlecht für die Entwicklung des Landes und seiner Menschen ist.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Die PDS-Fraktion wird konsequent ihre Ministerin und ihre Minister unterstützen, wenn sie auf berechnete Missstände aufmerksam machen und sich für Alternativen einsetzen. Und dies gilt nicht nur für ihr Auftreten im Bundesrat oder in den Ministerkonferenzen, sondern generell.

Zum Regieren ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die dürfen weiter rumnörgeln.)

Wenn Sie nicht zuhören wollen, dann gehen Sie doch bitte raus.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist richtig. Hauptsache, Sie stören nicht weiter.)

Zum Regieren – der Kunst des Möglichen –, meine Damen und Herren, gehört aber auch, Rahmenbedingungen realistisch einzuschätzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie das mal Ihrem Ministerpräsidenten!)

Dabei ist die allererste Rahmenbedingung für uns, für die PDS in diesem Land, die gemeinsame Verantwortung, für den inneren und äußeren Frieden, um ihn zu wahren. Dies ist ein Gebot, das jeder Landesregierung – unabhängig von ihrer politischen Couleur – durch die Landesverfassung auferlegt ist. Die PDS kann und wird nur eine Regierung tragen, die sich klar und deutlich von Krieg und Gewalt, wo auch immer, distanziert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch angesichts von verabscheuungswürdigen Terroranschlägen ist Krieg die falsche Antwort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch in Nordkorea, der Krieg gegen das eigene Volk? – Gabriele Schulz, PDS: Herr Riemann, hören Sie doch erst einmal zu!)

Es ist geradezu zynisch,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wenn die so Mächtigen dieser Welt behaupten, man müsse im Namen von Menschenrechten Kriege führen.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Nein, das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker mit dem Willen zum Frieden und eine breite gesellschaftliche Friedensbewegung. Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt muss ein Ende haben. Der Tod Unschuldiger ist unentschuldig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gilt das auch für linke Gewalt?)

Und der Schmerz einer irakischen Mutter, Herr Riemann, um ihr von Bomben getötetes Kind ist nicht weniger groß wie der Schmerz einer amerikanischen oder einer deutschen Mutter. Gewiss, meine Damen und Herren und Herr Riemann, steht außer Zweifel, dass diese Regierung, dass überhaupt niemand, der hier Verantwortung trägt, Krieg führen will. Und dennoch besteht Anlass, sich um den Frieden Gedanken und Sorgen zu machen. Die Bundesregierung ist auch an die Macht gekommen, weil sie den Wählerinnen und Wählern ihr Wort verpfändet hat, den Krieg gegen den Irak nicht zu unterstützen. Wir alle, auch unsere Regierung, müssen alles daransetzen, dass dieses Wort auch gehalten wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen ist Gysi auch zu Milosović gefahren. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, der Ministerpräsident unseres Landes hat Recht, meine Damen und Herren, die Politik kann und muss günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes gestalten. Das ist das eine. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, welchen Rahmenbedingungen wir selbst ausgesetzt sind. Landespolitik muss auch für sich selbst günstige Rahmenbedingungen haben. Dabei sind wir in hohem Maße von Bund und Europäischer Union abhängig. Und diese Rahmenbedingungen gelten nicht nur für die Koalition.

Wie sehen diese Rahmenbedingungen für das politische Handeln in Mecklenburg-Vorpommern aus?

Erstens. Die Wirtschaft insgesamt ist in der Krise. Daran ändert auch die gute Position Mecklenburg-Vorpommerns bei der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes nichts.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat der Ministerpräsident eben aber ganz anders gesehen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Die reden ja nicht miteinander.)

Nach wie vor haben wir es mit einer fehlenden Binnen- nachfrage und einer Exportschwäche im Land zu tun. Insbesondere die Krise in der Bauwirtschaft ist nicht ausgestanden. Die Landwirtschaft steht angesichts der EU-Osterweiterung vor neuen Herausforderungen und sie muss den gestiegenen Ansprüchen von uns, von den Bürgerinnen und Bürgern, in Bezug auf Verbraucherschutz mehr und mehr gerecht werden.

Die Massenarbeitslosigkeit steigt. Das Hartz-Konzept soll die Antwort sein und es wird kommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann ist es kein Hartz-Konzept mehr.)

Allerdings wird es kaum eine Antwort auf die Probleme in Ostdeutschland sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist wahr.)

Es ist eben nicht so, dass die Maßnahmen geeignet sind, um Angebot und Nachfrage in Mecklenburg-Vorpommern zusammenzuführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Lauter Ich-AGs.)

Das Angebot heißt schnelle Vermittlung. Ich frage Sie: Wohin sollen wir vermitteln,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Genau. Genau richtig.)

wenn 170.500 Arbeitslosen 5.900 offene Stellen gegenüberstehen?

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie doch den Ministerpräsidenten! – Wolfgang Riemann, CDU: Der ist raus. – Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Ich darf Sie darauf verweisen, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Schwierigkeit dieser Situation erstklassig benannt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe von Ihnen allerdings, ich habe von Ihnen als CDU allerdings, ich sage es noch einmal, nichts gehört zu Ihrer eigenen Verantwortung, wie es langfristig 13 Jahre zu dieser Situation kommen konnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, Wolfgang Riemann, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Das Angebot von Hartz heißt aber auch in erster Linie Leistungskürzungen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also wenn Sie 8 und 13 nicht auseinander halten können.)

vor allem bei Langzeitarbeitslosen. Bei uns im Land beziehen mittlerweile bereits mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen nur noch Arbeitslosenhilfe. Wissen Sie eigentlich, was das heißt? Von den Leistungskürzungen werden darüber hinaus besonders Frauen betroffen sein. Und das bedeutet, Frauenarmut wird sich weiter ausbreiten, auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was das nachher für die Renten bedeutet, das kann doch gar keiner ermessen.)

Das Bridge-System soll Brücken bauen, eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit in einen gesicherten Lebensabend. Aber ältere Arbeitslose werden mit der Hälfte des Arbeitslosengeldes oder der Hälfte der Arbeitslosenhilfe abgespeist und sie fallen dann aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Und das bedeutet für ganze Regionen, auch bei uns im Land, Altersarmut wird zunehmen. Jede Reform kostet Geld, auch unsere, und so auch die Reform in der Arbeitsmarktpolitik. Angesichts leerer Kassen sollen die benötigten Gelder aus dem Topf der aktiven Arbeitsmarktpolitik genommen werden. Die Folge sind weitere drastische Streichungen bei ABM und SAM. Herr Dankert hat darauf hingewiesen. Für Mecklenburg-Vorpommern kann das bedeuten, dass von derzeit 12.000 Stellen nur noch 6.000 nächstes Jahr übrig bleiben. Können wir uns heute eigentlich schon vorstellen, welche Auswirkungen diese erneute Kürzung für die soziokulturelle Struktur dieses Landes, unseres Landes bedeutet?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Bundes-PDS hat es doch begrüßt, dass Herr Schröder weiterhin Bundeskanzler ist, zumindest vor der Wahl.)

Und ich frage Sie auch: Was wird es für die Unternehmen im Land bedeuten, wenn die Ich-AGs und PersonalServiceAgenturen Leistungen billiger anbieten können? Die PDS-Fraktion und – ich darf das sagen – ihre Ministerin und Minister werden jede Maßnahme unterstützen, die dazu dient, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Lebensperspektiven in diesem Land zu schaffen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Einige von den Maßnahmen, die allerdings im Hartz-Konzept drinstehen, tun dieses für Mecklenburg-Vorpommern nicht und dazu werden wir nicht schweigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu den Rahmenbedingungen unseres Landes gehört zweitens: Die Struktur- und Reformvorhaben der Bundesregierung in den Bereichen Gesundheit und Rente verunsichern die Menschen zutiefst, ob Jung oder Alt. Gesamtkonturen sind nicht erkennbar. Die Vorhaben erinnern eher an ein Flickwerk, das mehr Fragen aufwirft, als Antworten gibt. Die Sofortmaßnahmen sollen zwar das Solidarprinzip stärken und die Ausgaben eindämmen, sogar Gewinne von Konzernen beschneiden. Ich frage mich allerdings, ob die Kürzung des Sterbegeldes tatsächlich sein musste. Eine Nullrunde für Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser kann nicht die alleinige Lösung sein und für den Osten – und das hat die Sozialministerin dieses Landes laut gesagt – kann sie es schon gar nicht sein.

Auch die Riester-Rente hat keine Entlastung gebracht. Im Gegenteil, die nun erhöhten Rentenbeiträge belasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land genauso wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Die Älteren haben Angst, dass ihre Renten nicht sicher sind, und

die Jüngeren, wir Jüngeren, fragen sich, ob es sich noch lohnt, in die Kasse einzuzahlen. Kann unter dieser Situation die Aufhebung des Generationenvertrages wirklich für uns die Lösung sein?

Drittens. Zu den Rahmenbedingungen unserer Politik zählt zweifellos die demographische Entwicklung in unserem Land. Einerseits werden bei uns glücklicherweise wieder mehr Kinder geboren, andererseits liegt die Sterberate noch immer höher als die Geburtenrate. Einerseits gehen wir restriktiv mit Zuwanderung von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern um, andererseits verlassen viele, viel zu viele junge wie alte Menschen Mecklenburg-Vorpommern. Die Gründe dafür, aber auch die Auswirkungen der Abwanderung sind vielfältig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie können nicht alles auf Berlin schieben, Frau Gramkow.)

Wir haben dies hier sehr, sehr thematisiert in der letzten Legislaturperiode. So wird etwa der Fachkräftemangel zunehmen und der Anteil der Älteren weiter steigen. Und ich frage uns: Können wir mit unseren politischen Mitteln diesen Prozess wirklich umkehren? Ist nicht die einzige Antwort darauf, Arbeit und Lebensperspektiven für alle, die hier leben wollen und hier auch arbeiten letztendlich?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Schöne Worte, aber wo sind die Taten? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Viertens. Die Erweiterung der Europäischen Union und der Beitritt Polens stehen vor der Tür. Auch wenn noch längst nicht alle Hürden genommen sind, sie wird kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

Mit einem einheitlichen Wirtschaftsraum wird es dann nicht getan sein. Die sozialen und kulturellen Herausforderungen sind von beiden Seiten gemeinsam zu gestalten. Ja, Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht, dies wird nur gelingen, wenn wir die Menschen mitnehmen und an diesem Prozess teilhaben lassen, nur mit den Deutschen, nur mit den Polen, mit den Esten und so weiter. Natürlich übersehen wir dabei Risiken nicht, die mit dem Beitritt insbesondere Polens verbunden sind. Aber sind die Chancen dieses Prozesses, die sich daraus ergeben, nicht viel größer?

Fünftens. Mit dem Solidarpakt und den Regelungen zum Länderfinanzausgleich ist der Finanzrahmen für Mecklenburg-Vorpommern abgesteckt und wir haben damit durch die Solidarität der Länder, des Bundes und auch der Europäischen Union Planungssicherheit erhalten. Durch die schwache Konjunktur – und auch dieses haben wir hier schon kräftig debattiert –, aber auch durch die Auswirkungen der Steuerreform haben wir drastische Einnahmeverluste. Die Massenarbeitslosigkeit und zunehmenden sozialen Verwerfungen führen zu steigenden Ausgaben. Herr Rehberg, warum haben Sie denn nicht einmal die Ursache dafür benannt, warum die Fälle im Sozialhilfebereich steigen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat er.)

Ich habe zugehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe auch zugehört.)

Sie sollten die Rede mal nachlesen, da steht davon nichts drin.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich sage noch einmal: Neben der wegbrechenden Einnahmen haben wir Mehrausgaben zu verkraften und das Land ist gezwungen, die Neuverschuldung zu erhöhen, was wiederum zu einer höheren Zinslast führt. Aber auch an schmerzhaften Kürzungen werden wir nicht vorbeikommen und das wird den Länderhaushalt genauso wie die Kommunalhaushalte treffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind schon betroffen in den Kommunen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen sie doch selbst.)

Unsere bisherige Politik als PDS und SPD, Konsolidieren und Gestalten, scheint so zur Gratwanderung zu werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Stagnieren und Verwalten würde ich das nennen.)

Die Einhaltung der Maastricht-Kriterien ohne die Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen und ohne europäischen Beschäftigungspakt entwickelt sich so zu einer Fessel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt ist Europa schuld. Erst war es Berlin und jetzt ist es Europa. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Sechstens. Und jetzt, Herr Riemann, ist es die CDU.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Zu unseren Rahmenbedingungen gehört nämlich auch,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Alles, was Sie nicht hinkriegen, daran sind wir schuld. Das ist prima.)

dass wir nach wie vor die Erblast von der CDU-Politik,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Von 40 Jahren DDR-Geschichte beseitigen, müssen Sie noch dazu sagen.)

von der Sie ja nichts mehr wissen wollen, tragen müssen. Und sie lastet schwer auf unseren Schultern, denn wir haben angefangen mit 7 Milliarden Euro an Landesverschuldung und jährlich über 400 Millionen Euro an Zinsen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben wir alle kräftig dran mitgewirkt. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir müssen die schwerwiegenden Fehler im Bildungswesen korrigieren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Oh!)

Und schauen wir uns an, was die damalige Regierung mit den Steuermitteln gemacht hat, als es noch finanzielle Freiräume gab!

(Wolfgang Riemann, CDU: Schulen und Straßen gebaut.)

Und ich frage Sie: Waren das Zukunftsinvestitionen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie Sie sehen, Feuerwehrhäuser.)

Sie scheinen Worte wie BESTWOOD, wie die Elbwerft in Boizenburg

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war Herr Backhaus. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und andere Fragen sehr schnell vergessen zu haben.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Es ist doch interessant, meine Damen und Herren, wie nur das Benennen von Rahmenbedingungen unserer Politik einige unserer Kolleginnen und Kollegen in Aufruhr versetzt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und da sind wir auch dran schuld, an der Sojafabrik hier in Schwerin, oder wie? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn das sind die Rahmenbedingungen, unter denen SPD und PDS angetreten sind, weiter in Mecklenburg-Vorpommern Politik zu gestalten. Und es gehört eben zur Ehrlichkeit dazu, die die CDU nach wie vor nicht gelernt hat, dass man diese auch so benennt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Udo Timm, CDU)

Und damit, das sage ich auch hier klar, stellen wir die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger, die Einsatzbereitschaft der Wirtschaft, der Vereine und Verbände eben nicht in Frage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Im Gegenteil, allen, die an der Entwicklung unseres Landes mitgearbeitet, mitgestritten und mitgekämpft haben, denen gebührt auch unser Dank.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihr ver-
braucht das lieber für euch selber. –
Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Noch ein bisschen! Macht sich gut fürs Protokoll.

Ich sage, im Gegenteil, allen, die an der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns mitgearbeitet haben, mitgestritten, mitgekämpft, gebührt hier unser Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Ute Schildt, SPD)

Die Menschen haben eine Antwort auf die Frage verdient, was Politik kann und was sie nicht kann.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und wie soll es weitergehen?)

Und das, was Politik kann, das fordern die Menschen von uns, soll auch getan werden. Die Koalition von SPD und PDS erlaubt sich dabei sogar auch noch einige Visionen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wo? Wo sind die Visionen?)

Und Herr Rehberg hat ja in dem von ihm nicht zitierten Zeitungsartikel getönt, diese Landesregierung hat keine Visionen für Mecklenburg-Vorpommern. Dass Sie sie nicht sehen, ach, Herr Riemann, das ist kein Wunder,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Ich habe extra die Brille aufgesetzt. –
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

denn unsere Visionen für Mecklenburg-Vorpommern sind eben nicht Ihre und damit können Sie im Koalitionsvertrag natürlich auch keine erkennen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern schaffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schönes Schlagwort!)

Wir wollen Frieden und soziale Gerechtigkeit sowie ein Klima der Toleranz und der Weltoffenheit, das Menschen integriert und Männer und Frauen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben lässt.

(Egbert Liskow, CDU: Alles klar.)

Und wir wollen weiterarbeiten, damit die Menschen bessere Chancen erhalten, sie gern hier leben und arbeiten und dass sie hier bleiben können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wo waren Sie
die letzten vier Jahre, Frau Gramkow?)

zum Glück in diesem wunderschönen Land. Und bei Ihren Zwischenrufen weiß ich nicht, wo Sie waren, wenn Sie hier waren.

(Beifall Lilly Wiebenson, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind
daran schuld, dass die Leute gehen.)

Die PDS wird dabei, bei der Politikgestaltung in Mecklenburg-Vorpommern eine eigene deutliche Handschrift in die Politik mit einbringen.

Und zu diesen Zeichen gehören erstens bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen für bestehende Unternehmen und für erfolgreiche Existenzgründungen. Das heißt für uns hohe Investitionen trotz schwieriger Haushaltslage. Dazu gehören zielgerichtete Finanzierungshilfen, um die Eigenkapitalschwäche abzubauen und den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind so
weit weg von der Realität, Frau Gramkow!)

Erstmals bekennen wir uns zu einer modernen Konversionspolitik, zur Stärkung von ehemaligen Militärstandorten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen sind die
Konversionsmittel auch nicht abgeflossen. –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Wenn ich weit weg bin, Herr Riemann, wie Sie eben einwarfen, von der Realität,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, reden Sie mal mit
den Existenzgründern! Gehen Sie mal mit den Existenzgründern zu einer Bank! Gehen Sie mal hin!)

dann lade ich Sie gerne zu den Beratungen ein, die ich in den letzten Tagen und Wochen und Monaten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen bezüglich der Umsetzung von Basel II

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können
Sie so was aber hier nicht erzählen, Frau
Gramkow! – Glocke der Vizepräsidentin)

und der neuen Finanzierungsrichtlinie mache. Ich lade Sie gerne ein, vielleicht können Sie da ein bisschen was lernen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die waren ziemlich enttäuscht von Ihnen.)

Es heißt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu setzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die waren enttäuscht.)

die Kulturwirtschaft in diesem Land stärker zu fördern, um die von der Landesregierung angekündigte Ausbildungs-offensive zur Fachkräftesicherung zu unterstützen, und natürlich dafür zu sorgen, dass jedem Jugendlichen in diesem Land ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und – Herr Dankert hat darauf verwiesen – das heißt auch für uns Tariftreue. Und da freuen wir uns auch auf die Debatte zum Tariftreuegesetz.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir auch. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Ja.)

Viele mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer wollen nach Tarif zahlen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie können es nur nicht, Frau Gramkow. Sie können es nicht, weil sie kein Eigenkapital haben und weil die Wirtschaft so ist, wie sie ist. – Heinz Müller, SPD: Sie wollen. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

sie wollen Jugendliche ausbilden, sie wollen qualifizierte Kräfte im Land halten. Und viele wollen sich doch glattweg auch ihrer sozialen Verantwortung im Lande stellen. Und um diese Unternehmerinnen und Unternehmer, um die müssen wir uns kümmern,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

diese müssen wir stärken.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und die PDS ist für gleiche Bedingungen im Wettbewerb, aber bitte schön auch bei den Lohnkosten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Zweitens. Es ist sehr einfach, den Wirtschaftsminister und den Arbeitsminister in eine Tüte zu stecken und zu meinen, das ist die Alternative für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

(Wolfgang Riemann, CDU: In die Tüte stecken und dann kräftig draufhauen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, meine Damen und Herren, die Struktur ist in dieser Frage nicht entscheidend. Auch wenn die PDS sich dafür eingesetzt hat, Arbeits- und Wirtschaftspolitikinstrumente zu bündeln. Wir konnten uns damit nicht durchsetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber schade.)

Das heißt aber nicht, dass Wirtschaftspolitik und moderne Arbeitsmarktpolitik, für die wir uns einsetzen in diesem Land, deshalb schlechter ist, im Gegenteil.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das wäre aber bei Herrn Holter alles besser in einer Hand aufgehoben. Ja, das ist so.)

Deshalb wird es mit uns eine moderne Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern geben. Und das heißt, wir brauchen weiter eine aktive Arbeitsmarktpolitik

(Beifall Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

und öffentlich geförderte Beschäftigung brauchen wir auch.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wir sind sogar davon überzeugt, dass öffentlich geförderte Beschäftigung zukünftig ausgebaut werden muss. Moderne Arbeitsmarktpolitik heißt deshalb für uns, alle Maßnahmen der Politik müssen sich daran messen lassen, ob sie Arbeitsplätze erhalten oder schaffen. Das Arbeits- und Strukturentwicklungsprogramm wollen wir weiterentwickeln, Entscheidungen vor Ort befördern, die Regionalisierung ausbauen und letztendlich den wirtschaftsorientierten Ansatz der Arbeitsmarktpolitik verstärken. Ich frage mich, was Sie eigentlich dagegen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie es tun würden, wäre es prima. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und es wird das Programm zur Jugend- und Schulsozialarbeit und den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Mecklenburg-Vorpommern weiter geben, ob es Ihnen passt oder nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und wir werden an gemeinwohlorientierten Projekten festhalten und Bewährtes fortführen. Dazu gehören Jugendbetriebe und alle Maßnahmen im Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“, die uns helfen, Jugendarbeitslosigkeit weiter abzubauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schaffen Sie erst mal Lehrstellen!)

Und Ihre Ignoranz, Herr Rehberg, öffentlich geförderter Beschäftigung gegenüber wird nichts daran ändern, dass dieses ein Teil von moderner Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bleiben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Drittens. PDS-Politik heißt Investitionen in die Köpfe

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

und besonders in kleine. Und deshalb heißt es für uns, Bildung und Erziehung in allen Kindertagesstätten auszubauen, einschließlich der inhaltlichen Ausgestaltung eines Vorschuljahres. Mit dem Schuljahresbeginn 2003/2004 wird dieses kostenlos eingeführt. Es umfasst täglich vier Stunden im Zeitraum von zehn Monaten. Und ich weiß nicht, warum diese Geldausgabe zum Beispiel für unsere Finanzministerin verlorenes Geld sein soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie?)

Wir wollen, dass Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten einen höheren Stellenwert bekommt und für alle Kinder dieses Landes Selbstverständlichkeit wird. Und deshalb bleibt es dabei, dass das kostenfreie Vorschuljahr kommen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Investitionen in Köpfe heißt für uns auch Investitionen in Schule. Das Programm zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung ist fortzuführen und, wenn es möglich

ist, auf die beruflichen Schulen dieses Landes auszuweiten. Es ist ignorant, dieser Landesregierung vorzuwerfen, sie hätte auf Unterrichtsausfall nicht reagiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hat sie doch auch nicht.)

Über 10 Millionen Euro mehr für Personalkosten und weit mehr als 300 zusätzliche Stellen innerhalb der Schulsysteme in Mecklenburg-Vorpommern zum Schuljahr 2002/2003 sind die Realität und nicht das, was Sie hier an die Wand gemalt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Im Übrigen rühren unsere Mehrausgaben genau von dieser politischen Entscheidung dieser Landesregierung her.

(Beifall Hannelore Monegel, SPD,
und Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir werden das Ganztagschulsystem ausbauen. Hier kommt uns dankenswerterweise die Bundesregierung mit ihrem Bundesinvestitionsprogramm zu nutze. Doch was nützt uns eine von außen vergoldete Schule als Ganztagschule, wenn drinnen vielleicht Mangel herrscht?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und was
sagen Sie zum Unterrichtsausfall?)

Insofern dürfen wir bei diesem Ansatz natürlich die Kommunen nicht alleine lassen,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn es um die qualitative Ausgestaltung von Ganztagsschulangeboten geht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bitte!
Fangen Sie an! Machen Sie!)

Sie hatten lange Zeit die Chance, Herr Dr. Jäger, Ganztagsschulangebote zu fördern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hier geht es
um die Unterstützung der Kommunen.)

Die 70, die wir jetzt haben, sind eindeutig auf dem Mist dieser Landesregierung gewachsen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Mir geht es um
die Unterstützung der Kommunen. –
Dr. Ulrich Born, CDU:
Der Unterrichtsausfall auch.)

Zu Investitionen in Köpfe und Schule gehört aber auch ein neues, ein besseres Lehrerbildungskonzept. Es muss den veränderten bildungspolitischen Anforderungen, wie diese Regierungskoalition sie im Hochschulgesetz, im Schulgesetz und zukünftig im Kindertagesstättengesetz formulieren wird, entsprechen. Wichtige Elemente bei der Lehrerbildung sind dabei für uns ein möglichst früher Praxisbezug der Studentinnen und Studenten, eine verbesserte unter anderem pädagogisch-didaktische Ausbildung schon im Grundstudium, eine Pflichtfortbildung sowie die Schaffung von Anreizen, Zusatzqualifikationen für Mangelfächer, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, zu erwerben.

Und wir wollen in Schule, dass Benachteiligte genauso wie Hochbegabte stärker gefördert werden. Ich persön-

lich bin sehr froh, dass wir doch darüber nachdenken, unsere Sportgymnasien zu Sporteliteschulen des Landes auszubauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay.)

Investitionen in die Köpfe heißt auch, in den Hochschulen und Universitäten mehr Eigenverantwortung wahrzunehmen, die wir ihnen gewährt haben. Das heißt, Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass sie dazu führen, dass unsere Hochschulen und unsere Universitäten ihren Spitzenplatz und die Studierenden, die abgeschlossen haben, ebenfalls ihre Spitzenleistungen in Deutschland behalten können. Dazu müssen wir Studienbedingungen verbessern, werden wir keine Studiengebühren zulassen und wir werden die Proteste der Studentinnen und Studenten ernst nehmen.

Investitionen in die Köpfe heißt auch – und verzeihen Sie, Herr Ministerpräsident, wenn ich das ein bisschen anders sehe –, Kultur und Kunst eben nicht nur als weichen, sondern als harten Standortfaktor in Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig, sehr
richtig. Dann macht mal schön! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Mutig.)

Viertens. Für die PDS heißt eine eigene Handschrift in Politik in Mecklenburg-Vorpommern soziale Standards sichern und soziale Gerechtigkeit ausbauen.

(Unruhe bei Siegfried Frieze, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Frieze,
nun meckern Sie mal nicht so!)

Herr Frieze, wenn Sie damit nichts anfangen können, ich könnte Ihnen das gerne definieren,

(Siegfried Frieze, SPD:
Das will ich gerne mal hören.)

aber meine Zeit ist etwas kurz.

Die PDS setzt sich dafür ein, soziale Standards zu sichern und soziale Gerechtigkeit weiter auszubauen. Das heißt für uns, weiter ganz intensiv um Mehrheiten zu ringen, damit es doch ein Landesgleichstellungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das heißt für uns, die Angleichung der Löhne und Gehälter, dass wir sie tatsächlich bewusst befördern und dem Stufenplan bis 2007 zustimmen. Das heißt für uns auch, keine Öffnungsklausel im Beamten- und Tarifrecht für die Länder zuzulassen. Das heißt auch, die Ost-West-Angleichung der Renten für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu befördern.

Wir werden das Landespflegegesetz novellieren und es im Sinne der Betroffenen ausgestalten. Bedarfsgerechte Beratungsangebote werden weiter vorgehalten und natürlich auch die Möglichkeiten des betreuten Wohnens erweitert. Dass Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken sind und die Förderung ihrer Strukturen, in denen für sie, mit ihnen, wo sie aber auch selber arbeiten können, dass diese stabilisiert werden muss, das haben heute zum Glück alle erklärt.

Und PDS-Profil heißt landwirtschaftliche Profile stärken. Deshalb muss das Innovationsprogramm nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien fortgeführt

und ausgebaut werden. Die Ökologisierung der Landwirtschaft – hier sind wir ja schon Spitze – sollte weiter gestaltet werden. Es sollte der Tierschutz als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden.

Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik, Verwaltungs- und Funktionalreform transparent gestalten, Demokratie und Toleranz leben und gestalten, das wären Punkte, die es auszuführen gilt, wenn die rote Lampe nicht leuchten würde. Deshalb unterbreitet die PDS zum Schluss ein Angebot an alle: Wir wollen Zusammenarbeit. Dieses Angebot geht an Gewerkschaften genauso wie an Unternehmen, an Vereine, an Verbände, auch an die Kirchen, an Angestellte und Arbeiter genauso wie an Beamtinnen und Beamte des öffentlichen Dienstes. Dieses Angebot geht auch an die Opposition. Wir sind dialogbereit im Interesse der besten Ideen und Alternativen für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen der PDS und SPD haben beantragt, die Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD „Industriefischerei“ auf Drucksache 4/46 von der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung zu nehmen. Hierüber lasse ich gemäß Paragraph 74 Ziffer 4 unserer Geschäftsordnung abstimmen.

Wer dem zustimmen wünscht, die Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/46 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Beratung des Tagesordnungspunktes 9 zum Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/46 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU von der heutigen Sitzung abgesetzt.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien, Drucksache 4/45.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
über den Schutz der Menschenwürde und den
Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien
(Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)
(Erste Lesung)
– Drucksache 4/45 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zeiten ändern sich – mit diesem Slogan wirbt zurzeit eine große Automobilfirma. Ich greife diesen Slogan auf und beziehe ihn auf unsere alltägliche Lebenswirklichkeit. Sie ist mehr denn je und immer mehr eine mediale Wirklichkeit, eben eine vermittelte. Und das fordert, das überfordert manchmal nicht nur uns Erwachsene. Wie viel mehr, so müssen wir uns fragen, dann unsere Kinder und Jugendlichen? Gewiss, unsere Kinder und sogar unsere Enkel sind ihren Eltern und Großeltern im routinierten Umgang mit der modernen Medientechnik meist überlegen. Doch ist es

auch so, wenn wir die Menge und die Art der Informationen betrachten, die auf uns einstürzen? Hier haben wir Erwachsenen mit Sicherheit eine verantwortungsvolle Aufgabe gegenüber den nachwachsenden Generationen.

Die Menge der auf uns einstürzenden Bilder, Töne und Informationen ist das eine. Das andere sind problematische Inhalte, vor allem Gewaltdarstellungen jeglicher Art. Welche Gefahren, ja Katastrophen und welches menschliche Elend uns drohen können, wenn sich Kinder und Jugendliche vor dem Fernseher, vor dem Computerbildschirm, womöglich noch vor gewaltverherrlichenden Spielen, Videos und Filmen mehr oder weniger freiwillig abkapseln und vereinsamen, wissen wir spätestens seit dem Amoklauf von Erfurt. Mit Entsetzen erinnern wir uns auch an die Amokläufe der vergangenen Jahre in anderen Ländern, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Unter dem Eindruck solcher Tragödien verhandeln Bund und Länder schon seit längerer Zeit über einen einheitlichen Jugendschutz in den Medien. Nun soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zusammen mit einem Jugendschutzgesetz des Bundes am 1. April des nächsten Jahres in Kraft treten, das vor kurzem den Bundestag und den Bundesrat passiert hat.

Meine Damen und Herren! Der Entwurf unseres gemeinsamen Gesetzes steht heute im Landtag zur Überweisung an. Ich bitte Sie um zügige Beratung unseres Entwurfes. Ich möchte Ihnen die wesentlichen Aspekte des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages der Länder kurz erläutern. Beide, dieser neue Staatsvertrag und das Jugendschutzgesetz des Bundes, legen einen einheitlichen Schutzstandard fest. Vor allem sollen die einzelnen Zuständigkeiten klar definiert und eindeutig zugewiesen werden.

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbleibt es bei der gegenwärtigen Regelung, wonach die Rundfunkanstalten und hier insbesondere die Jugendschutzbeauftragten und die Gremien für den Jugendschutz zuständig sind.

Für den Privatrundfunk und die Teledienste, also im Wesentlichen für das Internet, wird ein System eingeführt, wonach nach dem Prinzip der freiwilligen Selbstkontrolle lizenzierte Einrichtungen der Veranstalter über die Zulässigkeit von Sendungen und Angeboten entscheiden. Solche Entscheidungen sollen nur dann durch die Landesmedienanstalten beziehungsweise eine neue Kommission für den Jugendschutz überprüft werden können, wenn der Beurteilungsspielraum überschritten wird. Der Bund regelt die so genannten Trägermedien wie Bücher, CDs, CD-ROMs, Videos et cetera. Hier nimmt eine Bundesprüfstelle die Aufgabe wahr, die Vorschriften des Jugendschutzes zu überwachen.

Meine Damen und Herren! Der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag möchte den einheitlichen Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor angebotenen elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien sicherstellen, die deren angemessene Entwicklung und Erziehung beeinträchtigen oder gefährden. Dazu unterscheidet der Vertrag unzulässige Angebote und entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte. Zur Entwicklung und Definition von Kriterien sowie zur Überwachung der so genannten Medien wird die neue Kommission für Jugendmedienschutz – KJM – geschaffen.

Meine Damen und Herren! Die Argumente für einen zeitgemäßen Jugendschutz sind mehr als überzeugend. Sie

sind meines Erachtens zwingend und ich bitte Sie deshalb um zügige Beratung des Entwurfes. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Gräueltat von Erfurt ist uns allen noch vor Augen – der Schütze, der seine Opfer wie in einem Computerspiel abballerte. Das Entsetzen und die Ratlosigkeit waren in ganz Deutschland groß. Wir haben uns alle die Frage gestellt, woher diese Gewaltbereitschaft kam. Woher kam dieser Antrieb zum Morden, für den es keinen politischen oder gesellschaftlichen Hintergrund gab? Woher diese unendliche Gewaltbereitschaft? Untersuchungen der Staatsanwaltschaft ergaben, dass der Täter in seiner Freizeit gern ein besonders gewalttätiges Ballerspiel spielte, welches das Abknallen von Menschen auf dem Bildschirm zum Inhalt hatte. Das Internet hatte dem Jugendlichen ein Forum gegeben, seine Mordabsichten bekannt zu machen und sich auch noch dort nach seinem Tod zu „rechtfertigen“.

Dieses besonders drastische Beispiel des Amokläufers macht deutlich, welche Auswirkungen der unkontrollierte Umgang mit Medien haben kann. Wir brauchen deshalb einen wirksamen und umfassenden Schutz der Jugendlichen vor Gewalt. Bereits ein Jahr vor dem Amoklauf von Erfurt hatten die Länder die Notwendigkeit einer Neuregelung des Jugendmedienschutzes erkannt. Die Gesetzeslücken, die durch das neue Medium Internet aufgetaucht waren, sollten geschlossen werden. Hauptziel war es, die Zuständigkeitsbereiche zwischen Bund und Ländern neu zu definieren. Dies ist gelungen. Der Bund hat künftig die Zuständigkeiten der so genannten Trägermedien, also für CDs, DVDs, Bücher, den so genannten Offlinemedien. Den Ländern kommt künftig die Zuständigkeit für die Telemedien zu, das heißt auch für alle neuen Medien.

Mit dem Staatsvertrag ist es auch gelungen, gleiche materiell-rechtliche Bestimmungen im Jugendschutz bei den Privaten und den Öffentlich-Rechtlichen zu setzen. Die ARD-Anstalten und das ZDF werden weiterhin vom Rundfunkrat kontrolliert. Die privaten Sender unterstehen nunmehr der 12-köpfigen KJM – Kommission für Jugendmedienschutz –, die aus Vertretern des Jugendschutzes der Landesmedienanstalten, der obersten Landesbehörden und der obersten Bundesbehörden besteht.

Die CDU von Mecklenburg-Vorpommern sieht die gemeinsame Kontrolle von Bund und Ländern in der Kommission als positiv an. Private Anbieter von Fernsehen und Internet können ihre Seiten künftig einer freiwilligen Selbstkontrolle unterwerfen. Das ist im Bereich des Fernsehens bereits erprobt. Fraglich ist hier, ob sich dieses System auch so ohne weiteres auf das Internet übertragen lässt.

Es ist sicherlich die größte Herausforderung, einen geeigneten Jugendschutz fürs Internet zu entwickeln. Die

neuen Vorschriften sehen vor, dass Jugendliche nicht mehr auf alle Seiten im World Wide Web Zugriff haben. Ihnen soll vor allem auf besonders gewaltverherrlichende oder pornographische Seiten der Zugriff verweigert werden. Hier, meine Damen und Herren, ist nun die Technik gefragt, Filter zu entwickeln, die die unerwünschten Seiten providerartig unterdrücken. Das ist im erforderlichen Maße umzusetzen. Es ist schwierig, aber dringend erforderlich, um Jugendliche zu schützen. Hier sind einfache Konzepte gefragt, die leicht zu installieren sind und besonders an öffentlichen Internetzugängen funktionieren, wie zum Beispiel mit Chipkarten, auf denen die notwendigen Daten des Nutzers gespeichert sind.

Meine Damen und Herren, zufrieden stellende technische Lösungen für dieses Problem sind noch nicht gefunden worden. Eine Verbesserung im Jugendmedienschutz sehen wir in der nun verpflichtenden Alterskennzeichnung von Computer- und Bildschirmspielen, ähnlich Kino- und Fernsehfilmen. Nachgewiesen ist, dass besonders die so genannten Ballerspiele die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen fördern. Wir glauben nicht, dass man durch die Freigabe solcher Spiele erst in einer bestimmten Altersgruppe den Missbrauch stoppen kann, aber man kann verantwortungsbewussten Eltern eine Handhabe geben, das richtige altersangemessene Spiel für die Kinder und Jugendlichen zu finden.

Neben dem Schutz der Jugendlichen vor Gewaltdarstellungen soll der Vertrag auch die Versuchung von Tabak und Alkohol regeln und damit die neue EU-Fernsehrichtlinie umsetzen. Mit der fröhlichen Baccardi-Strandparty oder dem unabhängigen, naturverbundenen Marlboro-Mann darf demnächst nicht mehr vor Filmen mit der Freigabe für unter 16-Jährige geworben werden. Der Nutzen eines solchen Werbeverbots ist zumindest fraglich. In unseren Augen ist es der falsche Weg, um Suchtabhängigkeiten zu verhindern. Vielmehr sind hier gezielte Programme zur frühen Aufklärung und zur frühen Suchtbekämpfung gefragt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz dieser Kritik am Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sprechen wir uns für eine Annahme aus. Jugendschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hat Bundesministerin Bergmann gesagt. Dem stimmen wir zu. Mit dem neuen Staatsvertrag hat die Politik gute und sinnvolle Richtlinien geschaffen, die dazu geeignet sind, Jugendliche zu schützen, ohne sie zu bevormunden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Frieze von der Fraktion der SPD.

Siegfried Frieze, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat darum gebeten, dass in den Ausschüssen dieser Gesetzesentwurf zügig beraten wird. Nach der Rede, die ich soeben vom Fraktionsvorsitzenden der CDU gehört habe, gehe ich davon aus, dass uns dieses gelingen wird und der Vertrag rechtzeitig in Kraft treten kann.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch folgende kurze Anmerkungen dazu machen. In den Industriestaaten ist es heute für jedermann möglich, von den Medien Gebrauch zu machen, und im Unterschied zu der

Zeit vor 20 Jahren kann heute auch jedermann Medien und Botschaften aussenden, meist über das Internet.

Ich erinnere mich noch an die 70er Jahre, als zuerst die technische Möglichkeit auftrat, dass man grenzüberschreitend Medien verbreiten kann, vor allen Dingen in Rundfunk, Radio und Fernsehen, und wie diese Möglichkeit von den einen befürchtet wurde, weil damit die Informationshoheit gefährdet war, wie sie es nannten, auf der anderen Seite aber von vielen begrüßt wurde, weil damit ein Zugewinn an Informationen über die vom Staat verordneten Informationskanäle hinaus möglich war.

Ich begrüße diese technischen Neuerungen, die wir heute haben, ausdrücklich, sage aber auch, mit diesen Neuerungen ist ein Gewinn an Freiheit verbunden, an Freiheit sowohl für die Nutzer, aber auch an Freiheit für Anbieter. Und dieses ist dann nicht immer ganz unproblematisch, denn wir wissen alle, die Medien können von Anbieterseite heute auch zum Verbreiten von Nachrichten genutzt werden, die mitunter in den Köpfen von Menschen mehr Schaden anrichten können, als dass sie ihnen helfen, sich in der Welt zurechtzufinden.

Es wurde schon gesagt, wir erinnern uns des Anstoßes zu diesem Gesetz. Es waren die schrecklichen Ereignisse in Erfurt, als in einer Schule von einer Waffe fürchterlicher Gebrauch gemacht worden ist. Im Ergebnis dieses Ereignisses hat dann der Bundeskanzler die Vorsitzenden der Rundfunkanstalten eingeladen und mit ihnen gemeinsam beraten, was man denn tun kann, damit man – soweit man das mit Aufsichtspflichten tun kann – dem Verbreiten von jugendgefährdenden Sendungen entgegenzutreten kann.

Das Ergebnis dieser Beratung und der Bereitschaft der Ministerpräsidenten, sich dieses Themas aktiv anzunehmen, ist der uns vorliegende Gesetzentwurf. Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Gesetzentwurf ebenso wie die CDU-Fraktion. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir diesen künftig zügig im Innenausschuss beraten werden.

Lassen Sie mich aber diese kurze Anmerkung noch machen: Ich glaube, jede Gesellschaft ist schlecht beraten, wenn sie sich darauf verlässt, den Schutz von Jugendlichen und den Schutz der Menschenwürde auf dem Verordnungswege in den Griff zu bekommen. Dieses wird immer nur in Teilfragen möglich sein. Solange wir nicht in der Lage sind, die Familien in den Stand zu versetzen, dass die Kinder es in den Familien lernen, mit Medien verantwortungsbewusst umzugehen und darüber hinaus über die Medien auch Wertmaßstäbe zu entwickeln, die für ihr eigenes Verhalten wichtig sind, werden wir das grundsätzliche Problem, dass Jugendliche mitunter Dinge tun, die wir alle nicht wollen, nicht lösen können.

Dieser vorgelegte Medienstaatsvertrag ist ein Teil, der uns hilft, dieses Problem zu lösen. Wir dürfen aber die Frage, welche Informationen wir einer Gesellschaft zur Verfügung stellen und wie diese von wem benutzt werden können, nicht allein Verordnungen überlassen. Hier müssen wir sehr stark an die Familien appellieren. Ich bitte Sie, dieses mit nach draußen zu tragen.

Diesen Antrag unterstützen wir, aber wir dürfen es in den von mir angesprochenen Fragen nicht bei diesem Antrag belassen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Friese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insgesamt fünf Gründe sprechen für diesen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.

Da ist zum Ersten festzuhalten, dass der vorliegende Staatsvertrag dem Ziel dient, das Jugendschutzrecht transparenter zu machen, und mit diesem vorliegenden Staatsvertrag das auch gelungen ist, denn das Internet verdeutlicht, was Jugendarbeiter und Lehrer im Fall von Drogen und Alkohol in den zurückliegenden Jahren immer wieder feststellten: Verbote allein lassen sich kaum noch durchsetzen. Dieser Staatsvertrag soll im Zusammenhang mit dem Jugendschutzgesetz, das ja auch kürzlich im Bundestag verabschiedet wurde, bessere Voraussetzung für die Umsetzung des Jugendschutzes sein.

Zweitens. Die vorliegende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern beinhaltet eine Ausweitung auch der Zuständigkeiten der Länder im Bereich des Jugendmedienschutzes. Die Länder sind demnach künftig auch im Internet für den Bereich des Jugendmedienschutzes mit zuständig. Und diese Regelung führt zu einer stringenteren Aufsichtsstruktur in diesem Bereich. Erstmals konnten sich mit diesem vorliegenden Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nämlich der Bund und die Länder auf eine Abgrenzung ihrer Kompetenzen in Medienbereichen einigen. Damit wird man näher an das Ziel herankommen, den Jugendschutz im Rundfunk, in den Telemedien und den Mediendiensten sicherzustellen, also in Medienbereichen, die hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Anbieterstruktur, ihrer Arbeitsweise und in ihrer Finanzierung nicht unterschiedlicher sein können.

Und auch die im Staatsvertrag enthaltene Auffassung, dass Rundfunk und Telemedien als konvergent zu betrachten und einheitlich zu kontrollieren sind, ist meines Erachtens zukunftsorientiert und wird in der Umsetzung dieses Jugendmedienschutz-Staatsvertrages zu positiven Ergebnissen führen.

Drittens. Soweit es um Programminhalte geht, werden Kinder und Jugendliche insbesondere besser vor Gewaltdarstellungen und Pornographie geschützt. Mit dem vorliegenden Vertrag wird zwischen unzulässigen und entwicklungsbeeinträchtigenden Angeboten unterschieden. Ihre Klassifizierung wird vorgenommen, obwohl auch Kritiker sagen, dass mit den vorgesehenen Formulierungen nach wie vor nicht alle möglichen Fälle gedeckt sind.

Viertens. Besondere Bedeutung kommt der innovativen Regelung der Aufsicht zu. Erstmals werden in Deutschland die Unternehmen der Medienwirtschaft selbst in die Überwachung der gesetzlichen Vorgaben mit einbezogen. Es werden mit diesem Vertrag Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle entstehen, die von den Medienunternehmen gebildet werden. Sie sollen künftig vorrangig für die Prüfung der Angebote zuständig sein. Dass diese Einrichtungen einem Zertifizierungsverfahren unterliegen, für das dann die zu schaffende Kommission für Jugendmedienschutz zuständig ist, ist meines Erachtens und auch aus Sicht der PDS-Fraktion eine tragfähige, zukunftsfähige Lösung.

Fünftens. Die Landesmedienanstalten und damit auch unsere Landesrundfunkzentrale können durch zusätzliche Satzungen und Richtlinien die gesetzlichen Vorgaben des Staatsvertrages ausfüllen. Sie sind für den Vollzug von

Einzelentscheidungen der Kommission für Jugendschutz zuständig und wirken durch ihre Direktoren in dieser Kommission mit.

Ja, meine Damen und Herren, Jugendschutz kann nur staatlich vollzogen werden, doch der Staat kann keinen vollständigen Schutz bieten. Der wohl wirklich beste Schutz ist eine hohe Medienkompetenz der Kinder und der Erwachsenen. Eine Zigarette oder ein Glas Wein kann man genießen, man kann sie aber eben auch anders gebrauchen, als Droge.

Entscheidend ist also die Frage des Umgangs, die Frage der Kompetenz. Dies trifft eben auch für die Medien zu. Es geht also auch immer bei der Medienkompetenz darum, mit Angeboten von Medien kompetent umzugehen. Das gelingt am ehesten, wenn man selbst eine Web-Page, einen Radiobeitrag erstellt oder einen Videofilm gedreht hat. Es geht also auch um handlungsorientierte Medienarbeit, die vor allem an den Schulen angeboten werden soll.

Das aber, meine Damen und Herren, wird nicht über ein Gesetz geregelt. Und dabei müssen sich Bund und Länder nicht einigen. Hier können die Länder, also auch wir, viel machen in den Schulen und Kindertagesstätten, an unseren Hochschulen, in den Jugendeinrichtungen. Hier sind Schulverwaltung und Landesrundfunkzentrale stärker als bisher gefordert, auch im Zugehen auf die Lehrerinnen und Lehrer. Denn oftmals beherrschen ja wohl die Schülerinnen und Schüler das Internet besser als die, die sie unterrichten.

Die Hardware wird mit der weiteren Umsetzung des Zukunftsfonds und der Ausstattung der Schulen mit Computertechnik weiter ausgebaut. Es geht also auch um die Frage, was dann an unseren Schulen mit der vorhandenen Hardware passiert. Von daher gibt es also aus meiner Sicht in Umsetzung auch dieses Staatsvertrages, dem die Fraktion der PDS zustimmen wird, Handlungsbedarfe, die sich ableiten in dem Bereich unseres Landes, in den Schulen und Kindertagesstätten sowie Hochschulen.

Noch eine Bemerkung möchte ich machen an die Adresse unserer Landesrundfunkzentrale, die ja sozusagen die Medienaufsicht hier im Lande darstellt. Auch jetzt sind Fragen des Jugendschutzes in den Medien unseres Landes zu berücksichtigen. Das, was man manchmal über den Äther empfängt, hat mit wirklichem Jugendschutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdung nichts zu tun. Ich möchte an dieser Stelle unsere Landesrundfunkzentrale auffordern, hier mehr die Kontrolle, die sie gesetzlich erledigen soll, wahrzunehmen

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und die Auseinandersetzung mit den Veranstaltern bei Verstößen gegen den Kinder- und Jugendschutz auch tatsächlich zu führen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/45 zur Beratung an

den Innenausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** a) Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/58, und b) Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/59.

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2
des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen,
Bitten und Beschwerden der Bürger sowie
über den Bürgerbeauftragten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und
Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)
– Drucksache 4/58 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2
des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen,
Bitten und Beschwerden der Bürger sowie
über den Bürgerbeauftragten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und
Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)
– Drucksache 4/59 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/58, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung und der Fraktion der CDU angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/58 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 4/59 abstimmen.

Ich rufe auf die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses. Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/59, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich

um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung und der Fraktion der CDU angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/59 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses einstimmig angenommen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Zusatztagsordnungspunkt 1** auf: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes, Drucksache 4/77, in Verbindung mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes, Drucksache 4/85(neu).

**Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Landespflegegesetzes (1. Landespflege-
änderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/77** –

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Landespflegegesetzes (1. Landespflege-
änderungsgesetz – 1. LPflegeÄndG)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/85(neu)** –

Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sind gewählt worden, um politische Entscheidungen zu treffen, die den Menschen in unserem Land Berechenbarkeit und Geborgenheit im Leben ermöglichen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind gewählt worden, um Entscheidungen zu treffen, die seelische Verunsicherungen ausschließen beziehungsweise ausräumen. Ein solcher Anspruch verbindet sich mit dem Entwurf eines Landespflegeänderungsgesetzes, den ich für die Fraktionen der SPD und PDS hier einbringen darf.

Als PDS-Politiker bedauere ich, dass es zu einer Phase der Verunsicherung gekommen ist, in der Heimbewohner, Angehörige sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Heimen Sorgen über die weitere bezahlbare Gewährleistung der Pflege hatten. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch eine Meldung richtig stellen: Ein Versäumnis einzuräumen ist keine Kritik an der Sozialministerin Linke, die erst seit wenigen Tagen im Amt ist. Das Versäumnis einzuräumen ist vor allen Dingen eine Selbstkritik, und da fasse ich mich an die eigene Nase, denn nach Artikel 20 der Landesverfassung ist der Landtag die Stätte der politischen Willensbildung und die Landesregierung ist nach Artikel 41 der Landesverfassung an der Spitze der vollziehenden Gewalt. Es ist also so, wir sind die Gesetzgeber und wir sind angefragt und haben das Heft des Handelns in der Hand zu halten.

Der Entwurf von PDS und SPD ist eine entschlossene Antwort auf die bestehende Situation:

1. Wir schaffen Rechtssicherheit bei der Finanzierung der Pflegeeinrichtungen über den 31. Dezember diesen Jahres hinaus.
2. Wir geben Gewissheit, dass es nicht wie befürchtet zu ansteigenden Heimunterbringungskosten wegen fehlender Rechtsgrundlage kommt.
3. Wir beachten die derzeitigen und absehbaren Bedarfe.
4. Wir berücksichtigen die Notwendigkeit einer konsequenten Umstellung der Förderung von Pflegeeinrichtungen.
5. Wir nehmen höchststrichterliche Urteile – so das Bundessozialgerichtsurteil vom 28. Juni vergangenen Jahres – konstruktiv auf.

Der Gesetzentwurf ist eine entschlossene Ansage. Heute und innerhalb der nächsten sechs Monate werden wir die Weichen für die Zukunft der Pflege in unserem Land stellen. Wir werden abgehen von der Praxis, in Objekte, also in leblose Gegenstände zu investieren. Wir wollen die Heimbewohner als Subjekt des Geschehens zukünftig direkt fördern.

Warum ist dies notwendig? Mecklenburg-Vorpommern verfügt seit Februar 1996 über ein Landespflegegesetz, in dem die einzelnen Formen der Förderung von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten geregelt sind. Die Laufzeit dieses Gesetzes wurde an die Geltungsdauer des Artikels 52 des Sozialgesetzbuches XI angepasst. Bislang haben sich auf dieser Grundlage Bund, Land und Kommunen die Investitionsförderung geteilt. So konnte der Großteil der 183 Heime in unserem Land neu gebaut, umgebaut oder erweitert werden. Über 486 Millionen Euro wurden investiert und nunmehr leben fast 15.000 Menschen in unserem Land in modernen und behaglichen Heimen.

Die Bundesebene zieht sich in absehbarer Zeit aus der Mitfinanzierung der Pflegeeinrichtungen zurück. Regelungen zur landesseitigen Förderung sind bis zum 31.12. dieses Jahres befristet. Unser Gesetzentwurf nimmt darauf Rücksicht und erfüllt sozusagen eine Brückenfunktion. Die Brücke reicht von der jetzigen Regelung und sichert die bestehenden Verbindlichkeiten der Heimträger. Es wird der Bogen zu einer neuartigen Förderung geschlagen und dieser erfüllt einen Gerechtigkeitsbedarf. Zum einen besteht dieser darin, zukünftig ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege gleichberechtigt zu behandeln – das entspricht auch dem Bundessozialgerichtsurteil, von dem ich bereits gesprochen habe –, und zum anderen warten in unserem Land zurzeit circa 2.500 Menschen auf einen Heimplatz, denen gegenüber wir eine Fürsorgepflicht haben. Der Gesetzentwurf beinhaltet die Förderung der Nutzung von Gebäuden bis zum 31.12.2003 und die Förderung kurzzeitig nutzbarer Anlagen, zum Beispiel Pkw und Ähnliches, bis zum 30.06.2003. Wir unterscheiden zwischen Einzel- und Pauschalförderung, weil wir den Herausforderungen seriös begegnen müssen.

Wenn die Förderkulisse die gleiche bliebe und die Ressourcen in unserem Land wie früher vorhanden wären, könnten wir das bestehende Gesetz zeitlich linear fort-schreiben. Das schlägt uns nachher der Herr Glawe von der CDU vor. Die Bedingungen haben sich jedoch geändert. Nehmen wir – so sagen wir seitens SPD und PDS –

lieber das Geld in die Hand, das wir 2003 bereits eingestellt haben, und gewährleisten damit und mit dem bis zum Sommer zu erstellenden endgültigen Gesetzeswerk ein langfristig tragfähiges Fördermodell. Hierfür möchten wir werben und bitten um die Überweisung in den Sozialausschuss und in den Finanzausschuss. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das Landespflegegesetz steht zur Novellierung an. Ich will darauf verweisen, dass dieses Landespflegegesetz sechseinhalb Jahre lang existierte und als Gesetz vorhanden war, das heißt natürlich mit Fristablauf jetzt zum 31.12. diesen Jahres.

Was will ich damit sagen? Also, die Landesregierung hatte mindestens sechs Jahre Zeit,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

sich darauf vorzubereiten, ein neues Gesetz vorzulegen – rechtzeitig vorzulegen! –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

und dem Landtag zuzuleiten. Das ist, aus welchen Gründen auch immer, versäumt worden, und zwar gilt das für den ambulanten, teilstationären und stationären Bereich im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Wie war die Geschichte? Bis zum Jahr 1994 wurden von Privatinvestoren Pflegeheime gebaut. Danach gab es durch die CDU das initiierte Bundespflegegesetz oder das Blühm'sche Gesetz, das letzten Endes auch dazu geführt hat, dass ein Artikel 52 in besonderer Weise für die neuen Bundesländer eingerichtet worden ist, um den Nachholbedarf in den neuen Ländern schnellstmöglich zu erreichen. Herr Koplin hat vorhin die Zahlen vorgetragen. Wir haben also 183 Heime und über 10.000 sanierte oder neu gebaute Pflegeeinrichtungen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Das ist die eine Seite.

Was ist aber 1996 passiert? Auf der einen Seite gab es, sage ich mal, ein Gebäude A, das über eine alte Investition privat finanziert worden ist, und es gab ein Gebäude B, das über Artikel 52 finanziert wurde. Im Gebäude B wurden die Heimbewohner mit den Investitionskosten nicht belastet. Im Gebäude A hätten, wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern diese Investitionskosten nicht übernommen hätte, die Heimbewohner diese Mittel zahlen müssen. Das sind Beträge zwischen 45 und 15 DM pro Tag gewesen. Anders ausgedrückt: Heute, nachdem die Regierung und auch die Koalitionäre weitestgehend wohl erst nicht verstanden hatten, worum es ging, nachdem die Wohlfahrtsverbände und die Träger Krach geschlagen haben, wissen sie, dass es darum ging, dass die Heimkosten für den Bewohner teuer wurden, und zwar ging es um Beträge bis zu 500 Euro pro Monat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das hätte immerhin 5.600 Bürgerinnen und Bürger, die in den Pflegeheimen im Land untergebracht sind und dort

ihren verdienten Lebensabend verbringen, getroffen. Wenn jetzt also die Dinge widerspruchsfrei gelaufen wären, hätte das SGB XI gegriffen und es wäre Folgendes passiert: Die Familien hätten sozusagen einen Offenbarungseid gegenüber dem Sozialamt leisten müssen, ob sie finanzieren können oder nicht finanzieren können. Wenn sie nicht hätten finanzieren können, hätte es zur Belastung der Landkreise geführt und damit wären erneut die Sozialkassen in ihren Bilanzen belastet worden. Das wäre die Konsequenz.

Und um dieses zu verhindern, hat sich die CDU-Landtagsfraktion entschlossen, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der ambulante, teilstationäre und stationäre Investitionsförderungen fortschreibt, und zwar deswegen, weil der Gesetzgeber es versäumt hat, dem Landtag ordnungsgemäß ein Gesetz zuzuleiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Landesregierung! Die Landesregierung!)

Die Landesregierung, richtig, die Landesregierung.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

Und ich sage mal, Frau Bunge war vier Jahre Ministerin. Man hätte, als man das Landespflegegesetz behandelt hat, auch mit dem Landespflegeplan eigentlich darauf kommen müssen, dass das Landespflegegesetz ausläuft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Der Landespflegeplan ist ja auch seit zwei Jahren überfällig, wird im Finanzministerium blockiert. Die Frage ist, warum.

Also, meine Damen und Herren, vor uns stehen spannende Stunden. Wir als CDU stehen dafür, dass wir ein Landespflegegesetz bekommen, das die Heimbewohner schont,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und dass vor allen Dingen aus unserer Sicht auch die ambulante Pflege

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

nicht sofort zum Opfer gebracht wird, dass also die Landkreise nicht nur eine freiwillige Leistung erbringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Denn wir müssen auch bei diesem Gesetzgebungsverfahren alle Betroffenen ordentlich anhören. Das können wir heute nicht in einer Stunde tun, wenn die Regierung sechs Jahre lang

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gepernt hat.)

geschlafen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, letzten Endes, wir als CDU sind bereit, diesen Fehler zu heilen. Und ich hoffe, Frau Ministerin, auch an Sie gewandt, dass Sie nicht noch mal erklären, dass Sie kein Gesetz brauchen, dass Sie ja Geld im Haushalt haben, denn es kann ja nicht sein, dass Sie Ihre Beamten und Ihre Angestellten sozusagen zum Rechtsbruch aufrufen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Torsten Koplin, PDS: Das hat
sie doch gar nicht gesagt.)

indem Fördermittelbescheide ausgestellt werden, die
keine gesetzliche Deckung haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist
nicht die Aussage von Frau Linke.)

Das können Sie ja nachlesen in Ihren Presseerklärun-
gen von Ende November. Da sind mehrere Presseer-
klärungen gleichlautend von SPD, PDS und aus Ihrem
Hause gekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Zum
Anfang darf sie Fehler machen.)

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr
Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Rede-
zeit von bis zu fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Ich
sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so be-
schlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der
SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen
und Herren Abgeordnete! Bei fünf Minuten Redezeit will
ich sehen, dass ich schnell durchkomme.

Ich denke, es gibt zwischen uns Konsens, dass wir hier
heute eine Notoperation am Landpflegegesetz durch-
führen müssen, um wesentliche Regelungen am Leben zu
erhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich will kurz noch ein bisschen ausholen, um zum bes-
seren Verständnis beizutragen.

Vor In-Kraft-Treten des Pflegeversicherungsgesetzes
auf Bundesebene waren über 90 Prozent aller Heimbe-
wohner von Sozialhilfe abhängig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das lag daran, dass Vollkostenkalkulationen durchge-
führt worden sind, die letztendlich so von keinem zu
bezahlen waren und dazu führten, dass entweder die
Betroffenen selber oder die Angehörigen diese Kosten
aufzubringen hatten. Durch In-Kraft-Treten des Pflegever-
sicherungsgesetzes fand insofern ein Paradigmenwech-
sel statt, als dass man aufgeteilt hat. Man hat gesagt, im
Grunde genommen gibt es die Kosten für die Pflege, die
zahlt die Pflegekasse, und es gibt die Kosten für die
Unterbringung, für Essen, Trinken und dergleichen, die
muss im Grunde genommen der Betroffene selber zahlen.
Das ist der Punkt, der vorwegzustellen ist.

Eine weitergehende Regelung ist über die Landespfle-
gegesetze getroffen worden. Das heißt, das Pflegeversi-
cherungsgesetz sieht vor, dass die Länder eigene Rege-
lungen zu treffen haben. Das hat das Land Mecklenburg-
Vorpommern getan und es hat etwas ergänzt. Das
Pflegeversicherungsgesetz hat gesagt, wir fördern in den
neuen Bundesländern Einrichtungen der teilstationären
und stationären Pflege in besonderem Umfang, weil es
hier Nachholbedarf gibt. Da sind Zuwendungen des Bun-

des in Größenordnungen von 75 Prozent für jede Einzel-
maßnahme bei den Investitionen gezahlt worden, aber
eben halt nur für die Einrichtungen, die nach In-Kraft-Tre-
ten des Bundespflegeversicherungsgesetzes moderni-
siert beziehungsweise gebaut worden waren.

Jetzt gab es aber eine ganze Reihe von Einrichtungen,
die zu einem früheren Zeitpunkt errichtet worden sind, das
heißt, wo die Investitionskosten am Kapitalmarkt aufge-
nommen worden sind und früher über die Pflegesätze
umgelegt wurden. Hier war Hilfe notwendig, das heißt,
man verständigte sich im Rahmen des Landespflegege-
setzes auf eine Schuldendienstunterstützung. Die Einrich-
tungsträger wurden bei ihrem Schuldendienst unterstützt
beziehungsweise erhielten Zuwendungen für Mietleistun-
gen, die sie zu tragen hatten. Das ist die nach meinem
Dafürhalten wesentliche Regelung im Landespflegege-
setz. Da kamen noch ein paar andere Sachen zu, wie
diese Investitionspauschalen beispielsweise für den am-
bulanten Bereich.

Wenn man sich jetzt die Gesetzentwürfe der CDU auf
der einen Seite und der PDS/SPD auf der anderen Seite
anguckt, dann muss man Folgendes sagen: Im Grunde
genommen wollen alle in die gleiche Richtung, aber es
gibt Unterschiede. Und wir kaprizieren uns mit unserem
Gesetzentwurf auf zwei wesentliche Punkte, dass wir
sagen, wir müssen auf der einen Seite das Thema Schul-
dendienst regeln, damit nicht das passiert, was hier mehr-
fach beschrieben wurde, dass nämlich Betroffene in Höhe
von mehreren Hundert Euro mehr belastet werden. Das ist
der eine Punkt dabei. Und der zweite Punkt ist, man muss
die Investitionspauschale für geringfügigere Anschaf-
fungsgüter oder Anschaffungsgüter mit einer geringeren
Nutzungsdauer auch verlängern. Wir sagen, wir schreiben
die Schuldendiensthilfe bis zum 31.12.2003 fort und wir
verlängern die Investitionspauschale für laufende Einrich-
tungen bis zum 30.06.2003.

Das hat zwei Gründe: Auf der einen Seite möchten wir
das Gesetzgebungsverfahren beschleunigen, denn wir
brauchen dringend eine Novellierung des Landespflege-
gesetzes, weil es so wesentliche Dinge zu regeln gibt, die
hier im Rahmen dieser Notoperation nicht geklärt werden
können.

Wo ist jetzt der Unterschied zum Gesetzentwurf der
CDU? Die CDU möchte, wenn man das jetzt so durch-
dekliniert, das Landespflegegesetz in toto bis zum
31.12.2003 verlängern. Das halte ich für bedenklich, weil
wir noch ein paar andere Dinge darin haben. In dem jetzi-
gen Landespflegegesetz sind Regelungen getroffen, wie
Investitionen in Einzelfällen gefördert werden. Das heißt,
es würde bedeuten, wir schreiben das Thema Förderung
auch für neue Einrichtungen im Jahre 2003 fort. Das kön-
nen wir nicht tun!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum nicht?)

Ich erinnere in dem Zusammenhang an die Rechtspre-
chung des Bundessozialgerichtes. Das Bundessozialge-
richt hat im Jahr 2001 gesagt: Leute, mit dem Pflegeversi-
cherungsgesetz ist das Thema Wettbewerb angespro-
chen worden. Wir wollten im Bereich der Pflege
Wettbewerbs Elemente haben. Und wenn jetzt irgendje-
mand hergeht und subventioniert Einrichtungen, völlig
egal ob stationärer oder teilstationärer oder ambulanter
Art, dann muss er im Grunde genommen alle subventio-
nieren oder er subventioniert keinen, denn alles andere
sind Wettbewerbsverzerrungen und die sind gesetzlich

nicht zulässig. So sagen wir, diese Dinge, wie perspektivisch hier in Mecklenburg-Vorpommern der Neubau und die Modernisierung von Einrichtungen finanziert werden sollen, das muss der Novellierung des Landespflegegesetzes vorbehalten bleiben, denn da gibt es Dinge, wo man einfach einen Paradigmenwechsel ins Auge fassen muss, dass man weggeht von der Objektförderung hin zur Subjektförderung, denn eine weitere Objektförderung für alle Einrichtungen, die hier neu kommen, das können wir finanziell nicht durchstehen. Das ist also der wesentliche Punkt dabei.

Herr Glawe, einen Satz noch zum ambulanten Bereich: Das Landespflegegesetz in seiner jetzigen gültigen Form regelt, dass für die Förderung von ambulanten Diensten die Kreise und kreisfreien Städte zuständig sind. Das können die gerne weiter tun, aber auch da greift natürlich diese Entscheidung des Bundessozialgerichtes, das sagt, wenn ihr subventioniert, müsst ihre alle subventionieren. Deswegen sage ich, auch das muss der Novellierung des Landespflegegesetzes vorbehalten bleiben. Ich schließe mich dem Antrag an, diese Gesetzentwürfe in den Sozialausschuss und in den Finanzausschuss zu überweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion.

(Harry Glawe, CDU: Ich dachte, die Regierung redet jetzt.)

Harry Glawe, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, weitestgehend sind die Argumente ausgetauscht. Entscheidend ist, dass wir den Betroffenen in den Alten- und Pflegeheimen, die jetzt vor erheblichen Mehraufwendungen stehen, helfen, dass wir diesen Fehler jetzt im Schnellverfahren heilen. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig.

Das, was Sie von der SPD angesprochen haben, ist teilweise richtig und teilweise will ich auch sagen, der Artikel 52 wirkt noch fort. Der Bund hat noch nicht alle Mittel im Jahre 2002 bereitgestellt, so dass 2003 und 2004 diese Investitionen, die verabredet sind, mit VEs belegt sind, auch kommen werden. Und da spielt diese Frage, wie wird später refinanziert, noch keine Rolle, weil der Artikel 52 dort noch greift und auch Landesmittel bereitstehen. Das ist die eine Seite.

Aber für die Zukunft gesprochen gebe ich Ihnen natürlich Recht. Alle erwarten im Land eine Regelung, zumindest alle Träger, wie es mit den nicht sanierten oder nicht neu gebauten Pflegeplätzen weitergeht im Land, denn wir haben noch einen Nachholbedarf von etwa 4.500 nicht sanierten oder nicht neu gebauten Plätzen, die nicht den Standard haben wie die 10.000. Und das ist die entscheidende Frage, die in besonderer Weise auch das Finanzministerium mit beantworten muss.

Deswegen brauchen wir ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren, das wir heute nicht im Schnellschuss durchführen, sondern das im nächsten Jahr vernünftig beraten wird und das dann in einem geordneten Verfahren – über Referentenentwurf bis zum Kabinett, Überweisung in den Landtag, Beratung im Landtag, Anhörung und so weiter – auch jeder rechtlichen Prüfung standhält.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist sehr richtig. Das hat Herr Koplin vorhin genau so gesagt.)

Daher vermisste ich die Arbeit der Regierung, die sie im Jahre 2001 wenigstens hätte leisten können, denn ich sage es noch mal: Dort ist der Landespflegeplan aufgerufen gewesen. Dort sind alle, die im Sozialbereich tätig sind, aufgefordert gewesen, sich zu äußern. Dort haben die Landkreise ihre Kreispflegepläne auf den Weg gebracht, dort hat der Runde Tisch getagt, dort hat der Landespflegeausschuss sein Votum abgegeben. Und der Landespflegeausschuss wartet auch auf die Antwort der Landesregierung.

Deswegen, meine Damen und Herren, wollen wir uns nicht entziehen. Wir stimmen der Überweisung in den Finanzausschuss und zur Federführung in den Sozialausschuss zu und hoffen, dass wir ein Gesetz auf den Weg bringen, das Schaden von den Heimbewohnern abwendet. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Bodo Krumbholz, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Grunde genommen zu drei Punkten:

Herr Glawe, ich muss Sie berichtigen, was Presseerklärungen betrifft.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Ich habe noch mal nachgeguckt. Wir haben zu keiner Zeit gesagt und ich habe auch von der Ministerin nichts gelesen, dass wir behauptet hätten, es müsse kein Gesetz her. Es ist erklärt worden, und das steht felsenfest, dass die Mittel für 2003 eingestellt sind und dass es daran kein Rütteln gibt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ohne Gesetz kann man sie nicht ausgeben.)

also im Grunde genommen diese Sache nicht in Zweifel gezogen werden muss.

Das Zweite, was mich etwas verwundert, Herr Glawe, ist immer, dass Sie so abstellen auf diese Form, es gäbe nur die eine Möglichkeit, die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf vor und wir können dann darüber votieren.

(Harry Glawe, CDU: Dazu ist sie doch verpflichtet gewesen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es gibt verschiedene Wege, Gesetze auf den Weg zu bringen und Gesetze in eine Abstimmungsreife zu bringen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das müssen Sie jetzt nicht vortragen. – Wolfgang Riemann, CDU: Dann brauchen wir keine Landesregierung mehr. Die können wir einsparen.)

Das möchte ich noch mal betonen. Herr Rehberg, Sie haben das vorhin versucht,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

genüsslich auszuwälzen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Also, hat die
Ministerin das verpennt oder nicht? –
Eckhardt Rehberg, CDU: Dann soll
die Ministerin Stellung nehmen hier!)

Fragen Sie doch mal Herrn Dr. Born, Inhalt der Artikel 20
und Artikel 41 der Landesverfassung!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann soll
die Ministerin Stellung nehmen!)

Da ist doch im Grunde genommen alles drin geklärt.

(Heinz Müller, SPD: Frau
Präsidentin, was ist hier los?)

Aber wissen Sie, wir brauchen eigentlich gar nicht so
aufgeregt miteinander zu sein, ich freue mich, dass wir in
eine Richtung zielen. Und ich habe große Hoffnung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dass wir aus dem Sozialausschuss herausgehen mit
einer gemeinsam abgestimmten Meinung, denn wir wol-
len doch diese Regelung, wir wollen die Sicherheit für die
Heimbewohner und deren Angehörige. Es gibt da diese
zwei Unterschiede. Der eine besteht eben in der zeitlichen
Abstufung, die wir vorschlagen – Herr Heydorn hat es
eben noch mal untersetzt –, und in der Frage des Um-
gangs mit der ambulanten Pflege. Aber ich glaube, da
kommen wir einander näher, und ich bin da sehr optimis-
tisch, dass wir hier am morgigen Tage eine vernünftige
tragfähige Lösung vorschlagen können. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr
Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der
Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/77 sowie
den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf Drucksache
4/85(neu) zur federführenden Beratung an den Sozial-
ausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss
zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvor-
schlag? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist
der Überweisungsvorschlag einstimmig gefasst.

Es ist vorgesehen, die Zweite Lesung der Gesetzent-
würfe morgen am Ende der Sitzung als Zusatztagesord-
nungspunkt 3 aufzurufen. Ich sehe und höre dazu keinen
Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Tagesordnungs-**
punkt 16 auf: Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds
des Landesverfassungsgerichts gemäß § 5 Absatz 3 Lan-
desverfassungsgerichtsgesetz, hierzu Wahlvorschlag des
besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 der
Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf
Drucksache 4/82.

**Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds
des Landesverfassungsgerichts gemäß
§ 5 Absatz 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz**

**Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses
gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern:
Neuwahl eines stellvertretenden Mit-
glieds des Landesverfassungsgerichts
– Drucksache 4/82 –**

Meine Damen und Herren, gemäß Artikel 32 Absatz 4 der
Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Ver-
bindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäfts-
ordnung sind die vom Landtag vorzunehmenden Wahlen
in der Regel geheim, soweit nicht in Gesetzen oder in der
Geschäftsordnung Ausnahmen vorgesehen sind. Die
Wahl erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Durch Beschluss des Landesverfassungsgerichtes
wurde am 27. September 2002 festgestellt, dass Frau
Karin Schiffer aus dem Amt des stellvertretenden Mit-
glieds des Landesverfassungsgerichtes ausgeschieden
ist. Nach Paragraph 6 Absatz 2 Nummer 1 Landesverfas-
sungsgerichtsgesetz scheidet ein Mitglied aus dem Amt
aus, wenn die Entlassung schriftlich beantragt wurde.
Frau Karin Schiffer hat mit Schreiben vom 25. Septem-
ber 2002 ihre Entlassung als stellvertretendes Mitglied
des Landesverfassungsgerichtes beantragt. Von daher ist
eine Neuwahl erforderlich.

Der besondere Ausschuss hat gemäß Artikel 52 Absatz 3
der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
vorgeschlagen, Herrn Günter Reitz zum stellvertretenden
Mitglied des Landesverfassungsgerichtes zu wählen.
Gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern werden die Mitglieder des
Landesverfassungsgerichtes vom Landtag ohne Ausspra-
che mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden
Mitglieder gewählt.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen grünen
Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von
dem Schriftführer zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel
ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten,
sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu mei-
ner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine
anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl
gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstim-
mungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich
Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme
ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt
ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung ent-
hält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen
Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des
Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die
Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer,
sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne
leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung zur Neu-
wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfas-
sungsgerichtes. Ich bitte die Schriftführerin zu meiner Lin-
ken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl
beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Das scheint
der Fall zu sein. Ich schließe damit die Abstimmung und
unterbreche die Sitzung für fünf Minuten zur Auszählung
der Stimmen.

Unterbrechung: 14.48 Uhr

Wiederbeginn: 14.53 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt. Es wurden 67 Stimmen abgegeben. Davon waren 66 Stimmen gültig. Es stimmten 60 Abgeordnete mit Ja, 4 Abgeordnete mit Nein, 2 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes nach Artikel 52 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 Absatz 1 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht gefordert wird, ist damit erreicht. Ich stelle fest, dass Herr Günter Reitz die nach Artikel 52 Absatz 3 Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 4 des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte.

Die Vereidigung des neuen stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichtes wird, wie beschlossen, morgen zu Beginn der Landtagssitzung als Zusatztagsordnungspunkt aufgerufen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Zahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/43.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Zahl der Mitglieder der Parlamentarischen
Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des
Gesetzes über den Verfassungsschutz im
Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG)
– Drucksache 4/43 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/43. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/43 einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern und hierzu den Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/94.

**Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen
Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des
Gesetzes über den Verfassungsschutz im
Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG)**

**Wahlvorschlag der Fraktionen
der SPD, CDU und PDS:**

**Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen
Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des
Gesetzes über den Verfassungsschutz im
Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG)
– Drucksache 4/94 –**

Die bereits verteilten Wahlvorschläge auf den Drucksachen 4/64, 4/67 und 4/72 werden durch den interfraktionellen Wahlvorschlag auf Drucksache 4/94 ersetzt.

Nach dem soeben gefassten Beschluss besteht die Parlamentarische Kontrollkommission aus fünf Mitgliedern, die der Landtag gemäß Paragraph 27 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz aus seiner Mitte wählt.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen jetzt zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem dafür zuständigen Schriftführer. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt und Sie können bei jedem Namen ein Kreuz bei Ja, bei Nein oder Enthaltung anbringen. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist. Die Schriftführerin in diesem Fall, Entschuldigung.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne hiermit die Abstimmung zur Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission. Ich bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt. –
Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15.19 Uhr

Wiederbeginn: 15.34 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen zunächst das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt. Es wurden 67 Stimmzettel abgegeben, davon waren alle 67 Stimmzettel gültig.

(Beifall Sigrid Keler, SPD)

Für den Abgeordneten Siegfried Friese gaben 66 Abgeordnete ihre Stimme ab. Er erhielt 58 Jastimmen, 4 Neinstimmen, 4 Enthaltungen. Für den Abgeordneten Dr. Klaus-Michael Körner gaben 65 Abgeordnete ihre Stimme ab. Er erhielt 53 Jastimmen, 9 Neinstimmen, 3 Enthaltungen. Für den Abgeordneten Dr. Armin Jäger gaben 67 Abgeordnete ihre Stimme ab. Er erhielt 52 Jastimmen, 12 Neinstimmen, 3 Enthaltungen. Für den Abgeordneten Reinhardt Thomas gaben 66 Abgeordnete ihre Stimme ab. Er erhielt 43 Jastimmen, 17 Neinstimmen, 6 Enthaltungen. Für den Abgeordneten Karsten Neumann gaben 65 Abgeordnete ihre Stimme ab. Er erhielt 53 Jastimmen, 11 Neinstimmen, 1 Enthaltung.

Für die Wahl musste die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielt werden. Damit stelle ich fest, dass jeder der fünf Kandidaten gemäß Paragraph 27 Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern gewählt ist. Ich frage die einzelnen Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Siegfried Friese, nehmen Sie die Wahl an?

Siegfried Friese, SPD: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Klaus-Michel Körner, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Armin Jäger, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Reinhardt Thomas, nehmen Sie die Wahl an?

Reinhardt Thomas, CDU: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Karsten Neumann, nehmen Sie die Wahl an?

Karsten Neumann, PDS: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Damit wünsche ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses für Ihre Arbeit in diesem Gremium viel Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in Abänderung der zu Beginn der Landtagssitzung gefassten Beschlüsse zur Tagesordnung den Tagesordnungspunkt 4 heute nach dem Tagesordnungspunkt 8 aufzurufen, also das ist der Antrag zur Ostseeparlamentarierkonferenz. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir werden jetzt wie folgt verfahren: Wir werden die Tagesordnungspunkte 7 und 8, also die Wahl der Mitglieder der G10-Kommission und die Wahl der Mitglieder der Kommission nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz, durchführen. Die Schriftführer haben sich bereit erklärt, auf das Verfolgen der anschließenden Debatte zu verzichten und im Achteckzimmer die Auszählung vorzunehmen, so dass wir dann sofort in die Beratung des vorliegenden Antrages einsteigen können und nach dem Ende der Beratung dieses Antrages die Wahlergebnisse hier verkünden können.

Dann rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Wahl der Mitglieder der G10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10

Grundgesetz (G 10), hierzu Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/95.

Wahl der Mitglieder der G10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Wahl der Mitglieder der G10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) – Drucksache 4/95 –

Die bereits verteilten Wahlvorschläge auf den Drucksachen 4/87, 4/63 und 4/66 werden damit durch den interfraktionellen Wahlvorschlag auf Drucksache 4/95 ersetzt.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Wahl kommen, gestatten Sie mir noch einige Hinweise. Nach Paragraph 2 Absatz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz vom 17. Juli 1992 werden die Mitglieder der G10-Kommission vom Landtag auf Vorschlag der Fraktionen für die Dauer einer Wahlperiode gewählt. Weiterhin regelt diese Vorschrift, dass für jedes Mitglied der Kommission ein Vertreter zu wählen ist. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages, das sind mindestens 36 Stimmen, auf sich vereint.

Wir kommen damit zur Wahl.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Die für die geheime Wahl allein gültigen gelben Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vom dafür zuständigen Schriftführer. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der sechs Kandidaten aufgeführt und Sie können bei jedem Namen ein Kreuz bei Ja, Nein oder Enthaltung anbringen. Im Übrigen gilt das gleiche Prozedere wie bei der vorhergehenden Wahl.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Damit eröffne ich die Abstimmung zur Wahl der Mitglieder der G10-Kommission. Ich bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben?

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, Herr Vorsitzender. Nein, Herr Präsident.)

Bitte schön, Frau Gramkow.

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, aber am Wahlgang teilnehmen wollen? – Damit schließe ich die Abstimmung. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt, wie schon einmal von mir dargelegt, nach dem Tagesordnungspunkt 4. Die Schriftführer und stellvertretenden Schriftführer, die nicht dem Sitzungspräsidium angehören, werden sich also nach den Wahlakten im Achteckzimmer zur Ermittlung der Wahlergebnisse der Wahlgänge nach Tagesordnungspunkt 7 und 8 einfinden.

Jetzt müssten aber erst mal wieder zwei Schriftführer hier zu mir nach vorne kommen. Wir wollen zwar Zeit sparen, aber die Ordnung muss schon eingehalten werden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8: Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V)**, hierzu Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/96.

Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V)

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) – Drucksache 4/96 –

Die bereits verteilten Wahlvorschläge auf den Drucksachen 4/73, 4/65 und 4/68 werden durch den interfraktionellen Wahlvorschlag auf Drucksache 4/96 ersetzt.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Wahl kommen, gestatten Sie mir noch einige Hinweise. Nach Paragraph 34 Absatz 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern werden die Mitglieder des Gremiums vom Landtag gewählt. Das Gremium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Zusammensetzung regelt sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Den für die geheime Abstimmung allein gültigen grünen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den Schriftführern zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der fünf Kandidaten aufgeführt. Sie haben insgesamt fünf Stimmen. Sie können bei jedem Namen ein Kreuz bei Ja, Nein oder Enthaltung anbringen. Im Übrigen gilt das mittlerweile geübte Prozedere wie bei den vorangegangenen Wahlen.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne damit die Abstimmung zur Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß Paragraph 34 Absatz 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Herr Henning von Storch, bitte schön.

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben und an der Stimmabgabe teilnehmen wollen? – Gut, das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Vereinbarungsgemäß werden sich jetzt also die Schriftführer und stellvertreten-

den Schriftführer, die nun nicht hier vorne sitzen, zurückziehen und die Stimmenaushöhlung vornehmen. Die Verkündung des Wahlergebnisses wird im Anschluss an den nächsten Tagesordnungspunkt stattfinden.

Vereinbarungsgemäß rufe ich nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 4: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg (Russische Föderation) am 30. September und 1. Oktober 2002, Drucksache 4/44.**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg (Russische Föderation) am 30. September und 1. Oktober 2002 – Drucksache 4/44 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vor dem vorweihnachtlichen Konzert wollen wir uns noch aufs internationale Parkett begeben,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist gut.)

weil kurz nach den Wahlen die 11. Parlamentarierkonferenz der Ostseeanrainerstaaten in Sankt Petersburg tagte. Mecklenburg-Vorpommern war dort auch mit einer Delegation vertreten. Ich freue mich sehr, dass wir diesen Antrag noch in diesem Jahr auf der Tagesordnung haben, denn es ist ja auch ein sehr gewichtiger Antrag geworden, wie Sie gesehen haben.

Meine Damen und Herren, als vor zwölf Jahren Abgeordnete aus allen Ostseestaaten in Helsinki zusammenkamen, um über die Einberufung der Konferenz der Parlamente des Ostseeraums zu diskutieren, herrschte Unsicherheit darüber, wie sich Russland auf diesen Vorschlag einlassen würde. Eins war aber klar: Ohne Russland wäre diese Kooperation nur ein Torso, so zitierte es der Landtagspräsident Herr Arens aus Schleswig-Holstein. Dieses Mal war Russland als Nicht-EU-Staat Gastgeber – meine Damen und Herren, ein Meilenstein, ein Zeichen des Abbaus von Misstrauen und Nichtbeachtung, ich denke, ein weiterer Schritt auf dem schwierigen Weg der Zusammenarbeit.

Seit dem Ende des Kalten Krieges der 80er Jahre ist die Ostsee nicht mehr länger ein Symbol der Teilung. Unter den neuen politischen Bedingungen hatte das finnische Parlament bereits frühzeitig die Chance gesehen, den Prozess des Zusammenwachsens in der Region durch regelmäßige Zusammenkünfte der nationalen und regionalen Parlamente der Anrainerstaaten im Rahmen der jährlich stattfindenden Ostseeparlamentarierkonferenz zu beschleunigen. Was 1991 in Helsinki als Meinungsaustausch begonnen hatte, hat sich, wenn wir einmal die letzten Jahre und das Schwerpunktthema maritime Sicherheit betrachten, zu einer wichtigen politischen, parlamentarischen Plattform in Europa entwickelt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, an dieser Stelle einen kurzen Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen der Konferenz geben.

Seit 1997 ist die Konferenz dazu übergegangen, themenbezogene Schwerpunkte für die Tagesordnung

beziehungsweise für das Geschäftsjahr festzulegen. Regelmäßig standen dabei die EU-Osterweiterung, die Verringerung des Wohlstandsgefälles sowie der Umwelt- und Naturschutz im Zentrum der politischen Diskussion. Die Russische Föderation hatte dabei stets eine besondere Bedeutung. Russland – und damit meine ich speziell Vertreter der Staatsduma – beteiligten sich in den ersten Jahren im Gegensatz zu Vertretern Kaliningrads und Sankt Petersburgs eher reserviert. Russische Standpunkte wurden häufiger kontrovers diskutiert, gerade von Parlamentariern der vergleichbaren jungen Demokratien in den baltischen Staaten. Das ist richtig auffällig gewesen.

Meine Damen und Herren, doch die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein langsamer politischer Bewusstseinswandel in Europa im Kreise der EU-Beitrittskandidaten sowie auch in der russischen Führung eingetreten ist. Man hat erkannt, dass der Ostseeraum nur als ein Ganzes seine ursprüngliche Bedeutung wiedererlangen kann. So war denn Russland erstmals Gastgeber der Konferenz und die alte Hauptstadt Sankt Petersburg Austragungsort, dies auch unter dem symbolischen Blickwinkel, dass diese Stadt Russlands Tür zu Europa ist, so, wie Sergej Mironow, der Vorsitzende des Russischen Föderationsrates, es in seiner Begrüßung hervorgehoben hat.

Im Ergebnis war die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz die bisher politischste, möchte ich mal so sagen. Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Lage Kaliningrads in der erweiterten Union sowie die Auswirkungen des Personen- und Gütertransfers zwischen der russischen Enklave und dem Mutterland prägten viele Diskussionen. Unterschiedliche Auffassungen hatten in diesem Zusammenhang auch dazu geführt, dass der langjährige Präsident der Kaliningrader Duma und russische Vertreter im Standing Committee, Valeriy Ustyugow, sein Mandat wenige Wochen vor Konferenzbeginn niederlegte. Das führte natürlich zu Aufregungen, aber trotzdem, denke ich, ist es der Konferenz gelungen, damit auch umzugehen.

Meine Damen und Herren, trotz aller politischen Gegensätze würde ich die 11. Konferenz insgesamt als Erfolg bewerten, was auch durch die einstimmig getragenen Forderungen der beiden Resolutionsteile dokumentiert wird.

Die im Teil I enthaltenen Forderungen greifen auch wesentliche umweltrelevante Sachverhalte auf, die mit anderen Politikbereichen sicher sehr eng verknüpft sind. Besonders wichtig erscheinen mir Forderungen nach nationalen Strategien und Aktionsprogrammen zum Schutz der Ostsee, die die permanente Eutrophierung verringern, das Kyoto-Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren und auszuführen und damit einhergehend sich dem Klima- und Ressourcenschutz in allen Bereichen des gesellschaftlichen Wirkens und der Umwelt verstärkt zu widmen. Dies kann auch, wie gefordert, wesentlich zu einer Verringerung der Gefährdungen der menschlichen Gesundheit durch die Wasser- und Luftverschmutzung sowie die Energie- und Abfallwirtschaft führen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Forderung nach einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Infrastrukturmaßnahmen in Verbindung mit der Grenzfertigung und der wirtschaftlichen Kooperation im Grenzgebiet. Dass hier noch viel zu tun ist, sehen wir mit Blick auf die Haff- und Oderregion in unserem eigenen Land.

Forderungen, auch die Fährverbindungen im Ostseeraum verstärkt in die Entwicklung und den Ausbau der

transeuropäischen Netze einzubinden sowie im Rahmen des „Weißbuches der Europäischen Kommission über Transport und Verkehr“ intensiver zu berücksichtigen, lassen mich nunmehr zu dem zweiten Teil der Resolution kommen, der sich – wie im vergangenen Jahr – gesondert mit dem Thema maritime Sicherheit befasst.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Befassung mit diesem Thema war ein besonderer Erfolg. Das Thema ist allgegenwärtig und brandaktuell, wie uns die Bilder von den betroffenen Küstenabschnitten in Spanien täglich vor Augen führen. Wir können in Mecklenburg-Vorpommern von Glück sprechen, dass der altersschwache Öltanker „Prestige“ nicht schon in der Ostsee havariert ist. Bei einer Ölkatastrophe dieses Ausmaßes wäre unser wichtigstes Wirtschaftsstandbein Tourismus für lange Jahre weggebrochen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die zunehmende Anzahl russischer Öltransporte auf Substandardtankern wird die Gefahr täglich größer werden. In diesem Zusammenhang halte ich es für erforderlich, den alten sowie den neu hinzugekommenen Abgeordneten das Thema doch noch einmal in Form eines ganz kurzen Rückblickes näher zu bringen.

Bedeutsam für die Ostseeparlamentarierkonferenz war, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2000 die 9. Konferenz in Malmö für das Thema maritime Sicherheit sensibilisieren konnte. Wir hatten dies zum Anlass genommen, das Thema durch Initiativen und Aktivitäten der Fachausschüsse des Landtages aufbereiten zu lassen. Im Ergebnis legte der Umweltausschuss neben Anhörungsergebnissen und einem Gutachten wichtige politische Handlungsempfehlungen vor, die anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Konferenz in Greifswald im Jahre 2001 Eingang in die Schlussresolution gefunden haben.

International wurden die Ergebnisse der Konferenz im Wesentlichen durch die außerordentliche Ministerkonferenz der HELCOM-Vertragsstaaten im September 2001 in die HELCOM-Kopenhagen-Deklaration übernommen. Das ist ein richtig großer Erfolg dieser Konferenz in Greifswald gewesen, denn damit haben die Konferenzergebnisse Eingang in geltendes Völkerrecht gefunden.

Greifswald legte ebenso das Fundament für die Bildung einer themenbezogenen Arbeitsgruppe – auch dieser Vorgang war bisher einmalig – und beauftragte den Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit ihrer Leitung. Die Arbeitsgruppe COMS, Committee on Maritime Safety, konstituierte sich im November 2001 in Schwerin und bestimmte den damaligen Umweltausschussvorsitzenden Dr. Henning Klostermann zu ihrem Vorsitzenden. In der Folge führte sie weitere Sitzungen mit Vertretern aus zwölf nationalen und regionalen Parlamenten in Helsinki, in Kopenhagen und in Rostock-Warnemünde durch. Ziel war es, für die 11. Parlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg weitere politische Handlungsempfehlungen als Fortsetzung der Konferenzergebnisse der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen. Auch diese sind am 1. November 2002 einstimmig angenommen worden.

Als Erfolg der Arbeitsgruppe ist es auch anzusehen, dass der Ostseeparlamentarierkonferenz als Gremium erstmalig ein Beobachterstatus bei HELCOM eingeräumt wurde und dadurch mittelbare Einflussmöglichkeiten der Parlamente auf der Ebene des Umweltschutzes in der Ostseeregion bestehen.

Prinzipiell ist es mit der Arbeitsgruppe erst einmal gelungen, auf der Ebene der Ostseeparlamentarierkonferenz auf einem Gebiet exemplarisch das zu realisieren, was in jedem einzelnen Mitgliedsparlament selbstverständliche Vorgehensweise ist. Der Ausschuss hat sich auf fachlicher Ebene unter Hinzuziehung externen Sachverständigen eingehend mit einem fachlichen Thema auseinander gesetzt und hierzu dem Plenum eine fachlich untersetzte politische Beschlussempfehlung vorgelegt. Wenn dies auch in der Zukunft auf breiter Ebene gelingen würde, könnte dies langfristig ein entscheidender Schritt hin zu einem wirkungsvollen Ostseeparlament sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der zweite Resolutionsteil greift im Schwerpunkt Forderungen zur Einführung eines weltweiten verbindlichen Flaggenstaatskodexes, mit dessen Hilfe die Einhaltung internationaler Vorschriften für die Seefahrt überwacht werden soll, die möglichst schnelle Umsetzung der HELCOM-Kopenhagener-Deklaration sowie weitere geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Meeresumweltschutzes auf. Ebenso werden Forderungen erhoben, das Sicherheitsniveau schnell und nach einheitlichen Regeln zu verbessern. Dazu gehört, die Ausrüstungspflicht von Schiffen mit AIS-Transpondern vorzusehen und Risikoanalysen, mobile Plattformen und Hafenanlagen herzustellen. Schließlich soll es auch weltweit zu einer Vereinheitlichung von Ausbildungsnachweisen und Ausbildungsstandards kommen. Im Lichte der Vorfälle des 11. September 2001 – und, schon vorweggenommen, der Terroranschlag auf die „Limburg“ vor der jemenitischen Küste – sind die Forderungen zur Verbesserung des Hafensicherheitsniveaus zu verstehen und ganz besonders wichtig.

Mit dieser Resolution wurden die Forderungen aufgegriffen, die unser Landtag in seinem Beschluss vom Juni dieses Jahres erhoben hatte. Der Anfang ist gemacht, doch weitere Maßnahmen sind notwendig. Aus diesem Grunde begrüße ich ausdrücklich den Punkt 3 des vorliegenden Antrages.

Das Thema maritime Sicherheit ist täglich aktuell. Wir dürfen uns keiner trügerischen Hoffnung hingeben. Einen hundertprozentigen Schutz vor einer Tankerhavarie gibt es nicht. Wir müssen hier einfach noch mehr tun!

Einschneidende Maßnahmen zur Prävention vor einer Tankerhavarie sind zwar – insbesondere wenn sie viel Geld kosten – oftmals sehr schwierig und nur langfristig durchzusetzen, vor allem auch, weil diese auf internationaler Ebene akzeptiert und umgesetzt werden müssen. Und deswegen ist diese Konferenz so besonders wichtig. Wenn auch viele viel mehr erwartet haben davon, so müssen wir uns mit diesen Schritten vielleicht doch erst einmal begnügen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass wir das, was auf nationaler Ebene geregelt werden kann, auch anpacken. Sie sind um Dimensionen weniger belastend als die Beseitigung der Schäden, die durch eine Tankerhavarie eintreten. Und das, denke ich, sollten wir auch in Anbetracht der Finanzen immer bedenken.

Deshalb appelliere ich an uns alle, um Schaden von unserem Land abzuwenden, dass wir weiterhin mit Nachdruck und geschlossen alles in unserer Macht Stehende tun, um so weitreichende und effektive Präventionsmaßnahmen durchzusetzen und in ihrer Umsetzung zu beschleunigen, aber auch Vorsorge für einen nicht vermeintlichen Unfall treffen. – Herzlichen Dank für Ihre Auf-

merksamkeit und ich bitte um die Zustimmung zu diesem gewichtigen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Herr Jarchow von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Jarchow.

(Ministerin Sigrid Keler: Die Jungfernsprache.)

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Ihnen vorliegenden Entschließung setzt der Landtag einen Punkt und blickt auf eine sehr erfolgreiche Arbeitsperiode der Jahre von 1999 bis 2002 zum Thema „Schiffssicherheit auf der Ostsee“ zurück.

Diese Entschließung ist, denke ich, heute aktueller denn je. An der spanischen Küste kämpfen die Menschen in diesen Tagen verzweifelt gegen eine neue Ölpest. Der Untergang des Tankers „Prestige“ setzt die Reihe katastrophaler Ereignisse fort, die ich als Verbrechen an der Umwelt bezeichnen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Verantwortlich sind dafür gewissenlose Reedereien, denen nichts heiliger ist als der Profit aus dem Öltransport in maroden, vom Stand der Sicherheitstechnik längst überholten Tankern. Sie nehmen das Risiko der Umweltzerstörung, die Menschen und Tieren die Lebensgrundlage nimmt, billigend in Kauf.

Mecklenburg-Vorpommern mit seinen vielseitigen und beliebten, jedoch ökologisch sensiblen Küsten sieht sich in besonderer Weise für den Schutz der Ostsee verantwortlich und zollt dieser Verpflichtung höchste Priorität.

Wir können sagen: Wieder mal ist unsere Küstenlandschaft gerade noch davongekommen, vielleicht auch nur deswegen, weil gehandelt worden ist und die größte Schwachstelle, die Kadet-Rinne, für die Durchfahrt übersichtlicher gestaltet worden ist. Doch die schwimmenden Zeitbomben ticken weiter. Unverzichtbar geboten ist es, unsere touristischen und maritimen Werbeträger Küste und Ostsee entsprechend ernst zu nehmen und weiterhin mit allen Mitteln parlamentarischen Handelns genaues-tens aufzupassen, dass sowohl die abwendbaren Gefahren, Schiffsunfälle, Schadstoffeinträge in die See, und Küstenrückgang als natürliche Gefährdung minimal gehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in das Thema „Maritime Sicherheit im Ostseeraum“ ist durch politischen, parlamentarischen Druck Bewegung gekommen. Dieses zeigt sich unter anderem darin, dass die Arbeit des Umweltausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern der 3. Legislaturperiode bei Behörden und Gremien Anerkennung gefunden hat, so im Rahmen des 7. Warnemünder Schifffahrtskollegs am 01.11.2001, der 8. Seerechtsgespräche am 05.11.2001 und der 2. Nationalen

Maritimen Konferenz in Rostock-Warnemünde am 06.11.2001. Und wie Frau Kollegin Holznagel das ja auch schon sagte, diese Reihe ließe sich auch für das Jahr 2002 fortsetzen. Besonders hervorzuheben sind auch die Gutachten der Universität Rostock, die der Landtag eingeholt hatte und die eine wertvolle Arbeits- und Informationsgrundlage für regierungsseitiges Handeln sein dürften.

Und ich verkenne nicht, meine Damen und Herren, dass auch seitens der Opposition inhaltlich wichtige Beiträge geleistet wurden,

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

von einigen Fehlgriffen in der Wahl der Mittel, wie ich es damals aus der Presse entnommen habe, jedoch abgesehen.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr richtig, sehr gut.)

Entscheidend, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, dass gegenwärtig in Deutschland eine Erneuerung der Verwaltungsstrukturen des maritimen Sicherheitsmanagements stattfindet. Die Initiativen der Parlamente haben dafür wertvolle Anregungen gebracht.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bestätigte die auf der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald beschlossene Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz „Maritime Sicherheit“ und unterstützte die Nominierung von Dr. Henning Klostermann zu deren Vorsitzenden, dem ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich Dank sagen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Die Arbeitsgruppe konstituierte sich am 26.11.2001 und hatte die Aufgabe, wichtige Vorbereitungsarbeiten für die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg zu leisten. In der Arbeitsgruppe wirkten Mitglieder aus Schweden, Dänemark, Polen, Finnland, Norwegen, Lettland, Russland und den deutschen Küstenländern zusammen. Ziel war es, bisher noch nicht umgesetzte Maßnahmen zu forcieren, von den Regierungen Berichte anzufordern sowie Experten aus den Anrainerstaaten anzuhören, um politischen Druck auch weiterhin über die Ostseeparlamentarierkonferenz auf Regierungen und internationale Gremien auszuüben. Schwerpunkte waren erstens Prävention, zweitens Unfallbekämpfungsmanagement und drittens langzeitige Katastrophenbekämpfung.

Durch entsprechendes Regierungshandeln hat es eine ganze Reihe präventiver Maßnahmen gegeben. Eine Empfehlung der Ostseestaaten zur freiwilligen Annahme von Überseelotsen mit spezieller Lizenz für Schiffe mit größerem Tiefgang besteht bereits. Nach Auskunft der dänischen Behörden folgen freiwillig 95 Prozent aller Schiffe dieser Empfehlung. Eine Verpflichtung dazu kann nur über die Internationale Maritime Organisation, die IMO, als verbindliches Gremium ausgesprochen werden. Allerdings, bei 158 Staaten, die der IMO mit unterschiedlichen Interessenlagen angehören, ist dieses natürlich schwierig und sehr langwierig.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der IMO auf eine weltweite Ausrüstungspflicht aller Schiffe bei mehr als 300 Bruttoreaumzahl mit dem automatischen Schiffsidentifikationssystem, Abkürzung AIS, hingewirkt. Diese Ausrüstungspflicht ist für neue Schiffe am 1. Juli 2002 in Kraft getreten. Am Standort Rostock wird aus Mitteln des Bundes ein landgestütztes AIS-System aufgebaut.

Bis 2015 sollen alle Einhüllentanker, so will es die IMO, je nach Alter außer Betrieb gehen. Durchgesetzt werden muss ein solches Verbot durch entsprechende Hafenstaatkontrollen. Nur 25 Prozent aller Schiffe müssten nach bestehenden Sicherheitsvorschriften der EU in den Häfen kontrolliert werden. Leider wird diese Anzahl der Kontrollen aus verschiedenen Gründen bisher nur sehr unvollständig realisiert.

Die EU will die schlimmsten Seelenverkäufer auf einer schwarzen Liste für Schiffe mit besonders hohem Gefährdungspotential erfassen und diesen das Einlaufen in allen Häfen der EU verbieten. Eile tut Not und geschlossenes Handeln der Regierungen der europäischen Hafenstaaten bei der Umsetzung der EU-Beschlüsse hat höchste Dringlichkeit.

In Rostock-Warnemünde wurde ein Notschlepper, „Fairplay 26“, mit 67 Tonnen Pflanzzug stationiert. Für seinen Einsatzbereich kann dieser Schlepper binnen zwei Stunden vor Ort sein und so das Sicherheitssystem für Havarien vervollständigen.

Ein besonders wichtiger Schritt nach vorn ist die Einrichtung eines deutschen Havariekommandos als Kompetenzzentrum für maritime Notfallversorgung mit Sitz in Cuxhaven. Zweifellos ist das ein Fortschritt, aber es gibt zu viele Schlupflöcher in der Kompetenzstruktur. Der große Wurf ist es noch nicht. Dieses Gebilde ist zu schwerfällig. Ziel, wenn auch nur ein Fernziel, muss die volle Zuständigkeit für das Havariekommando durch den Bund sein. Für die dazu erforderliche Grundgesetzänderung sind entsprechende Mehrheiten erforderlich, die es bisher nicht gibt. Wie ein Havariekommando funktionieren kann, beweisen die Amerikaner mit ihrer Coast Guard. Im Hinblick auf den gesamten Ostseeraum sollte als längerfristige Perspektive die Einrichtung einer gemeinsamen internationalen Seewache erfolgen.

Meine Damen und Herren, es ist auch ein Erfolg für das Parlament dieses Landtages, dass das Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz durch einen Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission eine deutliche Aufwertung erfuhr. Dieses ist deswegen so bedeutungsvoll, weil sich Informations- und Einflussmöglichkeiten der Ostseeparlamentarierkonferenz auf die IMO nur über die Helsinki-Kommission realisieren lassen. Hier den Durchbruch geschafft zu haben ist ein sehr bemerkenswertes Ergebnis der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz. Das möge der Landtag in Punkt 2 seiner Entschließung begrüßen.

Meine Damen und Herren, die Kette schrecklicher Terroranschläge, insbesondere nach dem 11. September 2001, hat deutlich werden lassen, dass das Sicherheitsmanagement auf See und im Küstenbereich völlig neu überdacht werden muss. Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, bei der IMO entsprechende Vorschläge aus ihrem Sicherheitskonzept „Port and Maritime Security“ einzubringen. Der Grundgedanke dieser Herangehensweise ist, dass Terrorismusgefahr auf dem Seeweg nicht importierbar sein darf.

Ich halte es für außergewöhnlich wichtig, dass der Landtag der Ostseeparlamentarierkonferenz von dieser Bühne aus seine Zustimmung zu Maßnahmen gegen den Terrorismus signalisiert und solche Maßnahmen auch begleitet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

In einer zweibändigen Dokumentation in blau übermiltelt der Landtag unter dem Thema „Maritime Sicherheit im Ostseeraum“ eine hervorragende Übersicht zu parlamentarischen Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene. Ich empfehle Ihnen dringendst, hier mal reinzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bewegung in der Sache muss es weiter geben, denn alle potentiellen Schäden am ökologischen System der Ostsee und seiner Küsten wirken nachhaltig. Es darf daher am finanziellen Aufwand für die Prävention, das heißt Kontrollen, Verbesserung der see- und landseitigen Aus- und Fortbildung und Kosten für die Einhaltung von Vorschriften, nicht gespart werden.

Zunächst hat der Landtag seine Hausaufgaben gemacht. Für Weiteres ist die Landesregierung am Zuge. Sie ist, das möchte ich abschließend ausdrücklich betonen, mit der Niekltzer Erklärung auf dem richtigen Wege. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Jarchow, für Ihre Jungfernrede hier im Parlament.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Es werden ja eine ganze Reihe weiterer Reden folgen. Alles Gute!

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Caffier für die Fraktion der CDU.

(Heinz Müller, SPD: Das ist keine Jungfernrede. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Politik ist die Kunst des Machbaren und stützt sich auf demokratisch legitimierte Mehrheiten. Dies wird zum einen an dem Beschluss der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg und zum anderen an dem hier vorliegenden Antrag deutlich.

Es tut mir aber Leid, wenn ich etwas Wasser in den Wein schütten muss: Auf lange Sicht wird es nicht reichen, ständig nur zu begrüßen, zu fordern, übereinzukommen oder zu akzeptieren. Wer die Debatten heute über den ganzen Tag verfolgt hat, hat dies auch in unterschiedlicher Form schon wahrgenommen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir brauchen endlich Taten und rechtliche Grundlagen, die den Schutz der Ostsee und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Anrainerstaaten sichern.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Henning von Storch, CDU)

Diese Ziele lassen sich im Rahmen der Tätigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz nur gemeinsam erreichen, da Entscheidungen auf dem Prinzip der Einstimmigkeit basieren. Dieses Einstimmigkeitsprinzip ist schon deshalb geboten, da in der Konferenz sowohl Nationalstaaten als auch Bundesländer mit gleichem Antrags- und Stimmrecht nebeneinander sitzen. Diese Verfahrensweise ist für die internationale Ebene eine außergewöhnliche Praxis.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl gerade im Bereich der Ostseesicherheit dringend mehr getan werden müsste, war es bisher aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips eben nicht möglich, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Aber es gibt aufgrund der Ostseeparlamentarierkonferenzen auch Erfolge, die ich nicht verschweigen will.

So war es vor zwölf Jahren keineswegs sicher, dass sich Russland an einem Projekt beteiligen würde, welches eine grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit und einen grenzüberschreitenden Umweltschutz im Bereich der Ostseeregion zum Ziel hat. Klarheit bestand seinerzeit nur darin, dass ohne die Beteiligung Russlands ein Konzept zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Ostseeregion zum Scheitern verurteilt sein würde. Obwohl sich Russland von Anbeginn an den Tagungen beteiligte, war das Engagement der russischen Regierung in den ersten Jahren äußerst zurückhaltend. Das Verhältnis der baltischen Staaten zu der einstigen Schutzmacht war von Misstrauen geprägt.

Auf der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg wurde nunmehr deutlich, dass das Konferenzgeschehen heute nicht mehr von diesem Misstrauen geprägt ist. Ich glaube, das ist eine gute Entwicklung. Auf der zurückliegenden Konferenz gab es meines Erachtens zwei bedeutende Themen: zum einen die Wege der Integration und der Kooperation in der Ostseeregion mit den besonderen Schwerpunkten des Umweltschutzes und des maritimen Schutzes und zum anderen die Rolle Kaliningrads. Das Bedeutendste aber war, dass diese Ostseeparlamentarierkonferenz erstmalig in Sankt Petersburg, also in Russland stattfinden konnte.

Entscheidend ist für mich die Aussage, dass nationale Strategien – dazu gehören auch unsere Landesprogramme – immer stärker auf die Interessen des Gesamtgebietes Ostseeregion ausgerichtet sein müssen, damit sie über die Grenzen der jeweiligen Nationalstaaten hinausreichen. Dazu gehört unter anderem die Beachtung der in der Agenda 21 festgeschriebenen Schwerpunkte zur Förderung des ökonomischen Wachstums, des ökologischen Gleichgewichts und des sozialen Fortschritts für alle Anrainerstaaten.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass mit der in Sankt Petersburg verabschiedeten Resolution auch die Fährverbindungen im Ostseeraum in das transeuropäische Netzwerk der Verkehrsinfrastruktur aufgenommen wurden. So wird die Europäische Kommission aufgefordert, diesem Verkehrsmittel als bedeutender Verbindung der Ostseeräume mehr Beachtung zu schenken. Gerade vor dem Hintergrund der zurückliegenden Diskussion um den Verkauf der Scandlines-Anteile ist dieser Aspekt für unser Land von besonderer Bedeutung.

Der zweite Teil der Resolution befasst sich mit der Schiffssicherheit und dem Schutz der Ostsee. Wie aktuell dieses Thema gerade vor dem Untergang der „Prestige“ ist, das wurde hier bereits erwähnt. Klar ist, dass die seitens der Europäischen Kommission genannten Fristen zur Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen hinfällig sind. Wir können den Einsatz von Einhüllentankern wie der „Prestige“ nicht bis zum Jahre 2015 zulassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Dr. Till Backhaus, SPD)

Schon im letzten Jahr auf der Konferenz in Greifswald wurden Beschlüsse gefasst, die mittlerweile konkretisiert

wurden. Dazu gehören zum Beispiel Risikoanalysen für Schiffe, Plattformen und Hafenanlagen. Meines Erachtens gehören in diesen Katalog der Sicherheitserhöhung auch zukünftige Windkraft-Offshore-Anlagen, wie sie derzeit vor dem Darß geplant werden.

Gerade der Punkt 3 des vorliegenden Antrages macht deutlich, dass meine Fraktion mit ihren Anträgen zur Verbesserung der Schiffssicherheit richtig lag. Ich mag mir gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn die „Prestige“ in der Ostsee gesunken wäre.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Die wirtschaftliche Grundlage für Fischerei und Tourismus wäre über Jahrzehnte hinweg zerstört.

Die notwendigen Maßnahmen wurden schon vor langer Zeit in diesem Haus erörtert und offensichtlich auch von der Regierung und handelnden Personen erkannt. Ich möchte hier nur aus einem Brief des Umweltministers Professor Methling aus dem Jahr 2000 an den damaligen Bundesverkehrsminister zitieren, in dem dieser feststellt: „Doch die jüngsten Erfahrungen mit dem Tanker ‚Erika‘ zeigen leider eine fast völlige Hilflosigkeit, wenn Tankerhavarien eingetreten sind. Trotz der eingeleiteten Maßnahmen sind daher zukünftig weitere Anstrengungen, aber auch neue Strategien erforderlich, um die Sicherheit der Schifffahrt zu erhöhen und die von der Schifffahrt ausgehenden Gefahren zu minimieren.“ Wo er Recht hat, hat er Recht. Das soll man auch sagen. Und das Tankerunglück vor der spanischen Festlandküste beweist, wie man täglich mit diesen Situationen konfrontiert ist. Der Amtsleiter des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft stellte schon damals fest, im Katastrophenfall bin ich hier mit meinen 90 Mitarbeitern völlig machtlos.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Die entscheidende Frage lautet doch, was hat sich an dieser Situation bisher grundlegend geändert. Das Havariekommando ist bis heute nicht einsatzfähig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Substandardschiffe befahren immer noch die Ostsee.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Hafenstaatskontrollen sind immer noch unzureichend,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

das automatische Identifikationssystem, was schon angesprochen wurde, soll erst ab 2005 flächendeckend eingeführt werden und vieles mehr. Hier gilt es für uns alle gemeinsam, auch in Zukunft dicke Bretter zu bohren.

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat ihren Platz als eine der bedeutendsten politischen Institutionen im europäischen Einigungsprozess gefunden. Konkret formulierte Aufgaben und Erwartungen, gegenseitige Achtung und Vertrauen sind eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des Einigungsprozesses. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz durch die jeweiligen Parlamente ratifiziert werden. Gerade der Punkt 3 des vorliegenden Antrages findet die volle Zustimmung meiner Fraktion.

Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten des Hauses, dem vorliegenden Antrag seine Zustimmung zu geben, auch wenn ich weiß, dass es dem einen oder

anderen Abgeordneten noch lange nicht weitgehend genug ist, was gerade die Frage der Sicherheit vor den Küsten unserer Region betrifft. Aber, ich führte eingangs aus, solche Konferenzen sind vom Einstimmigkeitsprinzip getragen. Insofern ist der vorliegende Antrag in der Tat ein Antrag von Kompromissen, aber es ist ja ein Anfang, auf dessen Grundlage wir gemeinsam weitergehen müssen, um solche Schiffsunglücke vor unserer Küste in jedem Fall auszuschließen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Regine Lück, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt sicher ganz wenige Themen, die in der vergangenen Legislaturperiode so ausführlich und immer wiederkehrend vom Parlament behandelt wurden wie die Sicherheit der Schifffahrt auf der Ostsee.

Dass man für dieses Problem einen langen Anlauf, viele Verbündete und immer neue Anfänge braucht und sich diese Aufgabe nicht in einer oder in zwei Sitzungen eines Gremiums erledigen lässt, zeigen uns die beeindruckend schlimmen Bilder, die uns täglich von der Nordwestküste Spaniens erreichen. Wenn man jetzt noch bedenkt, dass genau dieser Tanker „Prestige“ noch Tage vor dem Unfall in seinem jämmerlichen Zustand von Russland kommend durch die Ostsee und durch die Nordsee geschippert ist, verfliegen die Zweifel an der Notwendigkeit permanenter Befassung mit diesem Thema nahezu von selbst. Zudem wird auch eins immer klarer: Nur die Küstenländer selbst sind es, die sich für den Schutz ihrer Küstenregion ins Zeug legen. Ich kann mich jedenfalls an keine Initiative der Schweiz oder Österreichs auf diesem Gebiet erinnern. Selbst Bayern und Baden-Württemberg sind in den vergangenen Jahren diesbezüglich sehr zurückhaltend gewesen. Sie sehen also, meine Damen und Herren, es ist notwendig

(Reinhard Dankert, SPD: Und zahlt sich aus.)

und es zahlt sich aus, was ja auch nicht ganz üblich in der Politik ist. Wie viele parlamentarische Initiativen dieses Hauses verhallen wirkungslos, etwa wenn es darum geht, die Deutsche Bahn auf ihrem Rückzug aus der Fläche aufzuhalten? Darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Im Falle der Verbesserung der maritimen Sicherheit verhält es sich zum Glück ganz anders. Hier dürfen wir uns zu Recht damit rühmen, dass auch die Initiativen Mecklenburg-Vorpommerns in jüngster Vergangenheit zu einigen, teils auch wesentlichen Verbesserungen der Sicherheit des Schiffsverkehrs und der Meeresumwelt beigetragen haben. Beispielsweise die Lotsenpflicht für die Kadet-Rinne, die in diesem Landtag vom Umweltminister und dem Parlament gefordert wurde, ist jetzt auch von Dänemark akzeptiert und wird neuerdings auch von den Umweltministern der norddeutschen Länder einstimmig gegenüber dem Bund eingefordert. Sicher wird es noch eine Weile dauern, bis die Pflicht zur Annahme von Lotsendiensten durch die Kadet-Rinne durchgesetzt ist, es mehrten sich aber die Stimmen, die das einfordern, und die von ihnen hervorgebrachten Initiativen auf nationaler und auch auf internationaler Ebene.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Bildung des Havariekommandos als Mittel zur Schaffung eines effektiven Notfallmanagements, das allerdings wieder an den Tücken des praktischen Lebens zu scheitern droht, denn alle Forderungen und Beschlüsse sind nichts wert, wenn es Probleme gibt, dieses Havariekommando personell auszustatten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Anderthalb Jahre.)

Oder denken wir an die bereits realisierte Verbesserung der Wegeführung im Ostseeraum. Einige von Ihnen werden sich sicher erinnern, dass wir beispielsweise zur Erhöhung der Sicherheit um die Kadet-Rinne eine bessere Betonung im Verkehrstrennungsgebiet südlich von Gedser und die Verlängerung des Tiefwasserweges gefordert haben.

(Torsten Koplin, PDS: Genau!)

Diese Verbesserungen wurden von Dänemark und Deutschland unverzüglich realisiert und traten vorzeitig am 7. Januar 2001 in Kraft.

Was die Einführung automatischer Schiffserkennungssysteme betrifft, hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren ja auch einiges entwickelt. Angesichts technischer Möglichkeiten und der Preise der Transpondersysteme von 10.000 Euro und weniger laufen seit einiger Zeit in der Internationalen Schifffahrtsorganisation Verhandlungen, die Frist zu ihrer Einführung von 2008 auf 2004 zu verkürzen. Und ich denke, jeder Tag, an dem die Frist zur Einführung verkürzt wird, der ist für uns wichtig. Natürlich können wir diese Bemühungen nur begrüßen und unterstützen, wo es uns möglich ist.

Meine Damen und Herren, die Liste der kleinen und mittleren Fortschritte zur Erhöhung der Sicherheit der Schifffahrt auf Nord- und Ostsee ließen sich noch um das eine oder andere fortsetzen. Bei allen Erfolgen wird jedoch auch deutlich, dass diese nur dann möglich sind, wenn wir sowohl in Deutschland als auch im gesamten Nord- und Ostseeraum und darüber hinaus Verbündete für unsere Absichten suchen.

(Andreas Bluhm, PDS: Richtig.)

Dass sich solche Verbündeten im praktischen Miteinander finden lassen, beweist das Nieklitzer Treffen der Umweltminister Norddeutschlands in der vergangenen Woche.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS: Genau!)

Im Ergebnis der Beratungen haben die Minister in der so genannten Nieklitzer Erklärung die dringendsten Forderungen im Ringen um weitere Verbesserungen der Schiffsicherheit von Tankern und der maritimen Notfallvorsorge an den Bund gestellt. Und die Regierungsvertreter fordern unter anderem die zügige Herstellung der Arbeitsbereitschaft des Havariekommandos, die Ausweisung von Notliegeplätzen entlang der Nord- und Ostseeküsten sowie eine beschleunigte Aussonderung von Einhüllentankern.

(Torsten Koplin, PDS: Richtig!)

Neben der Unterstreichung der Notwendigkeit effektiver Hafenstaatkontrollen sprechen sich die Umweltminister außerdem dafür aus, Flaggenstaaten und da vor allem die der so genannten offenen Register durch die Einführung eines IMO-Audit-Verfahrens zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zur effektiven Kontrolle und zur Überwachung von Schiffen zu veranlassen.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal kurz auf den Teil I der Resolution der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz zu sprechen kommen, der ja im Wesentlichen Fragen der Ausgestaltung der nördlichen Dimension der Zusammenarbeit zum Inhalt hat. Unter anderem fordern die Teilnehmerstaaten darin dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um nicht nur Straßen- und Schienenverbindungen in die transeuropäischen Netze einzubeziehen, sondern ebenso die Fährverbindungen im Ostseeraum. Im selben Kontext wird das Weißbuch der Europäischen Kommission über Transport und Verkehr genannt, das um den Seetransport mit Ostseefähren erweitert werden soll. Die Europäische Kommission wird 2004 eine umfassendere Änderung des transeuropäischen Netzes mit dem Ziel vorschlagen, Hochgeschwindigkeitsseewege einzuführen und die Netze der Beitrittsländer mit denen der EU-Länder zu verbinden.

Derartige Ankündigungen auf Europaebene erscheinen zwar vielversprechend, dass Mecklenburg-Vorpommern – wie alle anderen Beteiligten im Übrigen auch – dennoch aufgefordert ist, um die Verwirklichung spezieller eigener Interessen zu ringen, zeigt das jüngste Beispiel von Scandlines. Es hilft unserem Lande wenig, wenn sich auf nationaler wie auf internationaler Ebene pauschal zum Ausbau der Schifffahrtswege bekannt wird, wenn unser Land an diesen Entwicklungen nicht partizipieren kann.

Ähnlich kritisch sollten wir auch die Umsetzung des Weißbuches der EU über Transport und Verkehr betrachten, denn wenn man einmal genau in die Leitlinien der künftigen Verkehrsentwicklung bis 2010 hineinschaut, stellt man fest, dass dort Vorhaben ausgewiesen sind, die so ganz und gar nicht im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns zu liegen scheinen.

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

Nehmen wir das Beispiel Fehmarnbeltquerung, das als bedeutsames Projekt im Weißbuch wie folgt beschrieben wird: „Fehmarnbelt – Brücke und Tunnel, die das natürliche Hindernis der Fehmarnmeerenge zwischen Deutschland und Dänemark überbrücken sollen, stellen ein wesentliches Element der Nord-Süd-Achse zwischen dem Zentrum Europas und den nordeuropäischen Ländern sowie für den Ausbau des Handels zwischen diesen Ländern dar. Bisher gehen die Planungen davon aus, dass die 50 Kilometer lange Querung circa 3,6 Milliarden Euro kostet und bis 2013 fertig gestellt sein könnte.“ Sie sehen also, das Vorhaben nimmt konkrete Formen an. Welche nachteiligen Auswirkungen wir für unsere Seehäfen und die entsprechenden Hinterlandanbindungen zu befürchten haben, wurde an dieser Stelle des Öfteren diskutiert und wir sollten es als Landesparlament nicht aus dem Auge verlieren. Es wird wiederum maßgeblich an uns liegen, dafür zu streiten, dass Mecklenburg-Vorpommerns Interessen auch auf diesem Gebiet gewahrt bleiben.

Dass die Vorschläge, die aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, auch auf der Ostseeparlamentarierkonferenz nicht ganz umsonst gewesen sind, zeigt vielleicht noch eine ganz kleine Begebenheit der Ostseeparlamentarierkonferenz und damit komme ich dann auch zum Schluss. Unter der maßgeblichen Beteiligung unserer Delegation wurde ein Kompromissvorschlag formuliert, der eine einfache Regelung für Transitvisa für russische

Staatsangehörige durch künftiges EU-Gebiet beschreibt, so dass sie also nach Kaliningrad fahren können. Es war ganz schön kompliziert, diese Regelung zu finden, und unsere Delegation hat dann diesen Vorschlag eingebracht, der so aufgenommen wurde. Und eine ähnliche Lösung, wie wir formuliert haben, wie wir als Vorschlag eingebracht haben, wurde vor kurzem im Gespräch, das der russische Präsident mit dem Kommissionspräsidenten Prodi hatte, vereinbart. Ich denke, das gibt uns eigentlich auch Hoffnung, dass die Vorschläge aus Mecklenburg-Vorpommern weiterhin gehört werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/44.

Reinhardt Thomas, CDU (zur Geschäftsordnung): Ich hatte eine Erklärung nach Paragraph 97 bei Ihrem Vorgänger beantragt. Es wäre nett, wenn Sie die beachten würden. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir sind jetzt im Abstimmungsverfahren.

Wer der Drucksache 4/44 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/44 mehrheitlich angenommen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Steht alles auf dem Zettel drauf. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Herr Kollege Thomas, Fraktion der CDU, hat sich der Abstimmung enthalten. Ich erteile dem Abgeordneten gemäß Paragraph 97 Absatz 1 Geschäftsordnung des Landtages das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Seit über drei Jahren haben wir hier in dieses Parlament richtungsweisende Vorschläge für ein nationales Sicherheitskonzept Ostsee eingebracht. Die vorliegende Entschließung ist aus meiner und aus unserer Sicht ein Minimalkonsens, der vor diesem Hintergrund nicht zustimmungsfähig ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Persönliche Erklärung! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Das ist persönlich.

Nach unserem 7-Punkte-Programm,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wer ist „unsere“? – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

nach der richtungsweisenden Warnemünder Erklärung, nach der Saßnitzer Erklärung zu Offshoreanlagen, nach der Entschließung des Kreistages Rügen war und ist diese Entschließung für mich – und ich meine hier, vor allen Dingen für meine Kollegen auch, Gesine Skrzepski, Martin Brick, Udo Timm, Jörg Vierkant und Wolfgang Riemann – eine Gewissensentscheidung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Persönliche Erklärung, Herr Thomas!)

Wir können nach „Pallas“, nach „Erika“, nach Møn und nach der „Prestige“ keinem Papier zustimmen, mit dem nicht eine Frage zur zeitnahen Verbesserung der Schiffsicherheit und zur Verhinderung von Ölkatastrophen in der Ostsee beantwortet wird.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Persönliche Erklärung!)

Nach diesen verheerenden Katastrophen sind Absichtserklärungen ein gefährliches Spiel. Wenn du denkst, Sicherheit ist teuer, dann lass es zum Unfall kommen! Die „Prestige“ war nur eines von 60.000 Schiffen, die jährlich die Kadet-Rinne passieren. In zehn Jahren werden es 180.000 sein, darunter Aframax-Tanker mit 130.000 Tonnen Öl.

Wir benötigen zuallererst ein nationales Sicherheitskonzept westliche Ostsee zur Verhinderung von Ölkatastrophen.

(Karsten Neumann, PDS: Das ist ein Beschluss von allen Parlamenten aller Ostseeanrainer. Das ist der Unterschied.)

Die fortbestehenden Sicherheitslücken müssen beseitigt werden.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Lesen Sie sich bitte den Paragraphen 97 durch!

Und dazu benötigen wir erstens ein zukunftsfähiges Notschleppkonzept. Vor Galicien ist es nämlich mit vier Schleppern nicht gelungen – mit einem Pfahlzug von 50 bis 100 Tonnen –, die „Prestige“ in den Wind zu drehen. Die „Prestige“ musste quer zur See geschleppt werden

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

und das ging voll auf die Stabilität des Schiffes mit nachfolgenden Wirkungen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Thomas, ich bitte Sie, sich an die Geschäftsordnung zu halten.

Reinhardt Thomas, CDU: Ich halte mich sehr an die Geschäftsordnung. Ich habe sie durchgelesen.

(Torsten Koplin, PDS: Wir auch. – Rudolf Borchert, SPD: Durchlesen reicht nicht.)

Das ist die persönliche Begründung, weshalb ich mich so in der Abstimmung verhalten habe. Und das gehört dazu. Bei allem Respekt, Frau Kollegin!

Das Bodewig-Konzept setzt wie die Spanier auf mehrere kleine Schlepper und damit ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Thomas, ...

Reinhardt Thomas, CDU: ... auf volles Risiko für unsere Küste.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, ...

Reinhardt Thomas, CDU: Wir brauchen meiner Meinung nach ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... dass Sie hier nicht zur Sache sprechen können, ...

Reinhardt Thomas, CDU: Zur Sache, zu dieser Entschließung, doch!

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... sondern lediglich begründen können, weshalb Sie sich der Abstimmung enthalten haben. Und ich bitte Sie, sich an die Geschäftsordnung des Landtages zu halten.

Reinhardt Thomas, CDU: Ich halte mich an die Geschäftsordnung. Das ist die Begründung dafür, dass ich mich so verhalten habe, die ich jetzt hier darstelle.

(Rudolf Borchert, SPD: Das haben wir ja jetzt verstanden.)

Wir brauchen also einen stärkeren Schlepper, das wollen Sie nicht gerne hören, für 130 bis 150 Tonnen,

(Reinhard Dankert, SPD: Das wissen wir alles.)

um einen Havaristen bei Sturm in den Wind zu drehen und abschleppen zu können.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Die „Prestige“ war aus unserer Sicht die letzte Warnung. Wir benötigen eine Küstenwache mit militärischer Führungsstruktur ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Thomas, ich mache Sie jetzt zum letzten Mal darauf aufmerksam, dass Sie hier keine Positionen der Fraktion darstellen können. Sie sprechen hier immer ...

Reinhardt Thomas, CDU: Ja, natürlich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nein, Sie haben eben „unser“ gesagt. Also, es ist hier keine persönliche Erklärung.

Reinhardt Thomas, CDU: Das ist meine persönliche Erklärung, dass wir das hier benötigen.

(Torsten Koplin, PDS: Für wen sprechen Sie denn da?)

Und was in Cuxhaven zusammengebraut wird, das ist ein Kommando ohne Kommandogewalt.

(Karsten Neumann, PDS: Hier geht es aber um die Ostseeparlamentarierkonferenz.)

Und das führt in die Katastrophe, meiner Meinung nach. Wir brauchen auch ein Nothafenkonzept mit Festlegung von Reeden. Darüber reden wir schon drei Jahre.

(Karin Schmidt, PDS: Mikro aus!)

Und in der Kadet-Rinne fehlt meines Erachtens immer noch die Weitbereichsradarüberwachung. Wir haben einen niedrigeren Sicherheitsstandard als in der Deutschen Bucht, obwohl wir mittlerweile mehr Schiffsverkehr als in der Deutschen Bucht haben. Und die Risiken von Offshoreanlagen sind meiner Meinung nach in dieser Entschließung völlig ausgeblendet worden. Mit den jetzigen schon bestehenden Risiken und Hunderten von Windrädern werden wir es zur Katastrophe kommen lassen. Die EU-Empfehlung und die schwarze Liste der Tanker ist meiner Meinung nach eine Liste, die nicht wirksam ist. Von den 66 Schiffen sind nur acht Tanker aufgeführt, davon sind zwei schon verschrottet, zwei fahren irgendwo in Übersee und vier sind so klein, dass sie eigentlich gar nicht erwähnenswert sind.

Was bringt uns das? Meiner Meinung nach, wie schon seit drei Jahren, zu wenig, zu spät ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Sie reden schon wieder nicht in eigener Sache, sondern für die Fraktion. Ich entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Reinhardt Thomas, CDU: Also, ich rede nicht für die Fraktion.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf aus der PDS: Jawohl!)

Reinhardt Thomas, CDU: Ich habe meine eigene Erklärung ...

(Der Abgeordnete Reinhardt Thomas setzt seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort. – Rudolf Borchert, SPD: Ja eben! Dann lassen Sie es uns tun! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen das Wort entzogen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich bitte Sie, sich auf Ihren Platz zu begeben. Sie haben kein Rederecht mehr.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann werde ich mich beschweren, dass Sie jetzt gegen Paragraph 97 der eigenen Geschäftsordnung verstoßen haben. Ich werde mich beschweren. – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Abgeordneter Thomas, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie gegen die Geschäftsordnung verstoßen haben. Sie haben die Äußerungen der Präsidentin hier nicht zu kritisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7 zurück.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Mitglieder der G10-Kommission bekannt. Es wurden insgesamt 67 Stimmen abgegeben, davon waren 67 Stimmen gültig. Der Abgeordnete Jochen Schulte erhielt 56 Jastimmen, 6 Neinstimmen, 5 Enthaltungen. Der Abgeordnete Dr. Klaus-Michael Körner erhielt 52 Jastimmen, 10 Neinstimmen und 4 Enthaltungen. Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born erhielt 52 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 2 Enthaltungen. Der Abgeordnete Reinhardt Thomas erhielt 41 Jastimmen, 21 Neinstimmen, 5 Enthaltungen. Der Abgeordnete Karsten Neumann erhielt 48 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 5 Enthaltungen. Rechtsanwalt Dr. Eberhard Grabow erhielt 53 Jastimmen, 9 Neinstimmen, 4 Enthaltungen.

Ich stelle fest, dass alle Kandidaten die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnten. Damit sind die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der G10-Kommission nach Paragraph 2 Absatz 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz gewählt.

Ich frage die Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Jochen Schulte, nehmen Sie die Wahl an?

Jochen Schulte, SPD: Ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Klaus-Michael Körner, nehmen Sie die Wahl an?

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Körner nimmt die Wahl an. Er musste schon zum Zug. Er hat sich mir gegenüber aber erklärt.)

Herr Dr. Ulrich Born, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Reinhardt Thomas, nehmen Sie die Wahl an?

Reinhardt Thomas, CDU: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Karsten Neumann, nehmen Sie die Wahl an?

Karsten Neumann, PDS: Ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Rechtsanwalt Dr. Eberhard Grabow, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Eberhard Grabow: Ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, damit können wir den Tagesordnungspunkt 7 schließen.

Wir greifen wieder auf den Tagesordnungspunkt 8.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß Paragraph 34 Absatz 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden insgesamt 66 Stimmen abgegeben. Davon waren 66 Stimmen gültig. Der Abgeordnete Dr. Klaus-Michael Körner erhielt 49 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 3 Enthaltungen. Der Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery erhielt 50 Jastimmen, 11 Neinstimmen, 4 Enthaltungen. Der Abgeordnete Reinhardt Thomas erhielt 37 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 6 Enthaltungen. Der Abgeordnete Wolf-Dieter Ringguth erhielt 54 Jastimmen, 6 Neinstimmen, 6 Enthaltungen. Der Abgeordnete Karsten Neumann erhielt 46 Jastimmen, 15 Neinstimmen, 4 Enthaltungen. Damit sind die Mitglieder des Gremiums gemäß Paragraph 34 Absatz 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Ich frage die einzelnen Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Dr. Körner ist nicht anwesend.

(Reinhard Dankert, SPD: Dr. Körner hat sich auch dazu erklärt, dass er die Wahl annimmt.)

Herr Dr. Norbert Nieszery, nehmen Sie die Wahl an? – Auch nicht anwesend.

(Reinhard Dankert, SPD: Der ist krank. Aber ich gehe davon aus, dass er auch die Wahl annimmt.)

Herr Reinhardt Thomas, nehmen Sie die Wahl an?

Reinhardt Thomas, CDU: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Wolf-Dieter Ringguth, nehmen Sie die Wahl an?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das geht nicht so was. Das sind Gremien, in die wir sie hineinwählen. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Wir können das doch nicht einfach rüberfaxen lassen.)

Ich habe jetzt keine Antwort bezüglich Herrn Ringguth.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er nimmt die Wahl an.)

Herr Karsten Neumann, nehmen Sie die Wahl an?

Karsten Neumann, PDS: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich gehe davon aus, dass die heute nicht anwesenden Kandidaten das Einverständnis und die Annahme der Wahl noch einmal dem Präsidium gegenüber anzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich hoffe, dass wir uns in wenigen Minuten wiedersehen zu unserer vorweihnachtlichen Feier, zu der ich Sie, alle Mitarbeiter des Hauses, auch der Fraktionen, natürlich ganz besonders herzlich einlade. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 12. Dezember, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluss: 17.24 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Norbert Nieszery, Torsten Renz, Wolf-Dieter Ringguth und Volker Schlotmann.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 5 Absatz 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz teilgenommen haben

– Drucksache 4/82 –

1. Ankermann, Michael	CDU	35. Müller, Detlef	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	36. Müller, Heinz	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	37. Neumann, Karsten	PDS
4. Bluhm, Andreas	PDS	38. Peters, Angelika	SPD
5. Borchert, Rudolf	SPD	39. Petters, Andreas	CDU
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	40. Polzin, Heike	SPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Prachtl, Rainer	CDU
8. Brick, Martin	CDU	42. Rehberg, Eckhardt	CDU
9. Brodkorb, Mathias	SPD	43. Riemann, Wolfgang	CDU
10. Dr. Bunge, Martina	PDS	44. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
11. Caffier, Lorenz	CDU	45. Ritter, Peter	PDS
12. Dankert, Reinhard	SPD	46. Schildt, Ute	SPD
13. Fiedler, Kerstin	CDU	47. Schlupp, Beate	CDU
14. Friedrich, Holger	SPD	48. Schmidt, Karin	PDS
15. Frieze, Siegfried	SPD	49. Schubert, Bernd	CDU
16. Glawe, Harry	CDU	50. Schulte, Jochen	SPD
17. Gramkow, Angelika	PDS	51. Schulz, Gabriele	PDS
18. Heydorn, Jörg	SPD	52. Schwarz, Thomas	SPD
19. Holter, Helmut	PDS	53. Schwebs, Birgit	PDS
20. Holznagel, Renate	CDU	54. Dr. Seemann, Margret	SPD
21. Dr. Jäger, Armin	CDU	55. SELLERING, Erwin	SPD
22. Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	56. Skrzepski, Gesine	CDU
23. Keler, Sigrid	SPD	57. Dr. von Storch, Henning	CDU
24. Kokert, Vincent	CDU	58. Strenz, Karin	CDU
25. Koplin, Torsten	PDS	59. Thomas, Reinhardt	CDU
26. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	60. Dr. Timm, Gottfried	SPD
27. Krumbholz, Bodo	SPD	61. Timm, Udo	CDU
28. Liskow, Egbert	CDU	62. Vierkant, Jörg	CDU
29. Lochner-Borst, Ilka	CDU	63. Volland, Angelika	SPD
30. Lohse, Frank Ronald	SPD	64. Walther, Gerd	PDS
31. Lück, Regine	PDS	65. Wiebenson, Lilly	SPD
32. Mahr, Beate	SPD	66. Wien, Alexa	PDS
33. Mohr, Klaus	SPD	67. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
34. Monegel, Hannelore	SPD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSchG) teilgenommen haben

– Drucksache 4/94 –

1. Ankermann, Michael	CDU	35. Müller, Detlef	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	36. Müller, Heinz	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	37. Neumann, Karsten	PDS
4. Bluhm, Andreas	PDS	38. Peters, Angelika	SPD
5. Borchert, Rudolf	SPD	39. Petters, Andreas	CDU
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	40. Polzin, Heike	SPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Pracht, Rainer	CDU
8. Brick, Martin	CDU	42. Rehberg, Eckhardt	CDU
9. Brodkorb, Mathias	SPD	43. Riemann, Wolfgang	CDU
10. Dr. Bunge, Martina	PDS	44. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
11. Caffier, Lorenz	CDU	45. Ritter, Peter	PDS
12. Dankert, Reinhard	SPD	46. Schildt, Ute	SPD
13. Fiedler, Kerstin	CDU	47. Schlupp, Beate	CDU
14. Friedrich, Holger	SPD	48. Schmidt, Karin	PDS
15. Friese, Siegfried	SPD	49. Schubert, Bernd	CDU
16. Glawe, Harry	CDU	50. Schulte, Jochen	SPD
17. Gramkow, Angelika	PDS	51. Schulz, Gabriele	PDS
18. Heydorn, Jörg	SPD	52. Schwarz, Thomas	SPD
19. Holter, Helmut	PDS	53. Schwebs, Birgit	PDS
20. Holznagel, Renate	CDU	54. Dr. Seemann, Margret	SPD
21. Dr. Jäger, Armin	CDU	55. SELLERING, Erwin	SPD
22. Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	56. Skrzepski, Gesine	CDU
23. Keler, Sigrid	SPD	57. Dr. von Storch, Henning	CDU
24. Kokert, Vincent	CDU	58. Strenz, Karin	CDU
25. Koplin, Torsten	PDS	59. Thomas, Reinhardt	CDU
26. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	60. Dr. Timm, Gottfried	SPD
27. Krumbholz, Bodo	SPD	61. Timm, Udo	CDU
28. Liskow, Egbert	CDU	62. Vierkant, Jörg	CDU
29. Lochner-Borst, Ilka	CDU	63. Volland, Angelika	SPD
30. Lohse, Frank Ronald	SPD	64. Walther, Gerd	PDS
31. Lück, Regine	PDS	65. Wiebensohn, Lilly	SPD
32. Mahr, Beate	SPD	66. Wien, Alexa	PDS
33. Mohr, Klaus	SPD	67. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
34. Monegel, Hannelore	SPD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Wahl der Mitglieder
der G10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung
des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) teilgenommen haben**

– Drucksache 4/95 –

1. Ankermann, Michael	CDU	35. Müller, Detlef	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	36. Müller, Heinz	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	37. Neumann, Karsten	PDS
4. Bluhm, Andreas	PDS	38. Peters, Angelika	SPD
5. Borchert, Rudolf	SPD	39. Petters, Andreas	CDU
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	40. Polzin, Heike	SPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Pracht, Rainer	CDU
8. Brick, Martin	CDU	42. Rehberg, Eckhardt	CDU
9. Brodkorb, Mathias	SPD	43. Riemann, Wolfgang	CDU
10. Dr. Bunge, Martina	PDS	44. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
11. Caffier, Lorenz	CDU	45. Ritter, Peter	PDS
12. Dankert, Reinhard	SPD	46. Schildt, Ute	SPD
13. Fiedler, Kerstin	CDU	47. Schlupp, Beate	CDU
14. Friedrich, Holger	SPD	48. Schmidt, Karin	PDS
15. Frieze, Siegfried	SPD	49. Schubert, Bernd	CDU
16. Glawe, Harry	CDU	50. Schulte, Jochen	SPD
17. Gramkow, Angelika	PDS	51. Schulz, Gabriele	PDS
18. Heydorn, Jörg	SPD	52. Schwarz, Thomas	SPD
19. Holter, Helmut	PDS	53. Schwebs, Birgit	PDS
20. Holznagel, Renate	CDU	54. Dr. Seemann, Margret	SPD
21. Dr. Jäger, Armin	CDU	55. SELLERING, Erwin	SPD
22. Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	56. Skrzepski, Gesine	CDU
23. Keler, Sigrid	SPD	57. Dr. von Storch, Henning	CDU
24. Kokert, Vincent	CDU	58. Strenz, Karin	CDU
25. Koplin, Torsten	PDS	59. Thomas, Reinhardt	CDU
26. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	60. Dr. Timm, Gottfried	SPD
27. Krumbholz, Bodo	SPD	61. Timm, Udo	CDU
28. Liskow, Egbert	CDU	62. Vierkant, Jörg	CDU
29. Lochner-Borst, Ilka	CDU	63. Volland, Angelika	SPD
30. Lohse, Frank Ronald	SPD	64. Walther, Gerd	PDS
31. Lück, Regine	PDS	65. Wiebensohn, Lilly	SPD
32. Mahr, Beate	SPD	66. Wien, Alexa	PDS
33. Mohr, Klaus	SPD	67. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
34. Monegel, Hannelore	SPD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Wahl der Mitglieder des Gremiums
gemäß § 34 Abs. 7 des Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und
Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) teilgenommen haben**

– Drucksache 4/96 –

1. Ankermann, Michael	CDU	34. Monegel, Hannelore	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Müller, Detlef	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	36. Müller, Heinz	SPD
4. Bluhm, Andreas	PDS	37. Neumann, Karsten	PDS
5. Borchert, Rudolf	SPD	38. Peters, Angelika	SPD
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	39. Petters, Andreas	CDU
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	40. Polzin, Heike	SPD
8. Brick, Martin	CDU	41. Pracht, Rainer	CDU
9. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Rehberg, Eckhardt	CDU
10. Dr. Bunge, Martina	PDS	43. Riemann, Wolfgang	CDU
11. Caffier, Lorenz	CDU	44. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
12. Dankert, Reinhard	SPD	45. Ritter, Peter	PDS
13. Fiedler, Kerstin	CDU	46. Schildt, Ute	SPD
14. Friedrich, Holger	SPD	47. Schlupp, Beate	CDU
15. Frieze, Siegfried	SPD	48. Schmidt, Karin	PDS
16. Glawe, Harry	CDU	49. Schubert, Bernd	CDU
17. Gramkow, Angelika	PDS	50. Schulz, Gabriele	PDS
18. Heydorn, Jörg	SPD	51. Schwarz, Thomas	SPD
19. Holter, Helmut	PDS	52. Schwebs, Birgit	PDS
20. Holznagel, Renate	CDU	53. Dr. Seemann, Margret	SPD
21. Dr. Jäger, Armin	CDU	54. SELLERING, Erwin	SPD
22. Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	55. Skrzepski, Gesine	CDU
23. Keler, Sigrid	SPD	56. Dr. von Storch, Henning	CDU
24. Kokert, Vincent	CDU	57. Strenz, Karin	CDU
25. Koplin, Torsten	PDS	58. Thomas, Reinhardt	CDU
26. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	59. Dr. Timm, Gottfried	SPD
27. Krumbholz, Bodo	SPD	60. Timm, Udo	CDU
28. Liskow, Egbert	CDU	61. Vierkant, Jörg	CDU
29. Lochner-Borst, Ilka	CDU	62. Volland, Angelika	SPD
30. Lohse, Frank Ronald	SPD	63. Walther, Gerd	PDS
31. Lück, Regine	PDS	64. Wiebensohn, Lilly	SPD
32. Mahr, Beate	SPD	65. Wien, Alexa	PDS
33. Mohr, Klaus	SPD	66. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD